

Michael Lühmann, Daniela Kallinich, Katharina Rahlf, Christian von Eichborn

unter Mitarbeit von

David Bebnowski, Klaudia Hanisch, Lea Heyne, Elena Segalen,

Andreas Wagner & Benjamin Wochnik

Projektbericht

Zeitgeisteffekt oder grüner Wertewandel?

Die neuen grünen Wähler_innen

in Baden-Württemberg

Inhaltsverzeichnis

1. Ausgangslage	5
2. Erkenntnisinteresse.....	10
3. Forschungsdesign	12
3.1 Auswahl der Bundesländer.....	12
3.2 Der Untersuchungszeitraum	13
3.3 Die Auswahl der Erhebungsorte.....	13
3.4 Die Auswahl der Gesprächspartner.....	14
3.5. Das Kreativgruppengespräch	16
4. Die erste Untersuchungswelle: Baden-Württemberg.....	20
4.1 Erhebungsorte	20
4.1.1 Heidelberg	20
4.1.2 Biberach.....	21
4.1.3 Stuttgart	21
4.2 Zusammensetzung der Kreativgruppen	22
4.2.1 Alterszusammensetzung der Neuwähler_innengruppen.....	22
4.2.2 Geschlechterzusammensetzung der Neuwähler_innengruppen.....	22
4.2.3 Berufliche Situation der Neuwähler_innengruppen	22
4.2.4 Alterszusammensetzung der Altwähler_innengruppen.....	23
4.2.5 Geschlechterzusammensetzung der Altwähler_innengruppen.....	23
4.2.6 Berufliche Situation der Altwähler_innengruppen	23
5. Ergebnisse	24
5.1 Leben in Baden-Württemberg - Grüne Neuwähler_innen.....	24
5.2 Leben in Baden- Württemberg – Grüne Altwähler_innen	26
6. Wertediskussion	28
6.1 Neuwähler_innen (HHNE <100%)	28
6.1.1 Dimensionen von Gerechtigkeit.....	28

6.1.2 Dimensionen von Eigenverantwortung.....	29
6.1.3 Dimensionen von Nachhaltigkeit	30
6.1.4 Dimensionen von Leistung	31
6.1.5 Dimensionen von Fortschritt.....	32
6.1.6 Dimensionen von Solidarität	34
6.2 Neuwähler_innen (HHNE 100 bis 200%).....	35
6.2.1 Dimensionen von Gerechtigkeit.....	35
6.2.2 Dimensionen von Eigenverantwortung.....	38
6.2.3 Dimensionen von Nachhaltigkeit	39
6.2.4 Dimensionen von Leistung	41
6.2.5 Dimensionen von Fortschritt.....	42
6.2.6 Dimensionen von Solidarität	42
6.3 Altwähler_innen	44
6.3.1 Dimensionen von Gerechtigkeit.....	44
6.3.2 Dimensionen von Eigenverantwortung.....	46
6.3.3 Dimensionen von Nachhaltigkeit	48
6.3.4 Dimensionen von Leistung	49
6.3.5 Dimensionen von Fortschritt.....	50
6.3.6 Dimensionen von Solidarität	51
6.3.7 Empfinden eines Wertewandels?	51
6.4 Zwischenfazit Wertediskussion	53
7. Schlagzeilen	59
7.1 Neuwähler_innen (HHNE <100%)	59
7.2 Neuwähler_innen (HHNE 100 bis 200 Prozent)	63
7.3 Altwähler_innen	67
7.4 Zwischenfazit Schlagzeilen	70
8. Krisenwahrnehmung	72

8.1 Krisenwahrnehmung Neuwähler_innen (HHNE <100%).....	72
8.2 Krisenwahrnehmung Neuwähler_innen (HHNE 100 bis 200 %)	75
8.3 Krisenwahrnehmungen Altwähler_innen	77
8.4 Zwischenfazit Krisenwahrnehmungen	79
9. Politikwahrnehmung	81
9.1 Politikwahrnehmung Neuwähler_innen (HHNE <100%).....	81
9.2 Politikwahrnehmung Neuwähler_innen (HHNE 100 bis 200%)	84
9.3 Politikwahrnehmung Altwähler_innen	87
9.4 Zwischenfazit Wahrnehmung und Rolle von Politik.....	89
10. Wahrnehmung und Rolle der Grünen	91
10.1 Wahrnehmung der Grünen bei Neuwähler_innen (HHNE <100%).....	91
10.2 Wahrnehmung und Rolle der Grünen bei Neuwähler_innen (HHNE 100-200%)	94
10.3 Wahrnehmung und Rolle der Grünen bei Altwähler_innen	97
10.4 Zwischenfazit Wahrnehmung und Rolle der Grünen	101
11. Fazit - Zeitgeist Effekt oder Wertewandel?	104
Anhang	107

1. Ausgangslage

Das deutsche Parteiensystem ist seit einigen Jahren einem rasanten Wandel unterlegen. Die Krisendiagnosen zu den Volksparteien haben weitestgehend elektorale Entsprechungen erfahren. Zugleich gewinnen die vormals „kleinen“ Parteien stetig an Zulauf. Der Hausse der FDP folgt nun eine von Bündnis 90 / Die Grünen,¹ die sich zuletzt bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg manifestierte. Die Gründe für diese Verschiebungen sind vielfältig und können in zwei potentielle Erklärungsstränge aufgeteilt werden. Ein erster Ansatz könnte sein, dass es sich nur um *Momentaufnahmen* handelt, um eine Bestätigung für einen beschleunigten Wandel der Meinungen in der Wählerschaft, begründbar mit ständig steigender Volatilität. Bei dieser Hypothese erklären sich die schnellen Umschwünge in Wahlverhalten und Umfragen u.a. aus der Unzufriedenheit mit den anderen Parteien in Regierung und Opposition. Oder aber gibt es – und dies wäre eine zweite Hypothese – doch *untergründige Verschiebungen* in der bundesrepublikanischen Gesellschaft, die diesen Wandel anschieben oder beschleunigen? Gibt es tatsächlich den vielfach konstatierten Trend hin zu einem ökologischeren Lebensstil, der sich auch im Wahlverhalten manifestiert?

Dies herauszufinden, ist Ziel eines qualitativ angelegten Forschungsprojekts des Göttinger Instituts für Demokratieforschung in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung, welches die Motivationen und Vorstellungswelten potentieller grüner Neuwähler_innen erkunden möchte. Ausgangslage ist dabei der nun schon fast ein Jahr andauernde positive Umfragetrend für die Grünen.

Eine erste explorative Studie des Göttinger Instituts für Demokratieforschung im Rahmen der Proteste gegen Stuttgart 21 hatte bereits im Herbst 2010 einen deutlichen Zulauf zu den Grünen festgestellt, der vor allem ehemalige Wähler_innen von CDU, FDP und SPD, aber auch aus dem Lager der Nichtwähler_innen umfasste. Bei einer Befragung von 1.100 Teilnehmer_innen einer Demonstration gegen das Bahnprojekts gaben 51,5 Prozent der Befragten an, 2006 die Grünen gewählt zu haben; eine grüne Stimmabgabe bei der kommenden Landtagswahl beabsichtigen sogar 80,1 Prozent. Diese Studie könnte ein Beleg für die erste Hypothese sein, wonach, ausgelöst und verstärkt durch den Protest, ein kurzfristiger Stimmungswandel vermutet wird.²

Die vielversprechenden Umfragegewinne im Umfeld von Stuttgart 21 schienen bereits im Herbst 2010 nur die offensichtlichsste Facette dieser Entwicklung zu sein.³ Denn im Gegensatz zu den anderen Parteien verzeichneten seit 2010 einzig die Bündnisgrünen stark steigende Mitgliederzahlen.⁴

¹ Im Folgenden, ohne die Bedeutung des Bündnis90 zu schmälern, zur besseren Lesbarkeit: Die Grünen

² Vgl. <http://www.demokratie-goettingen.de/content/uploads/2010/11/Neue-Dimensionen-des-Protests.pdf> [Stand 30.04.2011].

³ Vgl. Lühmann, Michael: Sehnsüchtiger Blick zurück nach vorn. Die Grünen zwischen Bewegungs- und Volkspartei, in: vorgänge, Jg. 49 (2010) H. 4, S. 15-22.

⁴ Aktuell haben die Bündnisgrünen über 56.000 Mitglieder, <http://twitter.com/#!/steffilemke>, 06.05.2011, gegenüber 45.000 im Jahr 2008, <http://www.bpb.de/themen/1YML48,0,Mitgliederentwicklung.html> [Stand 28.04.2011].

Was inhaltlich vor wenigen Jahren vor allem das postmaterialistische Milieu mobilisierte, scheint inzwischen auch Wähler_innen aus anderen Gesellschaftsschichten anzusprechen. Erste Hinweise hierfür lieferte bereits die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen. Aber auch die Wahlen in Sachsen-Anhalt zeigten, schon unter den Eindrücken der Reaktorkatastrophe von Fukushima, eine – bereits zuvor sich andeutende und dann tatsächliche an Stimmanteilen ablesbare– größere Bedeutung der Grünen selbst im Osten der Republik. Voll zum Tragen kam dieser Umschwung zu Gunsten der Grünen dann in den Wahlen zum baden-württembergischen Landtag am 27.3.2011. Hier gewann die Partei erstmals außerhalb Berlins Direktmandate in Wahlkreisen und erzielte bis dahin nicht erreichte 24,2 Prozent der Stimmen.

Doch worin könnten die Ursachen für diesen Wandel liegen? Im Hinblick auf die Baden-Württemberg-Wahl hatte natürlich die Katastrophe von Fukushima eine besondere Bedeutung: Sämtliche Nachwahlbefragungen weisen darauf hin, dass die Atomfrage das alles überlagernde Thema war. Gegenüber der Wahl von 2006 hatte sich die Frage der Atom- und mithin der Umweltpolitik am Industriestandort Baden-Württemberg von einem Nischenthema zum wichtigsten Thema der Landtagswahl entwickelt. Die sich bereits seit dem Herbst 2010 abzeichnende Konfrontation in der Atompolitik scheint sich – katalysiert durch die Katastrophe in Japan – in der Wahl zum Landtag in Stuttgart voll ausgewirkt zu haben.



Abb. 1: Wahlentscheidende Themen bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg 2011

Interessant ist jedoch, dass sich bereits im Sommer 2010, parallel zu den steigenden Mitgliederzahlen, eine hohe Zustimmung zu den Grünen abzeichnete; diese ist, wie gesagt, auch auf die Proteste um Stuttgart 21 zurückzuführen. Aber auch ein Zusammenhang mit der Ölkatastrophe im Golf von Mexiko sowie die sich immer deutlicher abzeichnenden Folgen von Wirtschafts-, Finanz- und Eurokri-

se schienen hier den Startschuss für eine Meinungs-Hausse zugunsten der Grünen – dies suggerierten zumindest die Umfragen der Meinungsforscher – darzustellen.

So wurde also schon weit vor der Katastrophe in Fukushima und ohne tatsächliche Bestätigung durch Wahlergebnisse der Gedanke einer möglichen Zeitenwende für die Bündnisgrünen im deutschen Parteiensystem aufgeworfen. Kurzum, im Rahmen unterschiedlicher welt- und umweltpolitischer (Krisen-)Entwicklungen der letzten Monate stellt sich die Frage, ob „die grüne Idee“, wie es Alexander Bonde gegenüber der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* formulierte, einfach „zu groß für eine kleine Nische“ geworden sei.⁵ Folgte man dieser Interpretation, so spräche dies für eine langfristige, untergründige Verschiebung zu Gunsten nachhaltiger bzw. „grüner“ Politik, die Wertewandel-Hypothese würde Bestätigung finden.

Andererseits, auch dies haben die Umfragen der Wahlforscher gezeigt⁶, ebte die Zustimmung zu den Grünen zum Jahresanfang 2010 – zwischenzeitlich – wieder merklich ab. Damit spricht also auch einiges für einen kurzfristigen Stimmungstrend (ähnliche Höhenflüge hatte ja zuletzt auch die FDP erlebt), den, zusätzlich befördert durch die Proteste von Stuttgart und die weltweite Krisenwahrnehmung, vor allem die Grünen zu nutzen vermochten.

Offensichtlich ist jedenfalls: Selten zuvor gab es in der Bundesrepublik eine so deutliche und derart auf die Grünen fokussierte „Wechselstimmung“ wie in den vergangenen Monaten. Deshalb stellt sich folgende untersuchungsleitende Frage: Inwieweit verschränkten sich kurzfristige Entwicklungen mit langfristigen Tendenzen? Zu den kurzfristigen Faktoren zählt etwa die Unzufriedenheit mit der schwarz-gelben Regierung oder die Atomkatastrophe von Fukushima. Eher mittelfristige Faktoren wären darüber hinaus ökonomische und ökologische Verunsicherungen im Rahmen der Finanzkrise, der Ölkatastrophe im Golf von Mexiko oder der Wiederbelebung der Atomfrage durch die Union und FDP bis hin zum Ausstieg aus dem Atomausstieg im sogenannten *Herbst der Entscheidungen*. Hierunter liegen aber womöglich langfristige Tendenzen in Form eines noch zu beschreibenden grün-ökologisch-nachhaltigen Wertewandels, der sich in einer Verschiebung von Werthaltungen äußern könnte.⁷ Inwieweit lässt sich hier eine Brücke schlagen zwischen politischer Unzufriedenheit, Krisenwahrnehmung und Wertewandel, und ist die *grüne Idee* hier womöglich ein Bindeglied?

Neben der Motivation der neuen Wähler_innen stellt sich auch die Frage nach ihrer politischen Herkunft. Bisher gab es dazu keine gesicherten Erkenntnisse, auch wenn die Nachwahlbefragungen erste

⁵ Hoischen, Oliver: Wie grün ist das denn?, *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 14.11.2010.

⁶ Vgl. etwa die Zahlen bei Allensbach unter <http://www.wahlrecht.de/umfragen/allensbach.htm>. Hier rangierten die Grünen im März 2011 „nur noch“ bei im Grunde immer noch hohen 15 Prozent, die gleiche „Delle“ ist bei allen anderen Umfrageinstituten nachvollziehbar.

⁷ Vgl. hierzu etwa die Pionierstudie von Ronald Inglehart: *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles among Western Publics*, Princeton 1977.

Anhaltspunkte liefern; allerdings sind auch diese von den jüngsten Ereignissen überschattet. Deutlich wird: Die Grünen haben aus allen Lagern und Parteien Stimmen hinzugewonnen und eine große Anzahl an Nichtwähler_innen mobilisiert.



Abb. 2 Wählerwanderung zu Bündnis90/Die Grünen bei der LTW Baden-Württemberg 2011⁸

Wie sich an den Wählerwanderungen erkennen lässt, strömen auf die Grünen neue Anhänger_innen mit sehr unterschiedlichen Vorstellungen- und Lebenswelten ein. Über Ursachen und Motive der Wechselwahl ließ sich vor der Reaktorkatastrophe nur mutmaßen. Zwar geben auch hier die Nachwahlbefragungen deutliche Hinweise: Es zeigt sich, dass vor allem für vormalige CDU- und FDP-Wähler_innen die Atomfrage von erheblicher Bedeutung war. Aber schon bei den Neuwähler_innen, die von der Linken zu den Grünen geströmt sind, ist die Motivlage deutlich anders.⁹ Während für 58 Prozent der Unions-Abwanderer_innen und für 48 Prozent der FDP-Abwanderer_innen die Atom- bzw. Umweltpolitik ausschlaggebend war, war für ehemalige Wähler_innen der Linken vor allem das Thema der sozialen Gerechtigkeit wahlentscheidend. Noch interessanter ist aber die Unterscheidung zwischen Altwähler_innen und Neuwähler_innen: Hier wurde bislang eine nahezu vollständige Übereinstimmung der Motive vermutet. Ob dies tatsächlich der Fall ist, soll diese Studie überprüfen.

Auch völlig ungeklärt scheint, inwieweit die neue, erheblich verbreiterte Wählerschaft mit den Ansprüchen, Gewohnheiten und Riten traditioneller Stammwähler_innen kollidiert. Entstehen hier neue stabile Allianzen zwischen Neuwähler_innen und Partei oder sind vielmehr Missverständnisse und

⁸ Quelle: <http://stat.tagesschau.de/wahlen/2011-03-27-LT-DE-BW/analyse-wanderung.shtml> [Stand 30.04.2011].

⁹ Vgl. <http://stat.tagesschau.de/wahlen/2011-03-27-LT-DE-BW/umfrage-wahlentscheidend.shtml> [Stand 30.04.2011].

Konflikte zu erwarten? Auch dies ist eine Frage, die insbesondere für die traditionellen Wähler_innen der Grünen von Belang sein könnte und über die es bisher keine gesicherten Erkenntnisse gibt.

Um sich diesen Fragen zu nähern, führt das Göttinger Institut für Demokratieforschung im Rahmen einer qualitativ-explorativen Studie Kreativgruppengespräche mit potentiellen Wechselwähler_innen sowie Altwähler_innen, welche Aufschluss über Gründe und Motivationen für den Zuwachs der Grünen geben sollen. Die erste Erhebungswelle fand in Baden-Württemberg statt.

2. Erkenntnisinteresse

Im Zentrum der Untersuchungen steht die Frage danach, worauf der positive Trend der Grünen zurückzuführen ist. Die leitende Fragestellung ist daher: Handelt es sich beim verstärkten Zuspruch zu den Grünen lediglich um einen kurzfristigen Zeitgeisteffekt, also eine Momentaufnahme, oder lassen sich untergründige Verschiebungen in den Wertorientierungen¹⁰ grüner Wechselwähler_innen ausmachen, die mit grünen Politikvorstellungen korrelieren, mindestens aber mit Politikentwürfen und Wertmustern der bisherigen Volksparteien brechen? Folgende Fragen ergeben sich daraus:

1. Welche Werthaushalte sind den grünen Neuwähler_innen, aber auch den grünen Altwähler_innen, in unterschiedlichen ökonomischen Lagen zu Eigen? Lässt sich ein (grüner) Wertewandel diagnostizieren? Inwieweit verbinden sich konkrete Zukunftsvorstellungen, positiv wie negativ, mit diesen Werthaltungen? Welche normativen wie konkreten Vorstellungen der künftigen Entwicklung von Politik und Gesellschaft bestehen bei Alt- und Neuwähler_innen?
2. Wie gehen die untersuchten Wähler_innengruppen mit den Krisen der letzten Jahre um, welche Schlussfolgerungen ziehen sie aus den Krisenerfahrungen und wie werden diese mit den eigenen Wertvorstellungen in Einklang gebracht?
3. Welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang die Politik? Welche konkreten Vorstellungen von Politik existieren eigentlich? Wofür ist Politik verantwortlich und in welchem Rahmen kann und soll Politik wirken, in welchem nicht? Welche Rolle spielen Parteien, und konkret die Grünen, in diesen Politikvorstellungen?
4. Gibt es zudem Unterschiede hinsichtlich der regionalen Gegebenheiten und der Stellung der Grünen vor Ort? Kurz: Wie unterscheiden sich die ländlichen grünen Neuwähler_innen von denen in einer Großstadt; wie die aus grünen „Diaspora“-Gebieten von jenen in grünen „Hochburgen“?

¹⁰ Unter Wertorientierungen werden „relativ stabile, internalisierte Selektionsmuster des politisch Wünschenswerten, die die Auswahl der zugänglichen Weisen, Mittel und Ziele politischen Handelns beeinflussen“, verstanden. Vgl. Prittwitz, Volker v.: Politikanalyse, Opladen 1994, hier S. 18, vgl. auch die Bedeutung von Werten und Wertorientierungen in Bezug auf Parteimitglieder, S. Isabell Thaidigsmann / Katja Neller: Parteimitglieder: Träger unterschiedlicher Werte und Ideologien, in: Melanie Walter-Rogg / Oscar W. Gabriel (Hrsg.) Parteien, Partieliten und Mitglieder in einer Großstadt, Wiesbaden 2004, S. 95-124, hier S. 97ff.

5. Konkret gilt es darüber hinaus auch herauszufinden, wie traditionelle grüne Wähler_innen auf den Zuwachs reagieren, ob sie die Befreiung aus der Nische eher positiv einschätzen oder ob konkrete Ängste hinsichtlich einer Veränderung grünen Profils existieren.

Weitere Fragen ergeben sich aus der Fortführung der Studie in unterschiedlichen Bundesländern über den Zeitraum von mehr als einem Jahr. Obwohl ihre Beantwortung erst im Abschlussbericht geleistet werden kann, sollen sie hier aber bereits Erwähnung finden:

1. Welche regionalen Differenzen und Eigenheiten gibt es innerhalb der grünen Wählerschaft? Welche Unterschiede, aber auch welche Parallelen lassen sich in Nord-, Ost- und Süddeutschland ausfindig machen?
2. Verändern sich die Gründe, grün zu wählen, oder gibt es eine Konstanz? Sind die Überreste der Protestkultur des Jahres 2010, der GAU in Japan und die schon länger wirkenden internationalen Krisenwahrnehmungen entscheidende mobilisierende Faktoren? Verschwindet die Zustimmung zu den Grünen mit der Übernahme von Regierungsverantwortung in verschiedenen Ländern oder setzt diese sich fort?
3. Konkret lässt sich vor allem untersuchen, ob die derzeit dominierende Lesart der Einmaligkeit des grünen Wahlsiegs in Baden-Württemberg mit seiner Erklärung durch die Atomkatastrophe von Fukushima Bestand haben wird, da dieses Ereignis bei den Untersuchungen in Sachsen-Anhalt im August 2011 und in Schleswig-Holstein im März 2012 eine weitaus geringere Rolle spielen dürfte.

3. Forschungsdesign

Wie bereits angedeutet, analysiert das Göttinger Institut für Demokratieforschung, um sich den obigen Fragen anzunähern, die Motivationen und Ursachen für den Zuwachs der Grünen anhand potentieller Wechselwähler_innen qualitativ-explorativ mit Hilfe von Kreativgruppengesprächen. Das Gesamtprojekt erstreckt sich über zwei Kalenderjahre. Die Erhebungen finden in drei Bundesländern statt.

Im Rahmen des Forschungsprojektes wird es insgesamt 27 Kreativgruppengespräche geben. Jeweils neun Gruppenbeobachtungen werden pro Bundesland vorgenommen. Innerhalb jedes Bundeslandes gibt es drei verschiedene Erhebungsorte – „Hochburg“, Stadt und Land. An jedem einzelnen Erhebungsort werden zwei Kreativgruppengespräche mit Neuwähler_innen durchgeführt, eines mit Altwähler_innen. Die beiden Neuwählergruppen schlüsseln sich wiederum auf in eine relativ reiche und in eine relativ arme Kreativgruppe.

3.1 Auswahl der Bundesländer

Zur Untersuchung wurden Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt ausgewählt. Diese Bundesländer unterscheiden sich zum Teil stark in ihren Sozialstrukturen und „kulturellen Eigenheiten“. Darüber hinaus divergieren sie auch in Bezug auf ihre sozioökonomischen Merkmale und die bisherigen Wahlerfolge der Grünen im Land. Industriell und städtisch geprägte werden eher ländlichen Strukturen gegenübergestellt. Besonders unterscheiden sich die Länder hinsichtlich ihrer volkswirtschaftlichen Rahmendaten.

Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf des Spitzenreiters Baden-Württemberg war 2007 beispielsweise ein Drittel höher als das in Sachsen-Anhalt; Schleswig-Holstein liegt in der Mitte der beiden anderen Länder.¹¹ Die Arbeitslosenquote divergiert zwischen circa 4 Prozent in Baden-Württemberg und um die 12 Prozent in Sachsen-Anhalt; auch hier liegt Schleswig-Holstein mit rund 7,5 Prozent in der Mitte.¹² Die überraschendste Entwicklung in den letzten Jahren hat Sachsen-Anhalt durchgemacht, das nunmehr zu den dynamischsten Bundesländern Deutschlands zählt.¹³

¹¹ Vgl. zum Bundesländervergleich z.B. die Studie der Bertelsmann-Stiftung „Die Bundesländer im Standortwettbewerb 2007“, online abrufbar unter http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_22557_22558_2.pdf [zuletzt eingesehen am 26.05.2011].

¹² Vgl. <http://statistik.arbeitsagentur.de/> [zuletzt eingesehen am 26.5.2011].

¹³ Vgl. Losse, Bert: Bayern siegt erneut im Bundesländervergleich, in: Wiwo online, <http://www.wiwo.de/politik-weltwirtschaft/bayern-siegt-erneut-im-bundeslaender-vergleich-416008/> [zuletzt eingesehen am 26.5.2011].

Interessant wird sein, ob sich dies auch auf das Wahlverhalten zugunsten bzw. die Akzeptanz der Grünen auswirkt. Relevant für die Fallauswahl war auch, eine möglichst große regionale Verteilung und damit Varianz zu erreichen, so dass ein Land aus dem Süden, eines aus dem Norden und eines der neuen Bundesländer ausgewählt wurde. Ein weiterer wichtiger Auswahlgrund war, dass in allen drei Ländern im Jahr 2011 bzw. 2012 Landtagswahlen angesetzt sind, so dass von einer hohen Priorität politischer Themen in der Bevölkerung ausgegangen werden kann.

3.2 Der Untersuchungszeitraum

Bei der Auswahl des Erhebungszeitraums in den jeweiligen Ländern wird den politischen Rahmenbedingungen Rechnung getragen. Der Kontext spielt bei den Gesprächen eine wichtige Rolle: In einer stark politisierten Zeit, mit Bezug zu anstehenden oder gerade abgehaltenen Wahlen, können – dies hat die Forschungserfahrung gezeigt – die Einstellungsmuster der Befragten besonders deutlich herausgearbeitet werden. Entsprechend fand die Untersuchung in Baden-Württemberg in der Woche vor den Landtagswahlen im Land statt. Aus organisatorischen Gründen wird die Erhebung in Sachsen-Anhalt erst im Spätsommer des Jahres – aber trotzdem möglichst bald nach den Wahlen – stattfinden. Die Erhebung in Schleswig-Holstein wird in unmittelbarer zeitlicher Nähe zu den dortigen durchgeführt werden.

3.3 Die Auswahl der Erhebungsorte

Um regionale und strukturelle Unterschiede innerhalb der Bundesländer mit einzubeziehen, wird die Erhebung jeweils an drei unterschiedlichen Orten durchgeführt. Diese werden nach folgenden Kategorien ausgewählt: In jedem Land soll aus einer „grünen Hochburg“ (Universitätsstadt/besonders erfolgreicher Wahlkreis), aus einer Großstadt und aus einer ländlichen, weniger grün-affinen Region exploriert werden. Diese Aufteilung wird ermöglichen, die unterschiedlichen Motivlagen für die Wahlen aufzuschlüsseln. Gerade auf dem häufig konservativ geprägten Land werden andere Hintergründe erwartet, als in den postmaterialistisch geprägten Milieus einzelner (Studenten-)Städte. Zudem lassen Problemlagen in weniger studentisch geprägten Großstädten Aufschlüsse über Wahlmotive in Orten jenseits stark bildungsaffiner Städte zu. Hierfür kommen in allen drei Bundesländern die Landeshauptstädte in Betracht. Auch hier lassen sich, bedingt durch die Nähe zu den jeweiligen Regierungssitzen, vermutlich ebenfalls spezifische Ergebnisse explorieren.

3.4 Die Auswahl der Gesprächspartner

In jedem Erhebungsort werden zwei unterschiedliche Arten von Kreativgruppen zur Erhebung zusammengestellt: Grüne Neu- und grüne Altwähler_innen.¹⁴ In Gruppen, die ausschließlich aus Neuwähler_innen bestehen, sollen sich die verschiedenen Motive für die grün-affine Wechselbereitschaft herauskristallisieren. Erstwähler_innen gelten dabei nicht als Neuwähler_innen, da bei diesen bereits eine grünaffine politische Sozialisation vorliegen könnte. Im Gegensatz dazu bilden Gruppen, die nur aus Altwähler_innen bestehen, die Möglichkeit, Einstellungsmuster der bisherigen Stammwählerschaft zu analysieren. Altwähler_innen werden definiert als Personen, die bei den vergangenen zwei Landtagswahlen die Bündnisgrünen gewählt haben. An jedem Erhebungsort werden zwei Neuwählergruppen und eine Altwählergruppe beobachtet. Die beiden Neuwählergruppen werden ein weiteres Mal, nach dem Einkommen der Proband_innen, aufgeschlüsselt. Eine der Gruppen besteht aus Teilnehmer_innen, deren Haushaltseinkommen über dem Nettoäquivalenzeinkommen des Landes liegt. Die andere Gruppe hingegen wird sich aus Proband_innen zusammensetzen, die weniger als das Nettoäquivalenzeinkommen im Land pro Monat zur Verfügung haben.

Das Nettoäquivalenzeinkommen ergibt sich aus dem Haushaltsnettoeinkommen dividiert durch die Summe der Äquivalenzgewichte der einzelnen Haushaltsmitglieder. Das Haushaltseinkommen umfasst die Summe aller Einkünfte aus Erwerbstätigkeit und Vermögen, privater Unterhaltsleistungen sowie staatliche Transferleistungen unter Abzug von Steuern und Sozialbeiträgen.¹⁵

Im Fokus der Untersuchung stehen, wie gesagt, grüne Wechselwähler_innen, also Personen, die bei der vorhergehenden Landtagswahl 2006 noch eine andere Partei gewählt haben. Um entsprechende Proband_innen zu finden, arbeiten wir in den jeweiligen Städten mit Markt- und Sozialforschungsinstituten, die bereits Erfahrung mit qualitativen Erhebungen haben, zusammen. Anhand eines seitens des Göttinger Instituts für Demokratieforschung erstellten Screeningbogens werden so Personen für Kreativgruppengespräche rekrutiert, die entweder den entscheidenden Kriterien „Wechselwähler_innen“ oder eben „Altwähler_innen“ entsprechen.

Als Zweitkriterium werden unterschiedliche sozioökonomische Hintergründe, operationalisiert über das Haushaltsnettoeinkommen, berücksichtigt. Auf diese Weise werden zwei unterschiedliche Gruppen von grünen Wechselwähler_innen zusammengestellt: Einmal eine Gruppe, in denen die Befragten weniger als 100 Prozent des Nettoäquivalenzeinkommens zur Verfügung hatten und eine Gruppe, in der das Haushaltsnettoeinkommen in einer Spannweite von 100 bis 200 Prozent des Richtwertes liegen soll. Auf eine Ähnlichkeit der Einkommen innerhalb der Gruppen wird Wert gelegt, da da-

¹⁴ Hierunter verstanden werden Wähler_innen, die bereits bei den Landtagswahlen 2001 und 2006 Bündnis90 / Die Grünen gewählt haben, bei denen es sich also mutmaßlich um Stammwähler_innen handelt.

¹⁵ Vgl.: Träger, Jutta: Familienarmut: Ursachen und Gegenstrategien, in: APuZ, H. 17/2004.

hinter eine Ähnlichkeit der Lebenswelten und der Bildungsniveaus vermutet wird.¹⁶ Für möglichst gute Ergebnisse werden deshalb ähnliche Einkommensverteilungen innerhalb der Gruppen angestrebt. Auf eine weitere Feinunterteilung bzw. Differenzierung, etwa bei Einkommensklassen oder nach dem Bildungsstand, wird verzichtet, da ansonsten die Vergleichbarkeit der Forschungsergebnisse nicht zu gewährleisten gewesen wäre. Jedoch wird auf eine ausgewogene Alters- und Geschlechtermischung geachtet; diese wurden weitestgehend auch eingehalten.¹⁷

Eine dritte Gruppe pro Stadt besteht indes lediglich aus Altwähler_innen. Als Rekrutierungskriterium für sie gilt die Wahl von Bündnis90/Die Grünen bei den letzten beiden Landtagswahlen. Die acht Proband_innen haben in der Regel ein Haushaltsnettoeinkommen etwas oberhalb des Nettoäquivalenzeinkommens.

The image shows a survey form titled "Leben in Baden-Württemberg" from Georg-August-Universität Göttingen. It is divided into two main sections. The left section contains introductory information, survey dates (GD1: Freitag, 25.03.2011, 16.00 – 18.00 Uhr; GD2: Freitag, 25.03.2011, 18.30 – 20.30 Uhr; GD3: Samstag, 26.03.2011, 11.00 – 13.00 Uhr), and a series of Likert-scale questions about personal satisfaction and political views. The right section, titled "Demographische Daten", includes questions about gender, age, education, and household income. It features two columns of radio button options for age groups and education levels, and a list of income brackets for "Neuwähler" and "Altwähler".

Abb. 3: Screening Bogen zur Erhebung in Baden-Württemberg (eigene Darstellung)

¹⁶ Folgt man Bremer, der sich auf Mangold beruft, werden in homogenen Gruppen „kollektiv geteilte Sinngehalte“ artikuliert, die auf ähnliche „Erfahrungshintergründe und Habitusschemata“ zurückzuführen sind. Wichtig ist dabei „die Ähnlichkeit von Dispositionen aufgrund vergleichbarer sozialer Erfahrungen.“ Vgl. Bremer, S. 107 f.

¹⁷ Die konkrete Zusammenstellung der Gruppen ergibt sich aus den Übersichten über die Gruppenzusammensetzungen der jeweiligen Erhebungsphasen, vgl. hierzu Kapitel 4.1.4 und 4.1.5 und aus dem Anhang.

Um einer Verfälschung der Ergebnisse vorzubeugen, werden die Proband_innen nicht zu einer offensichtlich politischen Diskussion eingeladen. Vielmehr gehen sie davon aus, dass das Thema Leben im jeweiligen Bundesland im Mittelpunkt steht. Zu dieser Formulierung werden die Umfrageinstitute bewusst aufgefordert, um nicht bereits im Vorfeld ein grün-affines Antwortverhalten hervorzurufen. Zur Personenrekrutierung wird als Grundlage ein bereits im Rahmen anderer Untersuchungen erprobter Standard-Screeningbogen genutzt. Er wird für jedes Bundesland entsprechend angepasst.

3.5. Das Kreativgruppengespräch

Mit Hilfe der gewählten Methode lassen sich untergründige Motivlagen und politische Perspektiven einer Alltagssituation diskursiv erheben und analysieren. Kreativgruppen bringen Forschungsergebnisse hervor, die sich in thematisch angeleiteten, diskursiven Prozessen zwischen den Teilnehmern herausbilden. So können individuelle Präferenzen und Perspektiven sowie relevante Konfliktfelder erschlossen und die skizzierten Probleme und Fragen systematisch gelöst und beantwortet werden. Vorteil einer qualitativen Studie ist, dass sie notwendige Ergänzung und gleichzeitig Vorarbeit für quantitative, meist demoskopische Erhebungen zur Verbreiterung der grünen Wählerschaft darstellt.

Vorgehen und Ablauf

Die Kreativgruppensprechungen werden nach einem teilstandardisierten Fragenkatalog durchgeführt. Das bedeutet, dass grundsätzlich der gleiche Ablauf in allen Gruppendiskussionen eingehalten werden soll, damit alle für die Forschungsfrage relevanten Themen diskutiert werden. Entscheidend ist, dass die Moderator_innen aber je nach Diskussionsintensität und Zielführung der Gesprächsrunden zum Gegensteuern oder Nachfragen angehalten sind. So werden einerseits bestimmte Sachverhalte und Rückfragen immer thematisiert und gestellt. Andererseits sind auch spontane Nachfragen oder Weiterentwicklungen bestimmter Themen möglich. Wichtig dabei bleibt jedoch das Ziel einer möglichst fluiden Diskussion, man spricht dabei von deren „Selbstläufigkeit“.¹⁸ Der Fragenkatalog¹⁹ hat dabei sowohl eine unterstützende als auch eine strukturierende Funktion. Trotzdem wird er nicht als starres Korsett verstanden, um den Gedankengängen und Diskussionsbeiträgen der Proband_innen nicht zu stark vorzugreifen bzw. diese möglichst wenig einzuengen.

¹⁸ Zur Rolle des Moderators vgl. z.B.: Bremer, Helmut: Von der Gruppendiskussion zur Gruppenwerkstatt. Ein Beitrag zur Methodenentwicklung in der typenbildenden Mentalitäts-, Habitus- und Milieuanalyse, Münster [u.a.] 2005, S. 104 f; vgl. auch Lamneck, Siegfried: Gruppendiskussionen. Theorie und Praxis, 2. Aufl., Weinheim/Basel 2005.

¹⁹ Siehe Anhang.

Die zentralen Bausteine des Fragebogens orientierten sich am Erkenntnisinteresse der gesamten Erhebung. Sein Aufbau orientiert sich an Spöhrings Verlaufsmodell für Gruppendiskussionen.²⁰ Rein praktisch wird mit einer bewusst niederschweligen Frage, die im Einklang mit dem erwarteten Thema steht, begonnen. Dies erleichtert den Einstieg in die Diskussion und baut Hemmschwellen ab. Zunächst sollen die Proband_innen ganz allgemein über „Leben in ihrem jeweiligen Bundesland“ sprechen. Methodisch wird hierbei wie folgt vorgegangen: In einem ersten Schritt wird jede/r einzelne Diskussionsteilnehmer/in gefragt: „Was dachten Sie, als Sie von dem Thema gehört haben?“ So soll zunächst der Zugang der Proband_innen zum Thema verstanden werden, um unter semantischer Bezugnahme auf bereits abgesteckte Themen Anknüpfungen für Moderator_innen und Proband_innen zu finden. Ziel ist es, eine vertraute Diskussionsatmosphäre zu schaffen.

Daran anschließend werden die Proband_innen nach ihren Ansichten, was „Das Gute an XY“ (jeweiliges Bundesland) und was „Das Schlechte an XY“ sei, befragt. Ziel hierbei ist die Sicht auf das eigene Leben, aber auch auf die Bedeutung unterschiedlicher Faktoren aus dem Alltag der Proband_innen zu explorieren.

Anschließend werden die Proband_innen aufgefordert, sich mit ganz unterschiedlichen Werten auseinanderzusetzen.²¹ Hierbei werden mit Hilfe vorgefertigter Wertebögen persönlichen Rankings erhoben. Ein freies Feld bietet die Möglichkeit, einen weiteren Wert einzutragen. Die Fragebögen dienen den Teilnehmer_innen zur Veranschaulichung und Besinnung. Sie haben zunächst einige Minuten Zeit, sich alleine mit dem Thema auseinandersetzen. Die Moderator_innen fragen im ersten Diskussionsschritt bei jedem/r Probanden/in die zwei wichtigsten Werte ab und lassen sich diese – und das ist ein Schlüsselmoment – kurz erläutern. Auf diese Weise sollen Diskussionen über die Interpretation von Werten eröffnet werden, die vom Moderator/der Moderatorin ganz gezielt dahingehend gesteuert werden, möglichst genaue Informationen über das individuelle Werteverständnis einzelner Personen zu erhalten. Ziel dieser Phase ist es, zentrale Wertvorstellungen in den einzelnen Gruppen herauszuarbeiten, eine Begriffshierarchie zu erarbeiten, schließlich den/die zentralen Werte herauszukristallisieren und diese/diesen nochmals vertiefend zu diskutieren. Wichtig sind dabei etwa der persönliche Bezug, Verantwortlichkeiten, Vor- und Nachteile. Auch die Frage eines etwaigen gefühlten Wertewandels wird in diesem Zusammenhang erörtert.

²⁰ Eine Gruppendiskussion setzt sich demnach aus folgenden Phasen zusammen: Fremdheit – Orientierung – Anpassung – Vertrautheit – Konformität – Abklingen. Die einzelnen Bausteine des Fragebogens tragen den jeweiligen Besonderheiten der einzelnen Phasen Rechnung. Vgl. Spöhring 1989, zit. nach Lamneck 2005.

²¹ Die Auseinandersetzung mit Werten bietet, wie oben bereits erläutert, die Möglichkeit, soziale und politische Grundorientierungen zu erfassen. Diese werden „zum expliziten Gegenstand politischer Programme und Anstrengungen gemacht, sind also nicht (nur) psychisch internalisierte, sondern auch bewußte Orientierungsbedingungen politischen Verhaltens“, Volker von Prittwitz:Politikanalyse, Leske + Budrich, 1994, S. 19.

Bitte ordnen Sie den Begriffen Zahlen von eins (der für den wichtigsten Wert) bis sieben (für den am wenigsten wichtigen) zu. Sie haben auch die Möglichkeit die Liste um einen weiteren Wert, der ihnen wichtig erscheint, zu ergänzen.

Gerechtigkeit	
Fortschritt	
Nachhaltigkeit	
(Eigen-) Verantwortung	
Leistung	
Solidarität	

Abb. 4: Wertebogen (eigene Darstellung)

Hieran schließt sich ein Block an, indem die Proband_innen ihren Entwurf einer künftigen Gesellschaft diskutieren sollen. Methodisch wird dies umgesetzt, indem die Proband_innen aufgefordert werden, sich realistische und wünschenswerte Schlagzeilen für das Jahr 2016 auszudenken und diese im Zeitungsschlagzeilenformat niederzuschreiben. Hier, aufgehängt an einem konkreten, selbstgewählten Ereignis, lassen sich zukünftige Ängste und Hoffnungen in den jeweiligen Gruppen ergründen. So können Geschehnisse und dabei ihre Hintergründe, ihre Vor- und Nachteile, die kurz-, mittel-

und langfristigen Folgen, die persönliche und die vermutete politische Sicht darauf, aber auch regionale Besonderheiten ergründet werden. Häufig wird dabei von den Moderator_innen der Bezug zur Wertedebatte hergestellt.

Hieran anknüpfend wird auf die (möglichen) Krisenerfahrungen der letzten Jahre verwiesen, die in einer weiteren Phase diskutiert werden. Ziel dabei ist es, den „Ort“ eines möglichen Wertewandels zu destillieren, konkret die Erschütterungen nachzuvollziehen, die möglicherweise zu einer Abkehr oder zumindest zu einem Hinterfragen bisheriger Werthaltungen geführt haben mögen.

Diskutiert wird dabei zunächst die Krisenwahrnehmung im persönlichen Nahbereich und auf globalerer Ebene, aber auch welche Lösungen und Probleme man dabei – v.a. in Bezug auf die Wertedebatte – sieht. Dadurch soll auch der Übergang zum abschließenden Block, der Politik-, Politiker-, und Demokratiewahrnehmung geschaffen werden.

Es soll herausgefunden werden, ob und wenn ja, welchen Parteien und Politiker_innen vertraut wird. Die Moderator_innen fragen gezielt nach Organisationen, Parteien und Personen, denen die Proband_innen Problemlösungskompetenzen zutrauen. Es wird diskutiert, wer aus welchen Gründen als vertrauenswürdig gilt. Ziel ist es hier, erwartete Eigenschaften, Auftreten, Ansprache etc. zu erkennen. In diesem Zusammenhang wird auch die Sicht auf die Partei Bündnis90/Die Grünen selbst in den Blick genommen, um nochmals konkrete Zuschreibungen, Erwartungen etc. in den Blick zu nehmen – dies aber aus methodischen Gründen erst am Ende der Diskussion. Speziell bei der Altwähler_innengruppe wird auch nach der Einschätzung der Konsequenzen des starken grünen Zulaufs gefragt – fürchten die langjährigen Anhänger_innen etwa einen Identitätsverlust der Partei, vermuten sie eine Verschiebung der Werte?

4. Die erste Untersuchungswelle: Baden-Württemberg

Im Rahmen der ersten Erhebung wurden in Baden-Württemberg in der Vorwoche der Wahlen (politisierendes Moment), vom 21. bis 27.3.2011, neun moderierte Kreativgruppengespräche durchgeführt.

4.1 Erhebungsorte

Um den regionalen und strukturellen Unterschieden Rechnung zu tragen, wurde die Erhebung an drei unterschiedlichen Orten – Stuttgart, Heidelberg und Biberach – durchgeführt. Die drei Orte wurden wie geplant nach folgenden Kategorien ausgewählt: Es soll in jedem Land, so auch in Baden-Württemberg, aus einer „grünen Hochburg“ (Universitätsstadt/besonders erfolgreicher Wahlkreis), aus einer Großstadt und aus einer ländlichen Region exploriert werden.

Drei zentrale Besonderheiten begleiteten diese erste Pilotstudie in Baden-Württemberg. Zum einen die direkte Nähe zu den anstehenden Wahlen. Diese Nähe zu dem vielfach als Wechselwahl empfundenen Urnengang ließ eine starke Politisierung bei den Proband_innen erwarten.

Hinzu kam der schon im Vorfeld erwartete Bezug auf die Proteste in Zusammenhang mit dem Bahnprojekts Stuttgart21. Auch hier ließ sich eine besonders starke Politisierung erwarten, ganz besonders für das Protestzentrum Stuttgart, welches ganz bewusst in die Erhebung einbezogen werden sollte. Dies hatte aber auch Auswirkungen auf die Auswahl der anderen Städte, die eine gewisse räumliche Distanz zu diesem dominanten Thema aufweisen sollten.

Und nicht zuletzt die Ereignisse in Japan mit der atomaren Katastrophe im Kraftwerk Fukushima Daiichi strukturierte die Erhebung, die ein bis zwei Wochen nach dem GAU durchgeführt wurden.

4.1.1 Heidelberg

Mit Heidelberg wurde eine Stadt, die als grüne Hochburg gilt, in den Blick genommen. Geprägt wird die Stadt einerseits durch die Universität, andererseits durch ihre Attraktivität für Touristen. Gemeinsam mit Mannheim und Ludwigshafen gehört sie zu der Metropolregion Rhein-Neckar. Dort sind diverse große Industrieunternehmen angesiedelt. Bei den Landtagswahlen 2006 erhielt die CDU 34 Prozent, die Grünen 21 Prozent – ein im Landesvergleich sehr gutes Ergebnis für die Grünen, da die Partei damals nur 11 Prozent der Stimmen erhalten hatte.

4.1.2 Biberach

Biberach an der Riß hat circa 32.000 Einwohner. Es handelt sich bei dieser Kleinstadt um eine der wohlhabendsten und zukunftssträchtesten Städte Deutschlands (2010: zukunftssträchteste Stadt Deutschlands, 2011: 11. Platz in diesem Ranking).²² Die Arbeitslosenquote liegt um die drei Prozent, die Wirtschaft profitiert von diversen mittelständischen, aber auch einigen internationalen Unternehmen. Dennoch litt die Stadt, die geprägt ist durch die Zuliefererindustrie – wenn auch auf hohem Niveau – unter der Wirtschaftskrise. Es handelt sich bei Biberach um eine deutsche Bilderbuch-Kleinstadt mit lebendiger, historischer Innenstadt, einer kleinen Fachhochschule und mit eher ländlichen Strukturen, zum Beispiel hinsichtlich ehrenamtlichen Engagements. Bei den Landtagswahlen 2006 bekamen die Grünen in der Stadt Biberach 20 Prozent der Stimmen, die CDU 40 Prozent.

4.1.3 Stuttgart

Die Auswahl Stuttgarts ist aus mehreren Gründen interessant. Zunächst gerät die Stadt als Zentrum der Proteste um das Projekt Stuttgart 21 in den Blick. Hier können Motivationen und Einstellungen anhand eines konkreten Konflikts in den Blick genommen werden. Zudem ist Stuttgart eine boomende Wirtschaftsmetropole (2008: Rang 3 bei den zukunftssträchtesten Städten Deutschlands),²³ in welcher Umweltthemen möglicherweise von Wirtschafts- und Industriethemen überlagert werden könnten. In der Stadt mischen sich außerdem diverse Milieus und Gesellschaftsschichten. Bei den Wahlen 2006 erhielt die CDU 36 Prozent der Stimmen, die Grünen 16 Prozent.

²² Vgl. Sebastian Döll / Silvia Stiller: HWWI/Berenberg-Städteranking 2010: Die 30 größten Städte Deutschlands im Vergleich, Hamburg 2010.

²³ Ebd.

4.2 Zusammensetzung der Kreativgruppen

Die Auswahl der Proband_innen erfolgte gemäß des Screeningbogens in Rücksprache zwischen dem Göttinger Institut für Demokratieforschung und den jeweiligen Markt- und Sozialforschungsinstituten. Die Gruppenzusammensetzungen werden im Folgenden graphisch dargestellt.

4.2.1 Alterszusammensetzung der Neuwähler_innengruppen

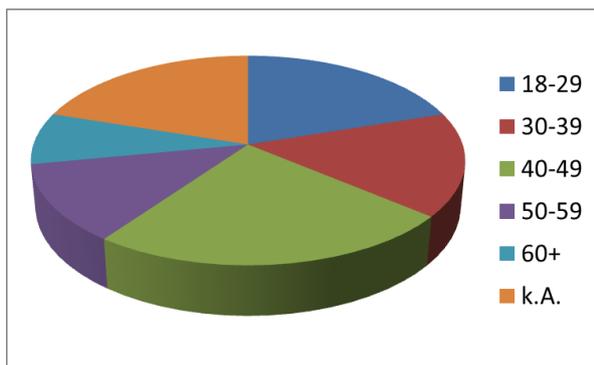


Abb. 5: Alter Neuwähler_innen (HHNE <100%)

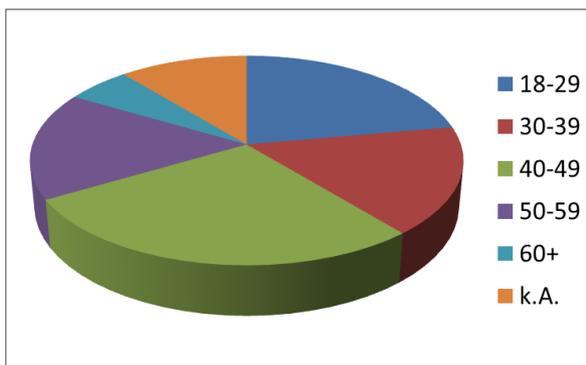


Abb. 6 Alter Neuwähler_innen (HHNE 100-200%)

4.2.2 Geschlechterzusammensetzung der Neuwähler_innengruppen

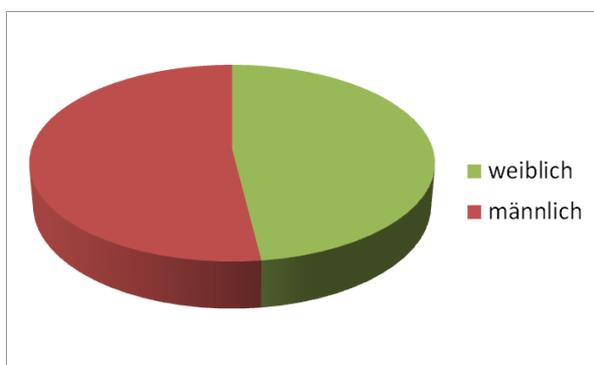


Abb. 7: Geschlecht Neuwähler_innen (HHNE <100%)

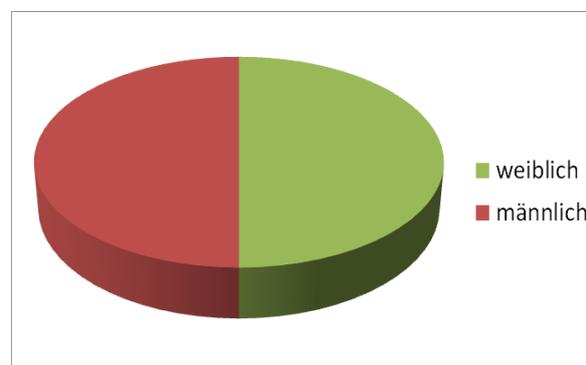


Abb. 8 Geschlecht Neuwähler_innen (HHNE 100-200%)

4.2.3 Berufliche Situation der Neuwähler_innengruppen

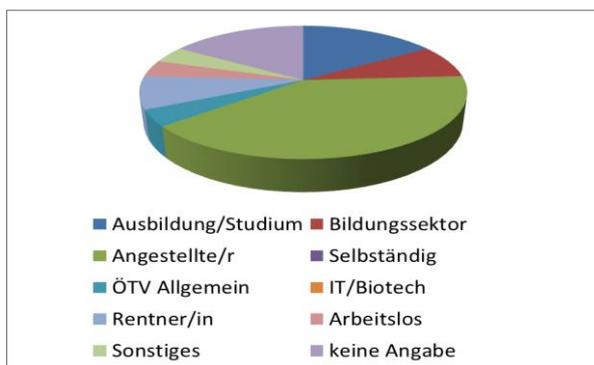


Abb. 9: Beruf Neuwähler_innen (HHNE <100%)

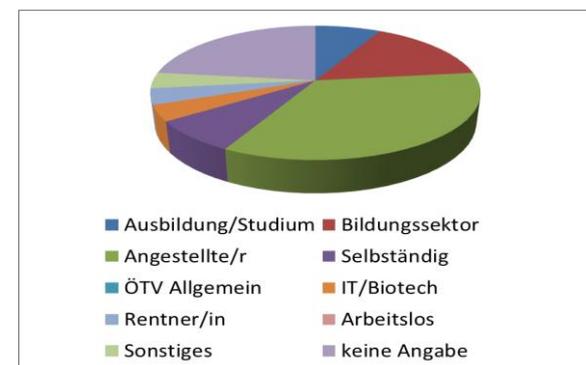


Abb. 10 Beruf Neuwähler_innen (HHNE 100-200%)

4.2.4 Alterszusammensetzung der Altwähler_innengruppen

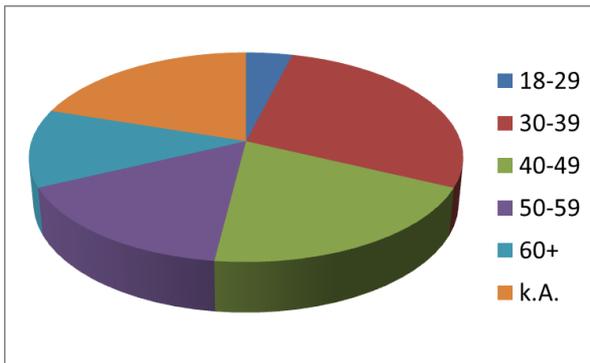


Abb. 11: Alter Altwähler_innen

4.2.5 Geschlechterzusammensetzung der Altwähler_innengruppen

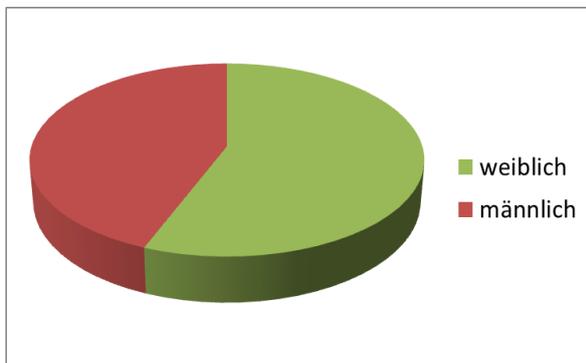


Abb. 12: Geschlecht Altwähler_innen

4.2.6 Berufliche Situation der Altwähler_innengruppen

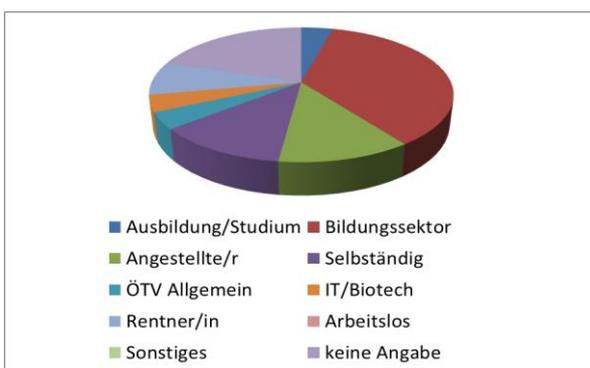


Abb. 13: Beruf Altwähler_innen

5. Ergebnisse

Die Auswertung der Ergebnisse folgt im Wesentlichen der Struktur der Kreativgruppendifkussionen. Der erste Abschnitt drehte sich vor allem um Leben in Baden-Württemberg allgemein, die positiven und negativen Einschätzungen des Landes wurden abgefragt. Dies diente zum einen als Gesprächseinstieg, da so alle Proband_innen von Beginn an in die Diskussion involviert werden können, zum anderen kann dieser Abschnitt, bei aller interpretatorischen Vorsicht, als Folie genutzt werden, vor deren Hintergrund sich im Verlauf der Diskussionen Ergebnisse interpretieren lassen. Anders als bei den folgenden Auswertungspunkten wird hier noch auf eine Trennung nach Einkommenssituationen der Kreativgruppenteilnehmer_innen verzichtet.

5.1 Leben in Baden-Württemberg - Grüne Neuwähler_innen

Bei grünen Neuwähler_innen wird das Land Baden-Württemberg deutlich positiver bewertet als in den anderen Gruppen. Vor allem die sehr gute wirtschaftliche Situation im Bundesland bildet die Basis dieser Zufriedenheit. Es gibt viele Arbeitsplätze und – dies wird von den besserverdienenden Neuwählergruppen immer wieder angesprochen – dadurch einen sehr großen Freiraum für Entfaltung. Außerdem man ist sich der vorteilhaften Position des eigenen Bundeslandes sehr bewusst. Dass es dem Land besser geht als den neuen Bundesländern, aber auch als einigen vom Strukturwandel betroffenen Altbundesländern, darin sieht man durchaus einen positiven Sonderfall. In einer Stuttgarter Gruppe wird allerdings gleich zu Anfang der Länderfinanzausgleich heftig diskutiert, von dem andere Länder ungerechtfertigt profitieren würden:

(6, w., ST-)²⁴: „und das auf Kosten von BaWü und Bayern, den gutverdienenden Ländern. Auf Kosten der Länderfinanzierung können die sich das gutgehen lassen!“

Allerdings gab es durchaus auch Einspruch gegen diese als unsolidarisch empfundene Sicht:

(3, m., ST-): „Denen, den es besser geht, die müssen eben den anderen unter die Arme greifen.“

Auch in den späteren Diskussionen, sei es in Bezug auf die Bundesrepublik, sei es auf europäischer Ebene, war der Länderfinanzausgleich immer wieder ein Thema.

Unabhängig von dieser Diskussion sieht man sich dennoch auf der Sonnenseite des Lebens, denn nicht allein die Situation am Arbeitsmarkt und in der Wirtschaft allgemein ist gut. Vielmehr, so die einhellige Meinung, ist es darüber hinaus eine besonders hohe Lebensqualität, die das Bundesland

²⁴ Auflösung der Kürzel: zugeordnete Nummer der Diskussionsteilnehmer_in, Geschlecht, Stadt (BC=Biberach, HD=Heidelberg, ST=Stuttgart), Untersuchungsgruppe (+ = Neuwähler_innen mit einem Einkommen in Höhe von 100 bis 200 Prozent des durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens, - = Neuwähler_innen mit einem geringeren Einkommen als dem Haushaltsnettoeinkommen, A = Altwähler_innen)

auszeichnet. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Wahrnehmung, dass Baden-Württemberg zentral liege: Die Nähe zur Schweiz, zu Frankreich und zu Italien wird in allen Gruppen hervorgehoben. Während in Städten Stuttgart und Heidelberg vor allem auf das gesamte Land Bezug genommen wird, dominiert in Biberach hingegen eine absolute Nahsicht. Vor Ort sei das Wohlstandsniveau hoch, das Bildungsniveau hoch, die Lebensqualität sehr hoch, die Industriestruktur sehr gut. Man ist sich der besonderen finanziellen Situation Biberachs bewusst, die durchaus auch ihre Schattenseiten haben könne –welche dann allerdings doch kaum konkret benannt werden. Kritik wird eher auf eine nicht ganz klar sichtbare gesamtdeutsche Gesellschaft bezogen, auch dem Ungewissen, dem unsicheren „da Draußen“ gegenüber nimmt man tendenziell eine abwehrende Haltung ein.

In allen drei Städten gibt es sind zwei zentrale Kritikpunkte: Sie betreffen die Mobilität und die Mentalität. Vielfach wird der nicht gut funktionierende ÖPNV genannt, aber auch generell der mangelnde Ausbau des Eisenbahnnetzes und die verstopften Autobahnen. Mobilität ist in den Gruppen immer wieder ein Thema. Inwieweit aber zwischen Anspruch und Wahrheit Lücken klaffen, zeigt eine Diskussion in Heidelberg. Zwar fahre man viel Fahrrad; zugleich störe der Vorrang des ÖPNV, wenn man mit dem Auto unterwegs sei. So bewertet (2, HD+) die Verkehrssituation folgendermaßen: „da haben sich sicherlich einige Gedanken gemacht, aber es nervt.“ Diese Debatte geht dann direkt über in eine Diskussion über das Recht auf Einmischung seitens der Bürger. Dies könne durchaus positiv sein, etwa wenn das Stadtbild erhalten bleibe. Gleichwohl werden die Grenzen solcher bürgerschaftlicher Einmischung betont:

(2, w., HD+) „[...] so 'ne Gruppierungen, würde ich jetzt mal einfach behaupten, die grundsätzlich gegen alles ist, die Schilder hochhalten, die gegen alles sind.“

(7, m., HD+) „In Heidelberg wird da viel übertrieben.“

„Zwei, drei Vögel“ würden, so ein Diskussionsteilnehmer (7, HD+), ihn an seiner freien Entfaltung hindern. Ähnliches gilt für das öffentliche Grillen auf den Neckarwiesen, was inzwischen aufgrund der Beschwerden Zugezogener stark reglementiert werde, obwohl es fünfzehn Jahre gut funktioniert habe (1, HD+). Besonders für diese gutverdienende Neuwählergruppe gilt, dass man vor allem dann zufrieden ist, solange die eigene Entfaltung nicht beeinträchtigt wird.

Ein weiterer zentraler Kritikpunkt ist die schwäbische Mentalität. Gruppen- und Städteübergreifend wird vor allem die schwäbische „Kehrwoche“ kritisiert, die reservierte Distanz und mangelnde Toleranz gegenüber Neuen und Neuem sei ein Problem. Die Schwaben könnten durchaus etwas offener sein, auch wenn das Eigenbrötlerische nicht durchgängig negativ bewertet wird. Schließlich sei der Schwabe dadurch nicht so oberflächlich. Ähnlich wird das Schwäbisch-Konservative diskutiert.

Nur eine geringe Rolle spielten in der ersten Runde der Diskussionen ganz konkrete Probleme. So kritisierte in der Gruppe der unterdurchschnittlich Verdienenden in Heidelberg lediglich eine Diskussteilnehmerin das Missverhältnis zwischen sozialer Not auf der einen und milliardenschweren Infrastrukturprojekten auf der anderen Seite und die damit einhergehende fehlende Verhältnismäßigkeit von politischen Entscheidungen. Hinzu kam vor allem in Stuttgart eine hohe Unzufriedenheit mit der CDU, die sich in der Kritik von Filz und Vetternwirtschaft niederschlug.

Ein weiterer Kritikpunkt fokussierte sich auf die sehr hohen Lebenshaltungskosten. Die Bildungslandschaft Baden-Württembergs wurde unterschiedlich beurteilt. Zwar sei der Bildungsstand im Land sehr hoch, zugleich gebe es aber Probleme an den Schulen, die vor allem im weiteren Verlauf der Diskussionen konkretisiert wurden. In Biberach wurde zudem einmal erwähnt, dass Baden-Württemberg erneuerbaren Energien gegenüber nur sehr wenig offen sei.

Insgesamt aber lässt sich sagen, dass für die Teilnehmer_innen die Vorteile eines Lebens in Baden-Württemberg die Nachteile deutlich überwiegen. Dabei müssen diese „kulturelle Nähe“ zum Bundesland im Sinne von Landschaft, eigenem Bekanntenkreis, Lebensfreude (positive Haltung dem Land gegenüber bzw. Wunsch nach Tradition und Geborgenheit) und die geschätzte wirtschaftlicher Sicherheit nicht unbedingt einhergehen mit (partei-)politischer Identifikation – ja, hier steht man den derzeitigen Gegebenheiten oft ablehnend gegenüber. Dies ist wichtig, um die Wertediskussion zu verstehen, denn die Teilnehmer_innen argumentieren hier vor dem Hintergrund eines wirtschaftsstarren Bundeslandes mit vielen Arbeitsplätzen, das zudem äußerst lebenswert erscheint. Insbesondere für den späteren Vergleich mit den anderen Bundesländern ist diese Vergleichsfolie äußerst relevant.

5.2 Leben in Baden- Württemberg – Grüne Altwähler_innen

Bei den grünen Altwähler_innen liegt eine ähnlich hohe Zustimmung zum Land Baden-Württemberg vor, die hier allerdings zuvorderst unter dem Wohlfühlmoment und der Natur verhandelt wird. Lebensqualität durch die Natur und die landschaftliche Schönheit, auch die Lage des Landes, das vor Ort existierende kulturelle Angebot und die „soziale Stabilität“ (Heidelberg) überwiegen den wirtschaftlichen Aspekt deutlich. Einzig in Biberach, wo Vereinsleben, kirchliche Verwurzelung und Traditionspflege mit Weltunternehmen, einem flexiblen „Business“ und hoher Kreativität in Startup-Unternehmen der Biotech-Branche koexistieren, wird ein positiver Lebensbezug aus den wirtschaftlichen Möglichkeiten konkret hergestellt. Dies ist aber auch aus der Dominanz einiger weniger großer Unternehmen in der Kleinstadt erklärbar.

Auffallend ist die große Anzahl an negativen Aspekten, die sich vor allem auf drei Punkte konzentrieren und deutlich stärker prononciert werden als bei den Neuwähler_innen. Zum ersten die Mentalität. Die „Schwabenkrankheit“, dass man sich nur im Kessel wohlfühle, deshalb aber auch im übertragenen Sinne manchmal keinen Weitblick habe und die „Kehrwochenmentalität“ werden aufgeführt, die fehlende Offenheit wird in Stuttgart diskutiert. Die Verbindung von Ländlichkeit, Katholizismus, Konservatismus und „völlig unreflektierter“ (6, w., BCA) Unterstützung der CDU in Biberach wird von einem eigentlich positiven Begriff des Konservatismus geschieden:

(5, w., BCA) „Man kann ja durchaus etwas erhaltenswert finden und trotzdem den Wandel wollen.“

Auch die Integrationsfähigkeit der Schwaben wird häufig in Frage gestellt, am deutlichsten aber in Biberach:

(1, m., BCA) „Vorurteile gegen Migration werden hier schon auf jeden Fall noch gelebt.“

Dies hinge auch mit einer gewissen Rückständigkeit zusammen, die sich etwa über das Fehlen des weltstädtischen Flairs in Stuttgart ausdrücke, aber auch über die generelle gesellschaftliche, mentalitätsbezogene „Verschlafenheit gegenüber Neuem. Der Motor aus dem was Neues entsteht, den gibt es nicht“ (1, m, BCA). Konkret werden auch schon bei der Einstiegsrunde Probleme im Bildungssystem, in der Bevorzugung des Straßenverkehrs bei Infrastrukturmaßnahmen (Biberach) und die Existenz der Atomkraftwerke (Heidelberg) diskutiert.

Das Bildungssystem wird, trotz guter Bildungschancen, kritisiert, da die Bildungsstrukturen überholt seien. Das dreigliedrige Schulsystem, die schlechte Förderung, das schwierige, wenn auch höherwertige Abitur, der Lehrermangel, die Studiengebühren und die Unfähigkeit der Politik, hieran etwas zu ändern – diese geäußerten Kritikpunkte geben einen Einblick in die Problemwahrnehmungen vieler Teilnehmer_innen.

nung von Arbeit eingefordert wird (Mindestlohn, Lohnausgleich, gleiche Bezahlung für alle, ganz allgemein die Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen). Vor allem dort, wo die Löhne zu niedrig sind, wird Ungerechtigkeit beklagt. Hier sollte, ja müsste eingegriffen werden. Im Zentrum der Gerechtigkeitsdefinition steht das Verlangen nach einem gerechten Anteil für jeden, auch für sich selbst.

Thematisch weiter gespannt wird der Gerechtigkeitsbegriff auch auf andere Felder, etwa auf den der Sozialpolitik, der Bildung (auch in Bezug auf Studiengebühren) oder der Gleichstellung. Gerechtigkeit sollte bei Bewertungsmaßstäben ebenso gelten wie bei der Verteilung von Ressourcen oder in Bezug auf die Rechtssicherheit und die Gleichheit vor dem Gesetz.

Gerechtigkeit ist mithin ein universaler Wert, etwa als Grundlage für Toleranz und Vertrauen. Der Gerechtigkeitsbegriff sei der Schlüssel zum Erfolg, dies sei aber auch, wie ein Diskussionsteilnehmer anmerkt, eine Frage der Erziehung.

Eine kontroverse Debatte aber bleibt zumeist aus, auch weil der Gerechtigkeitsgedanke ganz klar über den der sozialen Gerechtigkeit abgebildet werden kann, auch über Chancengerechtigkeit etwa bei der Bildung. Wichtig ist, dass die Empfindungen von Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit aus dem eigenen Erleben des Ausbleibens von Gerechtigkeit resultieren. Man ist hiervon vielfach direkt betroffen. Gerechtigkeit ist also ein konkret erfahrbarer, alltäglicher Wert. Und kein abstrakt gefühlter, wie dies bei den überdurchschnittlich verdienenden grünen Neuwähler_innen majoritär verhandelt wird.

6.1.2 Dimensionen von Eigenverantwortung

Der Wert der Eigenverantwortung spielt in den unterdurchschnittlich verdienenden Gruppen eine deutlich geringere Rolle. Einzig in Biberach wird der Wert häufig genannt, vor allem unter dem Aspekt des „Für-sich-selbst-verantwortlich-Sein“, als Verantwortung für das eigene Leben.

(8, w, BC-) „dass man alles, was man erreichen will, selbst erarbeiten muss und nicht z.B. durch Leistungen vom Staat, wenn das nicht gerade notwendig ist.“

(1, w, HD-) „Man muss selbst was aus seinem Leben machen, oder versuchen weiter zu kommen, man darf das nicht einfach an andere abgeben, diese Verantwortung für das eigene Leben.“

Interessant scheint der Verweis auf die (mögliche) Notwendigkeit der Abgabe von Eigenverantwortung an den Staat. Eigenverantwortung braucht demnach einen (gerechten) Rahmen, in dem diese sich entfalten kann. Auch wenn in der Wertediskussion kaum ausgesprochen wird, wer diesen Rahmen setzen soll, steht der regelnde Staat gleichwohl im Hintergrund. Zudem wird Eigenverantwortung auch als Basis für verantwortliches Handeln, als Verantwortung dem eigenen Gewissen gegen-

über diskutiert, welches sich an moralischen Maßstäben orientieren sollte. Es geht dabei nicht um einen Selbst-, sondern um einen Gesellschaftsentwurf:

(7, m., BC-): „in einer moralischen Gesellschaft, da sind Probleme nicht ganz so vorprogrammiert.“

Insgesamt aber ist der Wert der Eigenverantwortung, auch aus der konkreten Erfahrung (in der Arbeitswelt) heraus, nicht automatisch positiv besetzt. Der Aspekt der Überforderung durch Verantwortungsdelegation ist bei den Geringverdienern auch ein Grund für eine tendenzielle Ablehnung dieses Wertes. Von einem Teilnehmer in Heidelberg (vorher Piratenparteiwähler) wird in diesem Zusammenhang der Begriff der Freiheit, im Sinne eines postmodernen „Von-etwas-entbunden-Seins“, ins Spiel gebracht.

(8, m, HD-): „Zunächst mal die Freiheit des Einzelnen, nicht notwendigerweise zu tun und lassen, was man möchte, aber dass man im Rahmen der Gesetze, die man befolgen muss, in Ruhe gelassen wird. Leben und leben lassen, darauf läuft es im Prinzip hinaus.“

6.1.3 Dimensionen von Nachhaltigkeit

Nachhaltigkeit wird weniger auf der abstrakten Wert-, als auf vielmehr auf der konkreten Anforderungsebene diskutiert – etwa als Anforderung sowohl an die Politik als auch als Projektion auf die Gesellschaft. Zwei zentrale Dimensionen von Nachhaltigkeit lassen sich hierbei herausdestillieren. Die eine Dimension beschreibt die Einforderung von Nachhaltigkeit, etwa dann, wenn Langfristigkeit und Zuverlässigkeit des Denkens und Handelns der Politik eingefordert werden.

Dies gilt ebenso für Entwürfe von Politik wie für die Steuerungsaufgabe von Politik. Vor allem bei der Finanzkrise wird eine nachhaltige Veränderung in Form eines Lernprozesses als nicht gegeben angenommen. Hier müsse der Staat regelnd eingreifen, ebenso beim Energiewandel:

(5, m., BC-): „freiwillig macht da keiner was!“

Die zweite, damit zusammenhängende Dimension ist eine solidarische Handlungsanweisung. Sie bezieht sich ganz klar auf Nachhaltigkeit als Aufgabe der heutigen für die kommenden Generationen. Generationengerechtigkeit scheint der Schlüssel für ein modernes Nachhaltigkeitskonzept zu sein – und das über den Bereich der Umweltpolitik hinaus.

(6,w, ST-) „für uns nachkommende Generationen, dass wir nicht nur an uns denken, sondern auch daran, dass andere Generationen auch gut leben wollen.“

(1, w, ST-): „als Langfristigkeit, für die Kinder gedacht, was wir heute regeln, hat Einfluss auf die Kinder.“

(7, m, ST-): „verantwortungsvolles, zukunftsorientiertes Handeln, dass wir heute nicht das Morgen versauen.“

(9, w, BC-) „wir müssen sehr darauf achten, dass wir die Welt für unsere Kinder erhalten.“

Interessant ist, dass Nachhaltigkeit praktisch kaum in Bezug auf Umwelt oder umweltschonendes Verhalten bezogen wird, auch der Bezug zur Eigenverantwortung kaum vorhanden ist, dafür aber zur Solidarität. Nachhaltigkeit passt in dieser Gruppe eher mit dem Begriff der sozialen Gerechtigkeit zusammen.

6.1.4 Dimensionen von Leistung

Leistung als Wert hat ein tendenziell negatives Image (bekommen), wird aber nicht grundlegend abgelehnt, sondern als notwendige, gleichwohl unangenehm empfundene Basis funktionierender, auf Fortschritt gründender Gesellschaften angesehen. Leistung ist hierbei als unvermeidlicher Wert von der „Leistungsgesellschaft“ als negativ konnotiertem und zwangsläufig akzeptierten Erfahrungsraum zu trennen – einem Erfahrungsraum, der immer häufiger nicht ausreichend leistungsfähige Menschen an den Rand der Gesellschaft dränge. Dies wird etwa an der Beobachtung einer verringerten Akzeptanz von geistig und/oder körperlich beeinträchtigten Kindern festgemacht, aber auch an der „Freisetzung“ von Arbeitskräften.

Dabei kann Leistung, begleitet von anderen Werten wie der Gerechtigkeit, nicht nur ein grundlegender, sondern auch ein positivkonnotierter Wert sein. Die Diskrepanz zwischen der Einsicht in die Notwendigkeit und der Wahrnehmung einer ungerecht gestiegenen Anspruchsüberforderung ist deutlich spürbar.

Dies manifestiert sich vor allem in der wahrgenommenen Brechung des Leistungsideals, des Versprechens von Aufstieg durch Leistung. Auch hier klappt eine sich dynamisch verstärkende Kluft zwischen Leistungsanspruch und Leistungsentsprechung – sei es in der nicht mehr gesicherten Perspektive nach Abschluss des Studiums, sei es durch Ausnutzung über Praktika, sei es durch schlechte oder keine Bezahlung.

(3, m, BC-): „Leistung wird gefordert, schon in der Schule, eigentlich immer früher. Aber, Leistung bringen ist kein Erfolgsgarant mehr, keine Garantie [...] und dann fordert man mehr Eigenverantwortung. Man kann unverschuldet in Situationen kommen und kommt dann nicht mehr raus.“

Der Leistungsdruck der Arbeitswelt und die Leistungsanforderung im Bildungssystem als eigenverantwortliche Selbstoptimierung scheinen die Befragten zu überfordern, zumal eine positive Entsprechung dessen nicht automatisch folgt. In den Mittel- und unteren Mittelschichten scheint das anzukommen, was unlängst im „unteren Drittel der Gesellschaft“ angekommen ist. Hier ist es vor allem

der Bildungsapell, der Angst macht, wie das Göttinger Institut für Demokratieforschung bereits 2009 feststellte:

„Mit dem Begriff der „Chance“ können sie nichts anfangen. Auf die Formel „Chance durch Bildung“ reagieren sie gar wütend. Jeder oder jede von ihnen, der/die – sagen wir – über 16 Jahre ist, erfasst ganz realistisch, dass die Chancen-Bildungs-Gesellschaft für ihn oder sie bedeutet, in den nächsten Jahrzehnten ohne Aussichten, ohne Ansehen, erst recht ohne Möglichkeiten des Weiterkommens zu bleiben. [...] Bildung bedeutet für sie infolgedessen das Erlebnis des Scheiterns, des Nicht-Mithalten-Könnens, der Fremdbestimmung durch andere, die mehr gelesen haben, besser reden können, gebildeter aufzutreten vermögen.[...] Bezeichnend an der Selbstinterpretation der unteren Schichten ist, dass sie die schlimmste Zeit, die fatalsten Brüche in ihrer Lebensgeschichte, in den achtziger und neunziger Jahren verorten, als nicht nur die schon zuvor existente Arbeitslosigkeit drückte, sondern als überdies die neuen Medien, die neuen Technologien, die deutsche Einheit, die neue Währung, die neuen Ansprüche im Geschlechter- und Familienverhältnis, die Appelle zur fortwährenden Bildung ihnen auf den verschiedensten Ebenen zusetzten. Mit einem Problem fertig zu werden, hätte ihnen noch gelingen mögen. Doch nun bündelten sich die Wandlungen und Zumutungen auf allen Seiten der Alltagsbewältigung.“²⁵

6.1.5 Dimensionen von Fortschritt

Mit dem Fortschritt stand ein Begriff, der in verschiedenen, bunt schillernden, sich ausschließenden Dimensionen verhandelt wurde, im Zentrum der Debatte. Fortschritt ist bei dieser Wähler_innengruppe noch immer positiv als das Versprechen auf eine bessere Zukunft besetzt. Er verheißt noch immer Wohlstand und Vorankommen. Das alte sozialdemokratische Fortschrittsversprechen scheint noch präsent. Er ist der Gegensatz von Stillstand, im eigenen Leben ebenso wie in der Wirtschaft und Entwicklung. Allerdings – und trotz aller damit verbundenen Hoffnungen – ist dieses Versprechen gleich auf zwei Wegen gebrochen worden. Zum einen haben die Rationalisierungen im Zeitalter des Postfordismus den Fortschritt um eine bedrohliche Komponente erweitert. In diesem Sinne ist Fortschritt Antrieb im Positiven wie im Negativen, „man kommt voran“, „wenn man mit der Zeit geht“, zugleich produziert Fortschritt aber, aufgrund eines (verständlichen) höheren Anspruchsdenkens, auch Anpassungsdruck.

(7, m., BC-) „[bin] auch für Fortschritt. [...] man sollte aber im Auge behalten, für wen es Fortschritt ist. Gibt es Fortschritte in der Fertigung, dann ist es für die (entlassenen) Mitarbeiter schlecht, wenn Fortschritt aber bedeutet, weniger Atomkraftwerke, dann kommt es der Natur zu Gute, dann ist das gut, sind immer zwei Seiten.“

²⁵ Vgl. die Ergebnisse eines Forschungsprojekts des Göttinger Instituts für Demokratieforschung in Zusammenarbeit mit sinus sociovision. Hier wurde vor allem der Fortschrittspessimismus des „Prekariats“ herausgearbeitet, die aber im Zusammenhang mit der hier erstellten Studie eher unter dem Leistungsaspekt verhandelt wurde, vgl. Franz Walter: Fatale Furcht ergreift die ewigen Verlierer, in: Spiegel online, 02.04.2009, online verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,616392,00.html> [zuletzt eingesehen am 26.5.2011].

(2, w., BC-): „Es ist aber auch ein Fortschritt Arbeiter nicht mehr so hart arbeiten müssen, aber es müsste dann auf die Gerechtigkeit geachtet werden“

Zum anderen offenbart sich eine zweite Bruchlinie des Fortschrittsbegriffs durch die Ökologiekrisen und vor allem die atomare Katastrophe von Fukushima. Dies ist der Hintergrund, vor dem auch der Wunsch einer Kehrtwende formuliert wird, zumindest auf die Gefahren des Fortschritts hingewiesen wird, aber zugleich auf die dem Fortschritt innewohnenden Chancen. Fortschritt in Verbund mit Nachhaltigkeit und Verantwortung ist die Einsicht in die Paradoxien des (unbegleiteten) Fortschritts.

(9, w., BC-) „im Grunde geht es darum, dass wir da eigentlich eine Kehrtwende antreten. Wir brauchen weniger Verbrauch, Tempolimit [...] Fortschritt kann sein, dass man Nachhaltigkeit fördert.“ Zugleich findet die Probandin Fortschritt auch gefährlich, etwa hinsichtlich gentechnisch verändertem Saatgut: „Das ist eine tolle Erfindung, dass wir so etwa erfinden konnten, ist aber gefährlich.“

Offenbar wird zudem eine Diskrepanz zwischen postmaterieller Fortschrittskritik und materieller Fortschrittsverheißung. Die generelle Fortschrittsmetaphorik wird hinterfragt, es könne nicht ewig besser werden, man müsse auch mal einen Schritt zurückgehen, sich selbst auch mal zurücknehmen. Hier ersetzen der Verzicht und die Selbstbeschränkung den Anspruch und den Willen, auch die Forderung nach einem gesellschaftlichen Mehr durch Fortschritt. Fortschritt zum Zweck der Expansion des Materiellen, des *Flat Screen*, weicht in dieser Lesart der kollektiven Einsicht in eine mögliche Begrenztheit ökonomischen Wachstums. Andererseits glaubt man noch immer an die positiven Aspekte des Fortschritts, dem man neben der womöglich positiven technischen Entwicklung, ganz stark in Bezug auf den Ausbau erneuerbarer Energien, auch einen klaren gesellschaftlichen Auftrag zur Mehrung von Gerechtigkeit und Solidarität zuweist, weil es einem dank Fortschritt „immer besser geht“, „man immer tollere Sachen um sich herum hat.“

Fortschritt besitzt also auch eine solidarische Dimension, wie sie in der Heidelberger Gruppe verhandelt wurde. Die Erfahrung, dass Fortschritt nicht nur negative ökologische, sondern auch negative soziale Folgen haben kann, ist gegenwärtig. Fortschritt müsse positive Auswirkungen für eine Mehrzahl der Menschen haben, nicht nur für Wenige. Hier kommt ein Fortschritts- und Solidaritätsgedanke zum Tragen, der vor allem auch auf die Gesellschaft und (utopischen) gesellschaftlichen Konsens rekurriert, statt auf den Einzelnen:

(8, m., HD-) „Auch eine Gesellschaft kann fortschrittlicher, solidarischer, friedlicher, netter zusammenleben.“

Hier macht sich die schon beim Solidaritätsbegriff verhandelte Fortschrittsangst im *unteren Drittel der Gesellschaft* (Walter 2009/2011)²⁶ bemerkbar, die sich in dieser Gruppe auf die negativen Erfahrungen der letzten Jahrzehnte mit vermeintlichem *gesellschaftlichen* Fortschritt, den viele eher als soziale Abwärtsspirale denn als Aufwärtstrieb empfanden, beziehen mag.

²⁶ Vgl. Franz Walter: Fatale Furcht ergreift die ewigen Verlierer, in: Spiegel online, 02.04.2009, online verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,616392,00.html>, vgl. jüngst ders.: Die starken Arme legen keine Räder mehr still. Der „Malocher“ trat ab und ein Prekariat entstand, in: Johanna Klatt / Franz Walter: Entbehrliche der Bürgergesellschaft? Sozial Benachteiligte und Engagement, Bielefeld 2011, S. 7-34.

6.1.6 Dimensionen von Solidarität

Bei den unterdurchschnittlich verdienenden grünen Neuwähler_innen gibt es noch Entwürfe von voraussetzungsloser Solidarität, die sich wiederum auf die Gesellschaft bezieht. Hier wird Solidarität nicht in Gegnerschaft zu etwas, dem Staat etwa, diskutiert, sondern als notwendige Grundbedingung für gesellschaftliches Zusammenleben, die nicht in Gleichheit gipfeln muss, sondern vor allem humanistischen Idealen entspringt.

Solidarität wird auch verstanden als umgekehrter Partizipationsanspruch an die Gesellschaft. In einem Fall wird konkret der Wert des „Sozialen“ eingeführt, um dem Gedanken der Solidarität auch den Aspekt der Verantwortung gegenüber hilfsbedürftigen Menschen zu verleihen.

(1, m, BC-) gibt immer Menschen [...] die nicht so können wie andere, die sollte man nicht mit Füßen treten, sondern helfen.

Wird Solidarität aber zu abstrakt, sind die Empfänger von Solidarität zu weit von der eigenen Lebenswelt entfernt, dann bricht sich der solidarische Gedanke. Solidarität ist vielmehr ein Wert, der (räumliche, nationalstaatliche) Nähe voraussetzt. Am Beispiel des Länderfinanzausgleichs wird diese Spaltung deutlich. Hier endet, zumindest beim Großteil der Neuwähler_innen, die voraussetzungslose Solidarität. In Bezug auf die (finanzielle) Solidarität innerhalb der Europäischen Union löst sich der Solidaritätsbegriff gar vollkommen auf, es gibt eine hohe (tagesaktuelle) Ablehnung der „Transferunion“ im Allgemeinen und der Rettung der griechischen Staatsfinanzen im Speziellen.

(6, w., St-): „wenn die anderen sparen, dann ist es in Ordnung, aber nicht wenn die anderen [Bundesländer] das Geld zum Fenster hinauswerfen.“ (3, m, St-) hält dies für „Jammern auf hohem Niveau“, alles sei relativ gerecht. Und „warum soll man den Reichtum nicht teilen?“. Trotzdem würde er Geld „lieber innerhalb Deutschlands verteilen, als in die EU.“

sind hier vor allem die Empfänger von staatlichen Transferleistungen, hin bemisst. Anders gesagt, Gerechtigkeit bedeutet Leistungsgerechtigkeit, die sich in einer Mischung aus zu hoher Belastung der eigenen *peer group* gegenüber den hohen Ansprüchen der Transferempfänger zusammensetzt. Das typische Beispiel des Hartz-IV-Empfängers, der mindestens so viel zu haben scheint wie ein arbeitender Bürger („[wir] standen nicht besser als Hartz IV“) ist allgegenwärtig. Ist dieses Problemfeld erst mal eröffnet, wird diese Argumentation in allen überdurchschnittlich verdienenden Gruppen mit viel Empörung hervorgebracht. So werden zwar, selten, abstrakt die (soziale) Ungerechtigkeit als Problem („Die Schere geht auseinander“) und Gerechtigkeit als Grundlage für sozialen Frieden begriffen, allerdings dann konkret dahingehend ausgefüllt, dass die Erwartungshaltung bei Leistungsempfängern gestiegen sei, dass die

(6, w., BC+) „Ansprüche an Gerechtigkeit [...] gewachsen sind. [...] früher ging man jobben für Wünsche, heute gibt es bei vielen Sachen eine Selbstverständlichkeit, das steht mir doch zu, das brauch' ich, das haben doch alle, das da einfach der Anspruch gestiegen ist.“

(3, w, HD+). Migranten bekämen beim Zahnarzt bessere Leistungen, als die, „die jahrelang eingezahlt haben.“

(7, m., HD+) Auch „Mietnomaden“, also Hartz-IV-Empfänger, die Wohnungen bewohnen würden, ohne zu zahlen und diese verwüstet zurückließen würden nach folgendem Schema denken: „und ich krieg dann Staatsgelder, um den Mensch, der mich finanziert, zu verklagen... [...] Da fängt für mich eigentlich die Gerechtigkeit an, irgendwo in ein falsches Eck' zu laufen.“

Welche Diskrepanz zwischen der Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit und konkreter Gerechtigkeit besteht, was gemeint sein kann, wenn Teilnehmer_innen in den gutverdienenden Gruppen Gerechtigkeit als wichtigsten Wert nennen, sieht man an einem Stuttgarter Diskussionsteilnehmer (4, m., ST+): E., männlich, 36, verheiratet, er arbeitet bei einer Versicherung, das Haushaltsnettoeinkommen liegt gemäß Rekrutierung zwischen 3.600 und 7.200 Euro:

Er sieht Gerechtigkeit auch als gute Sache, zwischen Mann und Frau, aber auch in anderen Bereichen: *„[...] es gibt Leute die arbeiten und kriegen nicht mehr als die, die nicht arbeiten, ist auch Teil der Gerechtigkeit, die noch nicht so perfekt ist. [...] Manager sollten privat haften, müssten erst mal ihr Gehalt gekürzt bekommen [...].“* Auch möchte er mit der Leistung vorsichtig sein, *„Ältere bringen weniger Leistung als Jüngere, sind auch oft überfordert, trotzdem bekommen die Älteren mehr Lohn, bei weniger Leistung.“* Er will es nicht bewerten, findet aber alte Gehaltsstrukturen falsch, die die Älteren bevorzugen. Die Jungen hingegen würden viel leisten, aber immer weniger verdienen. Er erinnert sich, dass es ihm zu D-Mark-Zeiten besser gegangen ist, heute habe er nicht mehr so viel: *„Es bleibt immer weniger über, es geht fürs ganz normale Leben drauf.“* Etwas anders nuanciert (2, m., St+): *„Was die Gewerkschaften verbrechen ist schlimm. Wenn die Kinder aus dem Haus sind, dann muss man doch nicht mehr so viel haben.“*

Abstraktionen und Konkretion von Ungerechtigkeit

Auffällig in der Gruppe ist, dass fehlende Gerechtigkeit vielfach eine abstrakte Vorstellung ist, man selbst wenig betroffen scheint, sondern nur vermutet, es gäbe anderswo ungerechte Verhältnisse. In der eigenen Lebenswelt spielt Gerechtigkeit demnach vielfach kaum eine wesentliche Rolle. Gerechtigkeit ist somit eher ein Wert, in dem sich unkonkreter Unmut über die bestehenden Verhältnisse verdichten lässt.

Einzig in Heidelberg entlädt sich der Frust an der Zweiklassenmedizin als ungerechte Alltagspraxis, wobei hier die Kritik bei eigener Betroffenheit als gesetzlich Versicherter auf die Selbstzufriedenheit von Privatversicherten trifft. Betroffenheit entsteht hier trotzdem, weil es sich um ein Problem handelt, dass die eigene *peer group* betrifft.

(7, m., HD+): „Als Privatpatient zahle ich aber auch dafür, wenn aber der Kassenpatient hingehet und sagt, ich bring 500 Euro mit und möchte diese Leistung haben, dann wird kein Arzt die ablehnen.“

Der ungerechte Staat

Adressat für den Unmut über die als ungerecht empfundene Verteilung ist der Staat allgemein und die Politik konkret, der als Produzent dieser Ungerechtigkeit empfunden wird. Man fühlt sich vom Staat gegängelt, gegen den man sich solidarisch zusammenschließen müsse (4, w, HD+). Deutlich überwiegt letztlich die Sicht auf den Staat als Produzent von Ungerechtigkeit, die sich in einer zu hohen Anspruchshaltung seitens der Leistungsempfänger manifestiert. Auch die hohe Staatsverschuldung wird als Ungerechtigkeit benannt, man selbst „könne sich das jedenfalls nicht erlauben.“ (2, w, HD+) Aber die Politik ist nicht nur der Produzent, sondern gleichsam Hort von Ungerechtigkeit. Die Selbstbedienungsmentalität und andere Negativzuschreibungen für Politiker dienen immer wieder als Folie für Empörung und die Verortung von konkreter Ungerechtigkeit.

Zudem findet sich in allen Gruppen weniger ein empathisches Verständnis des Gerechtigkeitsbegriffs als vielmehr ein, juristisches, staatstragendes („Grundlage der Gesellschaft“), emotionsloses („Gleichbehandlung laut Grundgesetz“). Die Gleichheit der Geschlechter wird in allen Städten als Grundlage von Gerechtigkeit zumindest genannt, ohne aber weiter diskutiert zu werden. Als Lösung der Gerechtigkeitsfrage wird in Biberach, bei wenig Protest, vorgeschlagen, dass ein „gewisser Bodensatz an Ungerechtigkeit ertragen werden muss.“

Zusammenfassend lässt sich die Gerechtigkeitsdebatte in diesen Gruppen letztlich unter der Forderung einer Erhöhung der Leistungsgerechtigkeit, die Leistung stärker belohnt. Dieser Gerechtigkeitsbegriff müsse gegen den Staat als Produzent und Förderer der gefühlten Ungerechtigkeit ebenso durchgesetzt werden, wie gegen die Anspruchshaltungen des gesellschaftlichen „Unten“. Soziale

Gerechtigkeit als Voraussetzung gesellschaftlichen Zusammenlebens findet sich hingegen selten, teils aus affektiver Zustimmung, nur selten aus einem positiv besetzten Gerechtigkeitsbegriff.

6.2.2 Dimensionen von Eigenverantwortung

Deutlich wird in den Wertediskussionen, dass ein anderer Wert in den gutverdienenden Neuwählergruppen zentral erscheint: die Eigenverantwortung. Auch dieser Wert wird unterschiedlich interpretiert.

Vielfach wird Eigenverantwortung als Grundlage des alltäglichen Lebens verhandelt. Sie fängt bei einem selbst an, wird gerade *nicht* delegiert, auch nicht unbedingt für andere übernommen. Vielfach sehen sich die Diskussionsteilnehmer als ihres eigenen Glückes Schmiede und finden das auch vollkommen richtig.

(2, w, HD+): „ich bin für mich verantwortlich. Auch was ich tue, ich kann das nicht immer den anderen in die Schuhe schieben, wenn ich den Po nicht hochbekomme [...]“

(3, w, HD+) „weil ich auch nichts auf andere schieben möchte, weil man sollte Sachen alleine regeln [...] Mir ist auch die Eigenständigkeit wichtig.“

(6, w, ST+) „Jeder sollte versuchen für sich selbst zu sorgen, das Gejammer, dass man irgendwas will, ist mir zu laut.“

Daneben steht die Erkenntnis, dass es Menschen gäbe, die ohne Hilfe nicht eigenverantwortlich handeln können. Ob diese Hilfe aber zielführend ist, scheint zweifelhaft. Wie diese Personen aufgefangen werden könnten, wird nicht thematisiert.

(2, m, ST+) „Es gibt Menschen, die brauchen Anleitung, deshalb, das funktioniert nicht immer.“

(9, m, ST+) „es gibt Leute, die können keine Eigenverantwortung übernehmen, das muss man dann lernen, wer das nicht hat, weiß nicht, der ist irgendwie verloren.“

Es gibt eine klare Unterscheidung zwischen Menschen, die ihre Lebensführung verantwortlich selbst organisieren und denen, die dies nicht können. Zudem werde Eigenverantwortung oft durch mangelnde finanzielle Ressourcen begrenzt, insbesondere beim verantwortlichen (nachhaltigen) Konsum. Generell finden sich häufig als nicht beeinflussbar wahrgenommene Faktoren, die eigenes Handeln beeinträchtigen würden, die Bereitschaft über Verzicht nachzudenken, ist hier nur selten gegeben. Auch wird kein Anspruch auf verbindliche Veränderung dieses Zustands formuliert, ebenso wenig ein Adressat, der für diese Veränderung zuständig sei, genannt.

Eigenverantwortung wird vor allem auf das eigene Handeln bezogen, auch auf die Eigenständigkeit und die Unabhängigkeit von anderen, auch vom Staat, also als eine Dimension von Freiheit. Eigen-

verantwortung zielt häufig vor allem und nur auf das „Eigen-“ ab, das „Selbst“, das jeweilige Individuum und seine Unabhängigkeit stehen im Mittelpunkt.

(7, m, HD+): „da fängt es an, dass jeder für sich selbst entscheidet, das soll auch kein Politiker für mich tun. Ich möchte mir das von niemandem vorschreiben lassen. [Das ist] mit Abstand der wichtigste Punkt“.

Die nächste Dimension des Begriffs bezieht sich auf Verantwortung gegenüber anderen. Verantwortung rekurriert hier aber vor allem auf Ermöglichung und Schutz, ist aber nur selten ein sozial verantwortliches Projekt bzw. Basis von Gerechtigkeit und Solidarität²⁷. Lediglich ein Diskussionssteilnehmer verweist im Zusammenhang mit *nachhaltigem Handeln* auf die hierfür erforderliche Eigenverantwortung hin, allerdings auch unter einem starken Ich-Bezug:

(6, m, HD+): „ich mach sehr viel für mich, aber es dauert Jahre, bis man da alle überzeugen kann.“

Konkret wird Eigenverantwortung aber auch als Basis von Sanktionsmöglichkeiten verhandelt. Hier wird von mehreren auf die Verantwortung der Manager im Rahmen der Finanzkrisen hingewiesen. Vor allem die Diskrepanz zwischen Entlohnung und Verantwortlichkeit im Sinne persönlicher, auch finanzieller Haftung wird als ungerecht empfunden.

Aus einem weiteren Grund aber ist Eigenverantwortung ebenfalls von Bedeutung: Man traut den staatlichen Institutionen nicht genügend Regelungskompetenz zu. Ein Konflikt tritt hierbei auf, der auch aus anderen Untersuchungen bereits bekannt ist. Man vertraut der Politik nicht, zugleich verlangt man supranationale Lösungen – ein durchgängiges Erklärungsmoment (und Schutzbehauptung) für die Unmöglichkeit eigenen Handelns.²⁸ Man misstraut den einzelnen Menschen, sieht aber gleichzeitig die Chancen im eigenen Handeln. Eine gewisse Schizophrenie bei diesem Wert scheint durchgängig.

6.2.3 Dimensionen von Nachhaltigkeit

Nachhaltigkeit als Wert ist wenig umstritten, wird aber in Stuttgart und Heidelberg nicht sehr häufig genannt bzw. mit Leben gefüllt. Nachhaltigkeit hat vor allem drei Dimensionen: als Anspruch an die Politik, als ökologische, langfristige Veränderung des Ist-Zustandes und als Voraussetzung für das Wohlergehen kommender Generationen.

²⁷ Dies wird eigentlich nur in Biberach verhandelt, was aber auch mit den kleinstädtischen Strukturen zusammenhängen dürfte.

²⁸ Vgl. Silke Borgstedt / Marc Calmbach / Carsten Wippermann: Milieusensible Umweltpolitik. Zielgruppenhandbuch mit Fokus auf Semantik und Ästhetik. Unveröffentlichte Ergänzungsstudie zur Umweltbewusstseinsstudie im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Heidelberg 2009, vgl. auch: Franz Walter: Deutsche schieben Öko-Frust, in: Spiegel online, 13.07.2009, online verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,635831,00.html> [zuletzt eingesehen am 26.5.2011].

Nachhaltigkeit wird vor allem mit Vernunft und Verantwortungsbewusstsein übersetzt. Hier seien vor allem die Politik und die Wirtschaft gefragt, eigenes Handeln auf mögliche (negative) Folgen hin zu überprüfen. Insbesondere der Politik wird hier aber eine Abnahme von langfristigem Denken attestiert, obwohl Nachhaltigkeit die wichtigste Aufgabe der Zukunft sei.

(6, m, HD+): Ihm sei klargeworden, dass „in der Arbeitswelt und in der Politik vieles nicht richtig durchdacht worden ist, auch diese vielen Anschaffungen, da müsste die Nachhaltigkeit gleich mitbezahlt werden.“

Gleichwohl ist der Begriff der Nachhaltigkeit, wenn er denn fällt, positiv konnotiert und in sich schlüssig. Allerdings ist auch hierbei die Eigenverantwortung zumindest nicht unerheblich. Nachhaltigkeit wird vor allem als Gegenentwurf zum Ist-Zustand eingefordert, sowohl bezogen auf die Umwelt, als auch als Forderung an politische Entscheidungen. Nachhaltigkeit kann andere Werte aufwerten.

(8, m., BC+): diskutiert Nachhaltigkeit „als Kamerad für den Fortschritt. Was ich mir einfach wünsche, Fortschritt ist gut, er muss aber von Nachhaltigkeit begleitet sein, für den Fortschritt.“

Dieser Nachhaltigkeitsbegriff gilt vor allem in Bezug auf die folgenden Generationen. Nach der viel diskutierten (ökonomischen) Generationengerechtigkeit der letzten Jahre, die hier keine Rolle spielt, scheint (wieder) ein (ökologisches/politisch weitsichtiges) nachhaltiges Denken für die kommenden Generationen ins Bewusstsein zu rücken. Unter dem Begriff der Nachhaltigkeit wird somit ein neuer Generationenvertrag verhandelt.

(3, w., BC+), „Nachhaltigkeit ist gesichert, wenn es verantwortliches Handeln nicht nur für meine Mitmenschen, sondern auch für die nächste Generation bedeutet.“

(2, m., ST+), „Nachhaltigkeit, dass Entscheidungen, die gefällt werden, auch in die Zukunft weisen, das nachfolgenden Generationen nicht leiden.“

Trotzdem bleibt außerhalb Biberachs der Begriff der Nachhaltigkeit seltsam blass, wenngleich er für viele wichtig erscheint. Auch hier scheint es sich wiederum mehr um eine affektive Zustimmung zum Begriff zu handeln, denn eine Kritik des Nachhaltigkeitsbegriffs bleibt aus. Ein Indiz, dass Nachhaltigkeit ein durchaus akzeptierter, wenngleich wenig lebendiger Wert bei den gutverdienenden Gruppen darstellt.

6.2.4 Dimensionen von Leistung

Indizien für einen unterschweligen Wertewandel lassen sich in der Leistungsdebatte finden. Nur sehr selten hatten die Befragten die Leistung auf dem Tableau, nur selten bekannte sich einer der *Leistungsträger* zu diesem Wert. Leistung wird nicht unbedingt abgelehnt, ist nicht per se ein schlechter Wert. Leistung ist im Prinzip etwas Gutes, die Leistungsbereitschaft der Leistungsträger, wird aber nicht mehr ausreichend gewürdigt, kurz, Leistung lohne sich auch nicht mehr. Leistung wird so als empfundene Leistungsungerechtigkeit verhandelt.

Aber über die Alltagserfahrungen erscheint Leistung vielfach negativ als *Leistungsdruck* – spürbar in Schule, Universität, am Arbeitsplatz, in der Selbstdefinition. Vor allem das Erleben von Leistungsdruck bei den eigenen Kindern bzw. Enkeln im schulischen Rahmen (G8) hat dem Leistungsbegriff geschadet.

Interessant ist der mehrfache Verweis, dass Leistung dieses „*negative Image erst bekommen habe*“, erst „*stressig geworden*“ sei. Leistungsdruck wird als Kehrseite von Leistung verhandelt (6, w., BC+).

(4, m., BC+): „Also Leistung an sich ist nichts Schlechtes, klar, aber es kann positive Aspekte auf Gesellschaft haben, aber zu viele Menschen definieren sich über Leistung, da gibt es für die Gesellschaft sicher bessere Werte.“

Auch in Stuttgart entspannt sich eine interessante Debatte um den Leistungsbegriff, die zeigt, dass Leistung als Wert nicht verschwunden, wohl aber einigermaßen beschädigt ist. Die Bandbreite, in der der Begriff verhandelt wird, reicht von selbstverständlicher Zustimmung bis hin zu starker Ablehnung.

Zum einen scheint Leistung kein eigener Wert, schließlich „steckt sie überall drin“ (1, w., St+), zudem sei sie in Form von Engagement, auch in Vereinen wichtig (9, m., ST+). Ein sehr leistungsorientierter Student (5, m, St+) sieht Leistung als inneren Antrieb und Voraussetzung für einen guten Job: „*Ohne Leistung guckt niemand über den Tellerrand.*“ Vor allem (4, m, St+) hält den Leistungsbegriff hoch. Beide jungen Männer zwischen 29 und 36 sind von der Leistungsgesellschaft überzeugt, wohingegen dem vor allem die Frauen in der Runde Solidarität und Leistungskritik entgegen setzen.

(3, w. St+) „Leistung im Berufsleben ist schwierig, ethisch auch hinterfragbar, ich kann Motorleistung messen, nicht aber menschliche.“

(6, w., St+) „Leistung hängt an Rahmenbedingungen, nicht direkt an den Menschen.“

(8, w., ST+) kritisiert den Übertrag von Leistungsentgelten selbst in sozialen Berufen

6.2.5 Dimensionen von Fortschritt

In den besser verdienenden Gruppen herrscht ein tendenziell positives Verhältnis zum Fortschritt vor. Dies mag auch an der Berufsstruktur der Befragten liegen. Es sei nun einmal nötig, fortschrittlich und innovativ zu sein, um den deutschen Standortvorteil zu sichern. Auch in den Bereichen Wissenschaft, Bildung und Gesundheit sei Fortschritt wichtig. Allerdings sollte noch deutlicher auf die „richtige Richtung“ (6, w. ST+) von Fortschritt geachtet und dieser besser begründet werden.

(9, m., ST+) wenn man Innovation einführt, muss man das auch begründen, verantworten, als Beispiel Verbindung von Ulm nach Stuttgart

Allerdings herrscht inzwischen keine „blinde Fortschrittsgläubigkeit“ mehr. Fortschritt wird mittlerweile stärker im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit gedacht. Einige forderten ein Abbremsen des Fortschritts, zumindest dessen Begleitung und Kontrolle. Die Forderung nach Verzicht und Rückschritt ist den gutverdienenden Diskussionsteilnehmern, die häufig der technischen Intelligenz angehören, aber fremd. Es soll weitergehen wie bisher mit den Verbesserungen und Erneuerungen, nur eben auf „nachhaltige Art und Weise“. Insgesamt herrscht eine starke Technikgläubigkeit, dem technischen und gesellschaftlichen Fortschritt wird am ehesten zugetraut, die anstehenden Probleme zu lösen.

(3, m., St+) Fortschritt sei wichtig: Man könne „[...] nicht zurück in die Bauernhütte und Kerze rausholen. Das Rad muss sich schon weiterdrehen.“

(5, w., BC+) „Fortschritt ist wichtig für die Entwicklung, ohne Entwicklung ist Stillstand und das ist nicht gut, wobei der kleine Haken ist, dass dann Sachen aufkommen, die nicht immer gut sind.“

6.2.6 Dimensionen von Solidarität

Solidarität spielt in den Gruppen kaum eine Rolle und hat nur wenig mit einem gesamtgesellschaftlichen Solidaritätsbegriff zu tun. Eher wird die Solidarität der Bürger untereinander gegenüber Solidarität zum Staat hervorgehoben. Diese Solidarität resultiert aus dem Gefühl des Fremdbestimmtheits durch den Staat. Hinzu kommt ein oberflächliches Gerechtigkeitsbewusstsein, dass das gesellschaftliche Unten reflexhaft mit einbezieht; allerdings handelt es sich eher um eine affektive Solidarität, die sich auf das „Erklären“ von Solidarität beschränkt.

(4, m., BC+) „sich um andere kümmern, man muss sich ja nicht gleich ehrenamtlich engagieren“,

(1., m., BC+): „dass man sich mit anderen auch mal solidarisch erklärt.“

Solidarität und Verantwortung werden als Partner gesehen, solidarische Verhalten ist auch eng an den Leistungsbegriff gekoppelt: Man ist nicht bedingungslos solidarisch, sondern fordert eine Gegen-

leistung ein. Solidarität will verdient sein. Solidarität findet also nur innerhalb der eigenen Gruppe, der eigenen sozialen Schicht statt, wie etwa bei der Debatte um die Krankenversicherung in Heidelberg. Geht es allerdings um das Thema Hartz IV, von dem niemand persönlich betroffen ist, ist kaum Solidarität vorhanden. Der Staat als *Produzent* von Verteilungsungerechtigkeit schafft innerhalb der Gruppe Solidarität, ebenso die Annahme eines gesellschaftlichen Unten als Konsument dieser staatlich produzierten Verteilungsungerechtigkeit, die ihnen etwas wegnimmt und nach unten verteilt. Gleichwohl wird der aktuellen deutschen Gesellschaft aber unterstellt, sehr egoistisch zu sein. Hier sieht man sich aber nicht selbst. Eher wird die Globalisierung als Ursache für weniger Solidarität ausgemacht. Der Solidaritätsbegriff bleibt mithin aber entsprechungslos und wird, wie der Gerechtigkeitsbegriff, weniger universal als vielmehr in Bezug auf die eigene Gruppe ausgelegt.

heit, Beteiligungsgerechtigkeit über direkte Demokratie, Gleichheit, Schutz des Mittelstandes usw. abzielen.

Jenseits dieser Unschärfen und Bedeutungshorizonte besitzt der Wert der Gerechtigkeit, insbesondere in Stuttgart, zwei Bezugsebenen: Zum einen eine gesellschaftliche zum anderen eine individualistische.

Einerseits wird Gerechtigkeit als Recht auf freie Entfaltung diskutiert (3, w., STA). Zudem wird Gerechtigkeit mit der Eigenverantwortung zusammengebracht, jeder sei selbst verantwortlich für Gerechtigkeit. Gerechtigkeit wird in diesen Definitionen vor allem auf einer individualistischen Ebene verhandelt, da es jedem selbst obliege, diesen Wert zu füllen bzw. zu leben. Für Gerechtigkeit hätten die Individuen und nicht die Gesellschaft, der Staat zu sorgen.

Dieser eigenverantwortliche Gerechtigkeitsbegriff zieht sich durch alle Gruppen. Sei es über den Verweis auf ein notwendiges Mehr an direkter Demokratie oder über die ebenfalls genannte Aufgabe des Mittelstands, mittels Arbeitsplätzen soziale Gerechtigkeit zu schaffen.

In Biberach etwa wurde zentral die Frage von direkter Demokratie als Basis von Gerechtigkeit diskutiert. Es bestand allerdings keine Einigkeit darüber, ob direkte Demokratie nun gerechter sei, da zum einen auf ein „Bauchgefühl“ und „Stimmungen in der Bevölkerung“ rekurriert wurde, man zum anderen aber noch ein gewisses Institutionenvertrauen besitzt, das man diesen spontanen Gefühlen entgegensetzt.

Andererseits finden sich durchaus Entwürfe von Gerechtigkeit, die sich auf die Gesellschaft beziehen. In Heidelberg wurde über den Mittelstand und das Idealbild des rheinischen Korporatismus Gerechtigkeit weniger als Aufgabe *staatlichen* bzw. *politischen Handelns* verstanden, sondern vielmehr als positiver, stark normativer (*bürger-)*gesellschaftlicher Bezugsort.

Zudem wird Gerechtigkeit in einem Fall als Basis solidarisch gerechten Verzichts genannt, also als eine Verteilungs- bzw. Nichtverteilungsgerechtigkeit.

(9, w., HDA): „Um gerade auf dieses Verzichtsthema zu kommen, also ein solidarisch-gerechter Verzicht für alle, glaube ich schon, dass halt viele Menschen eher schlucken können, als wenn es halt komisch verteilt ist. Also ich bin da nicht so negativ, dass ich sage, kein Mensch will verzichten [das wurde zuvor von (5) behauptet], natürlich will er es nicht, aber ich denke mal aus Solidarität und wenn es gerecht verteilt ist, wäre das sehr wohl möglich.“

Eine weitere, indirekte Gerechtigkeitsdefinition verhandelt ein Teilnehmer über die Idee der Erhöhung von Gleichheit, da von höherer Gleichheit alle anderen Werte profitieren würden und am Ende auch die Gesellschaft selbst profitiere. Auch sei in diesem Zusammenhang die Rechtssicherheit ein zentraler Stützpfeiler einer gerechten Gesellschaft.

(8, m., HDA) „damit meine ich vor allem die Rechtsstaatlichkeit, die hier in Deutschland so hingenommen wird, als sei sie etwas ganz normales. [...] ist noch viel wichtiger als die Demokratie.“

(1, m., STA): „jetzt ist vieles selbstverständlich, wir laufen Gefahr, dass wir das vergessen.“

Auffällig ist, dass sich – anders als in den Neuwähler_innengruppen, die sich hinter dem Wert der sozialen Gerechtigkeit auf der einen und der nicht vernommenen Leistungsgerechtigkeit auf der anderen Seite versammeln ließen – die Altwähler_innen keine verbindende Klammer bezüglich der Definition von Gerechtigkeit besitzen. Gerechtigkeit als individualistischer, eigenverantwortlicher Wert findet sich ebenso wie gesellschaftsorientierte Gerechtigkeitsentwürfe. Auf Zweifel am Wert stößt man genauso wie auf eine Bestärkung des Wertes.

Die verhandelten Dimensionen von Gerechtigkeit decken fast alle Bereiche von Politik und Gesellschaft ab, konzentrieren sich aber zugleich vor allem auf abstrakte Räume, weniger auf den eigenen Nahbereich. Insofern steht die Gesellschaft als Referenz- und Bezugssystem von Gerechtigkeit im Zentrum, die Verantwortlichkeit hierfür changiert zwischen dem Individuum, der Gesellschaft und (eher selten) dem Staat.

Gerechtigkeit ist aber, jenseits der inhärenten Begriffszweifel, vor allem ein positiver Bezugsort. Nicht die gefühlte Ungerechtigkeit, sondern der normative Anspruch auf eine Mehrung von Gerechtigkeit aus Verantwortlichkeit steht im Mittelpunkt einer gerechten Gesellschaft von verantwortlichen Individuen.

Ob dieser starken Differenzierung von Ebenen, Bereichen, Akteuren und Adressen von Gerechtigkeit scheint der „erweiterte Gerechtigkeitsbegriff“ die ideale Konsensklammer zu sein, auch zwischen den Anforderungen an eine „höhere“, staatlich zu organisierende soziale Gerechtigkeit und weit individualistischeren Einsprüchen gegen eine (unsoziale) Leistungsgerechtigkeit, wie in den Neuwähler_innengruppen verhandelt.

6.3.2 Dimensionen von Eigenverantwortung

Eigenverantwortung ist ein zentraler Wert für Altwähler_innen, auf dem alles andere aufbaut. Zum einen ist für diese Gruppe die Verantwortung des Einzelnen gegenüber anderen *der* Garant einer gerechten Gesellschaft. Gerechtigkeit bedeutet hier vor allem, Verantwortung zu übernehmen. Stoßrichtung dieser Verantwortung ist die eigene (vorbildhafte) Lebensführung, aber eben auch eine Verantwortlichkeit gegenüber der Gesellschaft, vor allem in Bezug auf die Ökologie.

Der Ökologiebezug findet sich besonders auf dem Feld des eigenverantwortlichen Konsums. Eigenverantwortung ist sowohl konkrete Erziehungsaufgabe, als auch Handlungsanweisung und Selbstaufforderung im Kleinen, das im Großen helfen kann, „weil es sonst das System gefährdet.“ Gleichzeitig wird aber unterstellt, dass der Einzelne nicht verzichten wolle, dabei allerdings immer von anderen ein bestimmtes Verhalten einfordere. Eigenverantwortung ist hier wiederum eine moralische Handlungsanweisung an sich selbst, auch als Ersatz von Politik.

(7, w., BCA): „Solang ich das Geld hab, will ich dazu beitragen.“

(3, w., BCA): „Wir sind doch selbst schuld, wir gehen ja zum Aldi einkaufen.“

Eigenverantwortung wird somit als Handlungsanweisung an das Selbst über die Regelung von außen gestellt, der Wert gilt für die innerliche (freie) Lebensführung, aber auch als Leitmotiv für nach außen verantwortliches Handeln und damit für ein (sozial) gerechtes Zusammenleben in der Gesellschaft.

(6, w., STA): „mit Verantwortung fängt alles an, wenn ich für mich Verantwortung übernehme im Leben, dann übernehme ich auch für andere Verantwortung, dann ist auch Gerechtigkeit drin, weil ich abwäge, nicht so egoistisch durch die Welt gehe, das baut alles aufeinander auf, wenn man sich aus der sozialen, der eigenen Verantwortung herausnimmt, dann kann man die anderen Werte vergessen.“

(4, m., STA): „Selbstbestimmung, sich nichts auf diktieren lassen zu müssen.“

Interessant ist die Schlussfolgerung, dass Gerechtigkeit aus Eigenverantwortung entstehe. Beide Werte werden häufig miteinander verkoppelt, wobei aus Eigenverantwortung Gerechtigkeit folge und nicht umgekehrt. Eigenverantwortung sei auch deshalb so wichtig, da sich egoistisches Verhalten („Mein Haus, Mein Auto...“) immer weiter verbreite. Es bleibe nicht viel übrig, wenn jeder nur an sich selbst denke. Eigenverantwortung wird somit zur moralischen Kategorie, die nicht dem eigenen Wohlstand, sondern dem gesellschaftlichen Wohl zu dienen habe. Der Staat als Akteur bleibt in diesem Denken eher im Hintergrund, ist bisweilen sogar hinderlich (Rauchverbot). Die aktive, verantwortlich (und vernunftgeleitet) handelnde Bürgergesellschaft steht im Vordergrund.

Andererseits wird verschiedentlich der Rückzug des Staates, bei welchem Eigenverantwortung letzteren ersetzt, als politische Devise kritisiert. Auch die Verantwortungsüberforderung im Arbeitsleben, die Delegation von Eigenverantwortung, damit aber auch von Verantwortlichkeit nach unten, wird kritisiert. Der Glaube an die Eigenverantwortung als Handlungsanweisung ist demnach (nahezu) ungebrochen, zumindest gilt dies für das eigene Milieu, das als Vorbild handeln müsse, worüber man sich auch höhere moralische Autorität erwerben könne.

(3, w., HDA) „Es ist aber nicht in Ordnung, Atomstrom zu beziehen und auf Demos zu gehen.“²⁹

²⁹ Überraschend ist dabei, dass mindestens drei der Proband_innen trotz einer hohen Nähe zu den Grünen bisher noch nicht den Stromanbieter gewechselt haben.

6.3.3 Dimensionen von Nachhaltigkeit

Nachhaltigkeit wird bei den Altwähler_innen vor allem in zwei Dimensionen verhandelt. Zum ist Nachhaltigkeit als Handlungsanweisung zu verstehen: Nachhaltigkeit bedeutet, Solidarität mit den kommenden Generationen schon heute zu leben.

Zum anderen wird Nachhaltigkeit im Gegensatz zum bisherigen und zum Ist-Zustand der Gesellschaft gedacht. Nachhaltigkeit steht dem ungebremsten Fortschritt ebenso entgegen wie einer entfesselten Wirtschaft und kurzfristiger Politik. Sie ist in diesem Zusammenhang ein sehr konservativer Wert. Zudem bezieht sich Nachhaltigkeit hier sehr stark auf die Ökologie. Das Bewusstsein der fortgeschrittenen Zerstörung der eigenen Lebensgrundlagen lässt Nachhaltigkeit ebenso als transzendentes Versprechen wie als konkrete Handlungsanweisung zu einer besseren Zukunft erscheinen.

Einzig der Weg dorthin ist umstritten. Denn Nachhaltigkeit kann sowohl als progressiver Wert verstanden werden, mithin als Kontrolle und Zielrichtung künftigen politischen und wirtschaftlichen Handelns, als auch als restaurativer Wert - bis hin zum Rückschritt als Wert.

(8, m., HDA): „wenn wir früher darauf gekommen wären, in Nachhaltigkeit zu denken, dann wäre es mit Technisierung und Gefährdung von Planet und Menschheit nicht so weit gekommen. [...] dass wir Abstriche machen müssen, auf Komfort verzichten, um langfristig bessere Lebensqualität zu ernten.“

(1, w., HDA) „Man muss langsam mal eine Grenze ziehen, weil wir schon so viel zerstört haben und noch zerstören werden, deshalb habe ich mir auch noch Rückschritt aufgeschrieben.“

Nachhaltigkeit würde somit einhergehen mit einer „Kultur des Verzichts“, in der man selbstverständlich sich selbst und die Menschheit als Ganzes einschränkt. Gemeinsame Anstrengung, den Lebensstandard vieler Menschen anzuheben wäre demnach nicht das Ziel.

Die Ebenen, auf denen Nachhaltigkeit ansetzen müsse, werden wiederum getrennt. Zum einen in die individuelle Sphäre, dort geht es um die Handlungsanweisung im Kleinen und das verantwortliche Handeln des Einzelnen. Zum anderen in die gesamtgesellschaftliche Sphäre, hier meint man die Handlungserwartung im Großen, die „Wertbeständigkeit“ und „Zielgerichtetheit“ der Politik, die nicht „die Fahne in den Wind“ hängen solle, sondern „investieren müsse“. Vor allem in Biberach wird der letzten Variante das Wort geredet, wonach den Mitmenschen nicht zugetraut wird, im Kleinen nachhaltig zu handeln bzw. auf den gewohnten Komfort zu verzichten. Die Wirtschaft müsse Lösungen liefern, damit man auch weiterhin komfortabel leben könne bzw. die Politik müsse die Bürger durch negative Anreize bzw. Sanktionen dazu bewegen, die Umwelt zu schonen.

Interessant ist die (vereinzelte) Kritik am Begriff, die so in anderen Gruppen nicht geführt wird:

(1, m., STA): Nachhaltigkeit sei ein Wort, mit dem man nichts anfangen könne. „*Es gibt nachhaltige Entwicklungen, nachhaltiger Umweltschutz, aber Nachhaltigkeit selbst ist so eine leere Wortphrase.*“ Er verstehe, was gemeint sein könne, aber für ihn sei es „*eher fortschrittliches, verantwortungsvolles und solidarisches Handeln.*“ Ihm ist der Wert der Integrität als Verbindung von Ehrlichkeit, Ethik und Verlässlichkeit, sich selbst treu zu bleiben, wichtiger, was in anderen Diskussionszusammenhängen aber oftmals unter Nachhaltigkeit diskutiert wurde.

Auch Zynismus lässt sich finden:

(2, m., STA) „*Nachhaltig ist z.B. auch das Cäsium mit einer Halbwertszeit von 30000 Jahren.*“

Nachhaltigkeit kann noch immer als verbindender Wert der Altwähler_innen angesehen werden, sie scheint im eigenen Milieu als strukturgebende Handlungsanweisung unumstritten und als Grundwert akzeptiert und gelebt. Einzig bei der Übertragbarkeit auf die gesamte Gesellschaft ist man unsicher, auch bei der Frage, wer dafür Sorge tragen müsse – jeder Einzelne oder doch eher Politik und in deren Schlepptau die Wirtschaft? Ein dahingehendes Konzept scheint vor allem für die *Anderen* von Nöten. Man selbst wäre auch bereit, für diesen Weg persönlich zu verzichten. Der *Green New Deal* scheint in diesem Zusammenhang eher ein Politikentwurf für die *Anderen*.

6.3.4 Dimensionen von Leistung

Leistung als Wert ist für die Teilnehmer_innen, wie auch in den anderen Gruppen, von großer Ambivalenz. Zum einen sei Leistung, besonders in Baden-Württemberg, die Grundlage einer funktionierenden Wirtschaft, auch Gesellschaft, zum anderen bedrohe sie die Gesellschaft, da der Leistungsdruck der Leistungsgesellschaft vor allem in der Arbeitswelt Gerechtigkeit und Solidarität gefährde.

Leistung ist somit eher die kritisch gesehene Einsicht in eine Notwendigkeit. Leistung als Voraussetzung von positivem Fortschritt, etwa in Form der Weiterentwicklung regenerativer Energien – dies ist die verhalten positive Sicht auf den Wert. Leistung in diesem Denken wird zudem solange akzeptiert, solange sie durch Verlässlichkeit, Eigenverantwortung, Solidarität und Gerechtigkeit eingehegt werde. Vor allem der ehemalige Sozialdemokrat in Heidelberg will den Leistungsbegriff als Grundlage von Wohlstand durch Bildung erhalten wissen, allerdings verkoppelt mit der Gerechtigkeit.

Auch in einer der Debatten um ein bedingungsloses Grundeinkommen in Biberach tritt das Problem des schwer zu greifenden Verhältnisses von Leistung, Eigenverantwortung und Gerechtigkeit zu Tage. Den Befürworter_innen liegen vor allem die Befreiung von Zwängen, die wiederzuerlangende Nachvollziehbarkeit von Transferleistungen und das Ende der Stigmatisierung von Leistungsempfängern

am Herzen, wohingegen die Gegner_innen Sorge um die Leistungsgerechtigkeit und das Eigenverantwortungsideal haben.

(5, w., BCA): „weil wir uns zu Tode verwalten und weil man es nicht mehr versteht, die ganzen Transferleistungen und welche Systeme dahinter stecken und weil es menschlich ist und weil das neu Potentiale eröffnet. [...] Man könnte eigenverantwortlich entscheiden, der Betrag reicht mir. Oder ich gehe zusätzlich arbeiten. Aber es gibt dann die Diskussion nicht mehr, ob jemand ein Faulenzer ist. Jeder bekommt sein Geld und was er weiter macht, ist ihm überlassen.“

(3, w., BCA): „Aber man kann doch nicht alle in einen Topf werfen, es gibt Leute, die investieren viel in Ausbildung und Arbeit, da ist dann schon ein Konflikt mit der Gerechtigkeit, das ist schon klar. [...] Der Manager hat doch auch was geleistet, auch wenn Leistung eigentlich nicht unbedingt das Kriterium sein sollte...“

(7, w., BCA) „Ich finde das alles sehr idealistisch, ich habe einfach Probleme das so zu sagen. Leistung ist für mich auch wichtig und jeder sollte sich einsetzen, etwas tun. Wenn man für Nichtstun etwas bekommt, mit zwanzig, fünfundzwanzig und ein Leben lang einfach rumsitzen kann und gut über die Runden kommt, das verstehe ich nicht.“

Die Degeneration der Gesellschaft zur Leistungsgesellschaft als Ellenbogengesellschaft, die nicht voll leistungsfähige Menschen durchfallen lasse und über Druck, Mobbing und Leistungsboni ein Bedrohungsszenario darstelle, ist hingegen die Negativfolie, die den Leistungsbegriff abwertet. Die Bewertung von menschlichem Handeln anhand von Leistungskriterien, d.h. Leistung als Messgröße, als Zwangsanforderung, als Handlungsanweisung, kurz: Leistung als Selbstzweck, stößt auf Widerstand. Das freiwillige, ohne Druck auskommende Leisten *für* etwas ist hingegen nur wenig umstritten.

Die Leistungsgesellschaft als Drohkulisse strukturiert die Debatte, ohne dass eigene persönliche Betroffenheit vorliegen muss. Wie die „gefühlte Gerechtigkeit“ bei den überdurchschnittlich verdienenden Neuwählern, so reicht bisweilen der „gefühlte Druck“ der Leistungsgesellschaft aus, um hier eine Distanzierung für nötig zu halten.

6.3.5 Dimensionen von Fortschritt

Der Fortschritt als eigenständiger, von anderem losgelöster Wert, wie er in der Fortschrittseuphorie vergangener Jahrzehnte verhandelt wurde, trägt nicht mehr. Fortschritt gehöre begleitet, kontrolliert, auch gebremst. Diese Begleitung könne vor allem durch die Nachhaltigkeit gelingen. Fortschritt und Nachhaltigkeit tauchen immer wieder *als einander bedingendes Begriffspaar auf*.

Der negativen Fortschrittsdefinition eines „Immer-mehr-haben-Wollens“ wird ein vorsichtig positiver (nachhaltiger) Fortschrittsbegriff entgegengestellt, der auf Ermöglichung und nicht auf Beschränkung

abzielt. Dem verhaltenen Fortschrittsoptimismus der Generation 50+ steht in dieser Diskussion die Skepsis der 30- bis 40-Jährigen gegenüber.

Insgesamt aber ist Fortschritt kein besonders wichtiger Wert, nur wenige, etwa ein Internetaktivist, finden diesen relevant. Die Skepsis, besonders im Angesicht der Atomkatastrophe von Fukushima, überwiegt. Häufiger als das Wort Fortschritt fallen die Worte Rückschritt und Verzicht. Nicht das green-washing von Autos wird hier nachgefragt, sondern die Freiwilligkeit und Notwendigkeit von Verzicht auf individuelle Mobilität eingefordert. Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, die drastische Erhöhung der Benzinpreise und der bewusste Verzicht auf die Wachstumsideologie zeigen dem Fortschritt die Grenzen auf.

6.3.6 Dimensionen von Solidarität

Solidarität als eigenständiger Wert spielt bei den Altwähler_innen im Prinzip keine Rolle. Wenn überhaupt, so wurde Solidarität zumeist im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit genannt, als Solidarität mit nachfolgenden Generationen verbunden mit der Idee nachhaltiger Generationengerechtigkeit. Ansonsten wurde der Wert der Solidarität vor allem in Bezug auf ein imaginiertes Früher verwendet, in dem es ein höheres Maß an Solidarität gegeben haben müsse.

6.3.7 Empfinden eines Wertewandels?

Die Wahrnehmung eines Wertewandels bezieht sich fast nur auf ein empfundenes Nachlassen von Ehrlichkeit in der Politik und Solidarität in der Gesellschaft. Jenseits der vorgegebenen Werte fanden sich vor allem solche Werte, die sich auf das zwischenmenschliche Zusammenleben konzentrierten oder aber in Verbindung mit Politik verhandelt wurden. Verlässlichkeit, Sicherheit, Integrität und Menschlichkeit zielten ganz konkret auf eine bessere Gesellschaft ab, legten aber auch das Misstrauen in die Politik offen. Hier erhofft man sich z.B. ein erheblich höheres Maß an Ehrlichkeit.

(5, w., BCA): „Menschlichkeit, der Maßstab sollte der Mensch an sich sein, mit seinen Bedürfnissen, danach müsste sich alles richten [...] nicht die Wirtschaft sollte den Maßstab vorgeben oder die Verwaltung.“

In der Politik gäbe es zwar ein Mehr an Transparenz, aber deswegen nicht mehr Ehrlichkeit. Allerdings sei auch möglich, dass Politik „schon immer so war“ und die Erhöhung der Transparenz nur mehr Unehrlichkeit ans Tageslicht fördere. Die Politiker seien unglaublich, nicht integer, nicht visionär genug. Gleichwohl gibt es noch einen Rest Institutionenvertrauen; auch Regelungsanforde-

rung an die Politik, etwa im Bereich der Fortschrittskontrolle und der Nachhaltigkeit, werden nach wie vor kundgetan.

Ebenfalls vermutet man einen Rückgang an sozialer Kompetenz, in den privaten Nahbeziehungen ebenso wie in der Wirtschaft (Wandel vom Fabrikant zum Aktionär). Die aktuellen Entwicklungen scheinen einigen Teilnehmer_innen vor allem Angst zu machen. Das Umfeld, in dem sie sich bewegen, scheint aufzubrechen – dies führt zu Verunsicherung und einer positiven Sicht auf Vergangenes. Ein Umsturz oder große Veränderungen werden aber nicht eingefordert, es gibt im persönlichen Erleben und im Alltag genug Anker. Im Nahbereich läuft das Leben einfach weiter.

Zudem habe sich zwar das Gesellschafts-, das Familienbild verändert, einen radikalen Wertewandel nimmt man aber nicht wahr, auch weil man als Teil des Wertewandels der Siebziger oder als dessen Kinder „so erzogen worden ist, dass man diese Werte so lebt.“

6.4 Zwischenfazit Wertediskussion

Die Gerechtigkeit, die sie meinen

Vor allem ein Wert schien hier über alles hinweg verbindenden Charakter zu besitzen: die Gerechtigkeit. Dies ist überraschend, geht man doch gemeinhin davon aus, dass die „Nachhaltigkeit“ als Konfliktlinie quer zu den alten Lagern liege und deshalb am anschlussfähigsten sei. Trotzdem war das Thema Gerechtigkeit bei allen Befragten durchgängig der wichtigste Wert. Grund genug, sich diesem Wahrnehmungsmuster zu nähern und zu fragen: Welche Gerechtigkeit ist es denn eigentlich, die die neuen wie alten Grünenwähler_innen meinen?

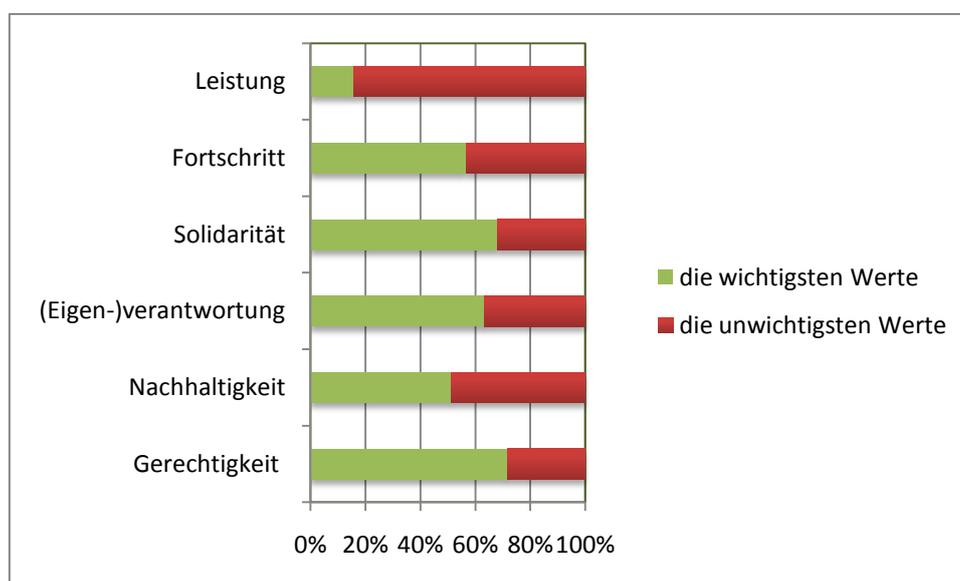


Abb. 17: Wertverteilung bei grünen Neuwähler_innen, eigene Darstellung³⁰

Gerechtigkeit wird in einem breiten Spektrum diskutiert, das zum Teil augenfällig analog zur Einkommenssituation der Befragten, irgendwo zwischen den Interpretationsmustern von FDP und Linkspartei changiert: Die Kritik am Hartz-IV-empfangenden Mietnomaden, der mit Steuermitteln des Vermieters Selbigen verklagt, generell die in der Wahrnehmung gestiegene materielle Anspruchshaltung der „Unterschicht“ auf der einen, trifft hier auf die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens und der Solidarität mit ausgebeuteten Zeitarbeitern und Opfern des ungleichen Bildungssystems auf der anderen Seite. Bemerkenswert selten wird die Idee der Gerechtigkeit frei von Voraussetzungen verhandelt. Relevant wird sie vor allem dann, wenn man selbst betroffen ist, beispielsweise der eigene Nachwuchs durch die Raster des Bildungssystems zu rutschen droht.

Die Werthaltungen der neuen grünen Wähler_innen stellen die Frage, wie es die Grünen mit welcher Gerechtigkeit halten (sollten), erst Recht. Denn auch dies zeigte sich in den Befragungen: Ein konsis-

³⁰ Quelle: Auswertung der Wertebögen in den Neuwähler_innengruppen, n=75.

tenter Gerechtigkeitsbegriff existiert weder für alte noch für neue grüne Wähler_innen. So politisiert die Frage der Gerechtigkeit im linken Lager ist, so wenig scheint sie für grüne Wähler_innen in eine bestimmte Richtung auflösbar. Auch scheint für sie die Lösung von Gerechtigkeitsdilemmata kaum politisch regelbar. Auffällig ist, dass sich – anders als in den Neuwähler_innengruppen, die sich hinter dem Wert der sozialen Gerechtigkeit auf der einen und der nicht vernommenen Leistungsgerechtigkeit auf der anderen Seite versammeln ließen – die Altwähler_innen keine verbindende Klammer bezüglich der Definition von Gerechtigkeit besitzen.

Anhand der grünen Neuwähler_innen und ihrer Werteinstellungen, insbesondere mit Blick auf die Gerechtigkeits- und Solidaritätsdebatte, zeigt sich jedenfalls, dass es wenig plausibel erscheint, den Wähler_innenzuwachs allein aus einem Lager entspringend zu vermuten. Vielmehr liegen in den Verhandlungen dieser Werte noch immer Welten zwischen schwarz-grüner Bürgerverantwortung und Rot-(rot-)grüner Staatsverantwortung.

Abschied von der Gesellschaft?

Deutlich wird dies auch im konkreten Bezug auf das Land Baden-Württemberg. Auch wenn man sich im Ländle selbstbewusst und selbstzufrieden auf der Sonnenseite der Republik wähnt, ist man nicht sogleich bereit, den Länderfinanzausgleich ohne Vorleistungen der Nehmerländer zu akzeptieren. Um Gerechtigkeit genießen zu dürfen, ist vor allem für die besserverdienenden Neuwähler_innen eigenverantwortliches Handeln Grundvoraussetzung.

Ähnliches gilt bei den grünen Stammwähler_innen. Bedingungslose Solidarität ist in den Altwähler_innengruppen weniger zu vernehmen. Vielmehr wird der solidarische Gedanke von der Hilfe zur Selbsthilfe weit überlagert. Denn ein Wert rangiert bei grünen Altwähler_innen, neben der Gerechtigkeit, deutlich vor allen anderen: die Eigenverantwortung. Während die befragten Neuwähler diesen Wert nur zu knapp über sechzig Prozent zu den beiden wichtigsten zählen, wird die Eigenverantwortung von über neunzig Prozent der Altwähler_innen zu den wichtigsten Werten gezählt.

Aber auch die Idee der Eigenverantwortung ist hier bunt schattiert. Sie wird sowohl – über Eigenständigkeit und Begrenzung der Politik – als Befreiung und Individualität zum Beispiel in der Freizeitgestaltung oder bei der Kindererziehung verhandelt, als auch als Anleitung für eine bessere Welt, in der verantwortliches (Konsum-)Handeln – auch als Verzicht – die zentrale Rolle spielt. Ähnliche Argumentationsmuster finden sich vor allem in den überdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innengruppen. Die Idee des Ideals der gerechten, solidarischen Gesellschaft trifft in der Praxis auf einen individualistischen *Abschied von der Gesellschaft*.

Die unterdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innen würden einem solchen Entwurf nur schwerlich folgen. Denn Eigenverantwortung ist für sie vor allem auch ein Ausdruck der Anforderung

rungserhöhung der Leistungsgesellschaft, der sie nicht Eigenverantwortung, sondern Solidarität entgegen setzen würden.

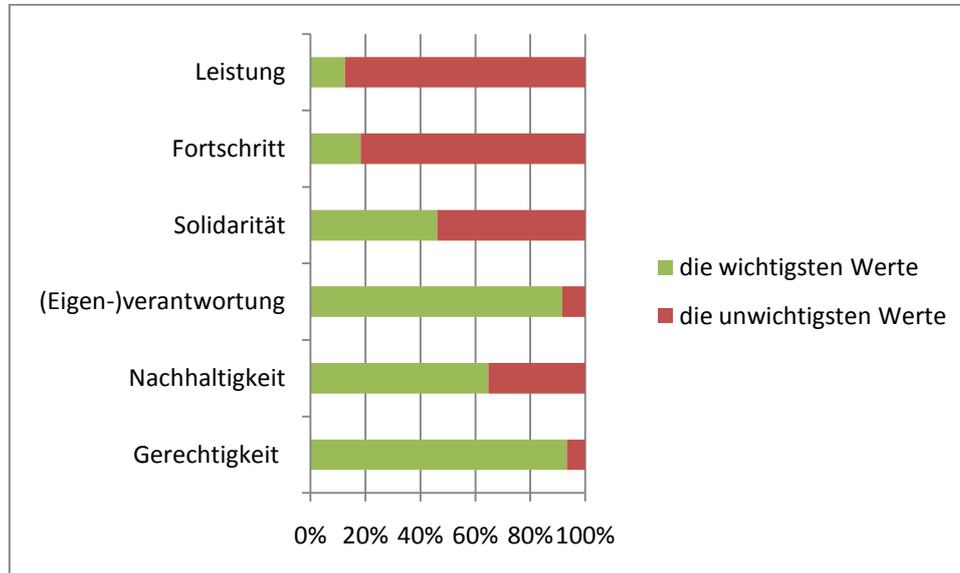


Abb. 18: Wertverteilung bei grünen Altwählern, eigene Darstellung³¹

Nochmals verdeutlicht anhand des Solidaritätsverständnisses: Nimmt man die Solidarität als Basis von Gerechtigkeit, so fallen die Neuwähler_innen wiederum stark auseinander. Der Unterschied zwischen einem affektiven Solidaritätsbegriff besser verdienender Neuwähler_innen, der sich auf das Erklären von Solidarität beschränkt, trifft auf einen ernst gemeinten, voraussetzungslosen Solidaritätsbegriff bei den weniger gut verdienenden Neuwähler_innen. Das mag nicht unbedingt überraschen. Möglicherweise aber der Befund, dass auch die Altwähler durchaus eine reservierte Distanz zur bedingungslosen Solidarität haben. Solidarität bezieht sich hier argumentativ eher auf eine Verantwortung für die kommenden Generationen.

Diese Reserviertheit in der grünen Kernanhängerschaft in Baden-Württemberg sollte in der bisher geführten Diskussion um ein bedingungsloses Grundeinkommen ernst genommen werden. Exemplarisch hierfür kann die Debatte in Biberach gesehen werden.

Rückschritt als Fortschritt?

Der deutlichste Unterschied zwischen Alt- und Neuwählern aber wird im Fortschrittsbegriff deutlich. Sonderlich populär scheint der Begriff, der in den siebziger Jahren noch zur Grundausstattung des bundesrepublikanischen Zukunftsoptimismus zählte, schon längst nicht mehr. Vielmehr löst der Fort-

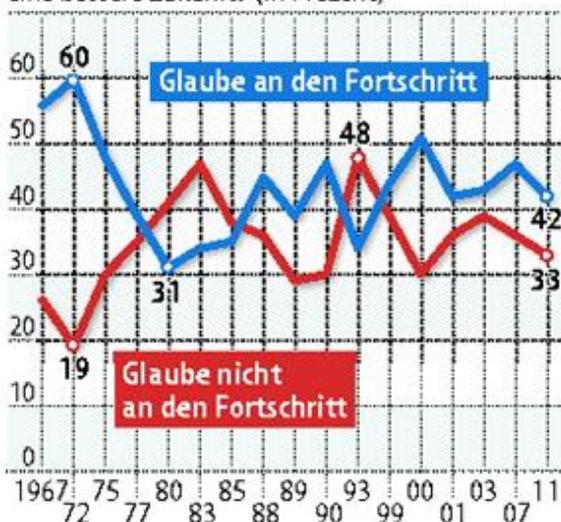
³¹ Quelle: Auswertung der Wertebögen in den Altwähler_innengruppen, n=25.

schrittsbegriff, im Rahmen der Befragung vielfach verbunden mit Fukushima, Ängste aus. Doch grüne Neuwähler sind da recht pragmatisch. Schließlich ist es auch der Fortschritt, der die Wege einer Zeit nach Fukushima auszuleuchten weiß.³² In Verbindung mit Verantwortung und Nachhaltigkeit hat der Fortschritt bei mehr als der Hälfte der Wähler_innen immer noch einen guten Ruf – ermöglicht er doch hoffentlich die verzichtfreie Energiewende. Der Green New Deal als eine solche Ermöglichungsstrategie könnte, fokussiert auf sein Nachhaltigkeitsversprechen, hier in der Tat einen plausiblen und unterstützenswerten Ausweg weisen.

Glaube an Fortschritt und Forschung

Fortschritt

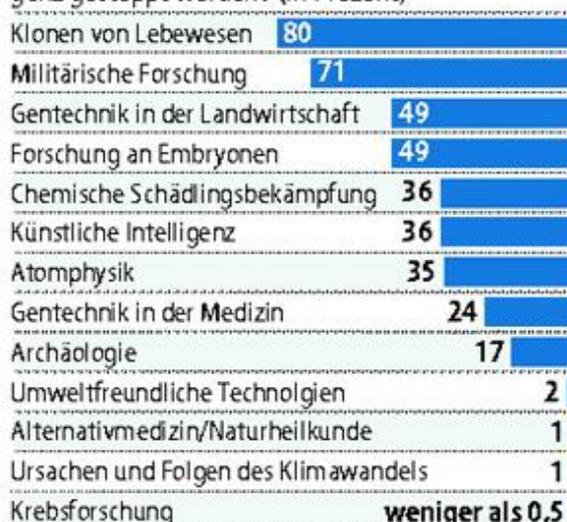
Glauben Sie an den Fortschritt und an eine bessere Zukunft? (in Prozent)



Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach

Forschung

Auf welchen Gebieten sollte die Forschung ganz gestoppt werden? (in Prozent)



FA.Z-Grafik Walter

Abb. 19: Glaube an Fortschritt und Hoffnung (FAZ)³³

Für Altwähler sieht dies ähnlich aus, allerdings ist die Zustimmung hier deutlich geringer. Häufiger als das Wort Fortschritt fallen hier die Worte Rückschritt und Verzicht. Nicht das green-washing von Autos wird hier nachgefragt, sondern die Freiwilligkeit und Notwendigkeit von Verzicht auf individuelle Mobilität eingefordert. Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, die drastische Erhöhung der Benzinpreise und der bewusste Verzicht auf die Wachstumsideologie ist der Nährboden, auf dem Kretschmanns Forderungen nach einem Umdenken in der Automobilbranche fußen. Wohlgermerkt, dies gilt vor allem für Altwähler; die neuen Wähler erhoffen sich von den Grünen vor allem Eines: den raschen Wandel in der Umwelt- und Energiepolitik. Eigenverantwortliches Handeln, etwa durch bewussten Verzicht, bei den Altwählern wird durch den Ruf nach dem Handeln wirtschaftlicher und

³² Vgl. auch die jüngsten Ergebnisse des Instituts für Demoskopie Allensbach: Thomas Petersen: Kein Fortschrittspessimismus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.05.2011.

³³ Quelle: ebd.

politischer Eliten (auch verkörpert durch die Grünen) bei den Neuwählern ersetzt; obwohl man es diesen Eliten eigentlich nicht zutraut.

Wollte man einige Grundlinien der Wertediskussion auf eine kurze Formel bringen, so würde wohl die des *grünen Konservatismus* naheliegen: Man zieht sich ins Private zurück, hofft hier im Rahmen eigenverantwortlicher Initiative auf Hilfestellung, auch Sanktionierung seitens des Staates, dem man gleichzeitig misstraut und Regelungskompetenzen abspricht. Man will bewahren was man hat, Sicherheit und eine stabile Gesellschaft sind sehr wichtig, gleichwohl erscheinen Sicherheit und Stabilität der Gesellschaft herausgefordert wie nie zuvor. Auch hier erhofft man sich Schutz durch den Staat, obwohl man auch diesen als Mitproduzenten dieser gefühlten Bedrohungs- und Unsicherheitslagen sieht.

Indizien eines Wertewandels?

Indizien eines Wertewandels³⁴ finden sich vor allem in den überdurchschnittlich verdienenden Gruppenzusammenhängen. Dies ist insofern interessant und wichtig, da es sich bei diesen überproportional um Unions- und FDP-Wähler aus dem klassischen bürgerlichen Lager handelt. Neben dem üblichen Austausch im linken Lager kommt deshalb diesen tatsächlich *neuen Wählern* eine ganz andere Bedeutung zu.

Allerdings wird anhand der Wertvorstellungen dieser Gruppen auch deutlich, dass hier programmatisch noch sehr große Gräben klaffen, die seitens der Grünen nur unter sehr großen Mühen zu überbrücken sein dürften. Insofern scheint von Interesse, ob jenseits der Konfliktfelder zwischen klassischem und grün-bürgerlichem Lager Momente eines Wertewandels aufzuspüren sind, die als verbindende Idee auch für jene Neuwähler_innen nutzbar gemacht werden können. Eigenverantwortung und Gerechtigkeit sind die zentralen Werte in den überdurchschnittlich verdienenden Gruppenzusammenhängen. Andererseits rekurren Gerechtigkeit, Solidarität und Verantwortung vor allem auf Ermöglichung und Schutz für sich selbst, genießen aber keinen Zuspruch etwa als sozial nivellierende Werte.

Auch auf Nachhaltigkeit wird sich mehrfach positiv beziehen sich die Proband_innen mehrfach positiv, wohingegen Leistung in dieser Gruppe von Leistungsträgern inzwischen deutlich abgewertet erscheint. Nur wenige Teilnehmer_innen bekennen sich noch deutlich zum Leitungsindividualismus. Wenngleich es sich hierbei nur um erste Indizien handelt, scheinen doch die bisherigen Gespräche zu

³⁴ unter Wertewandel wird hier vorerst nur eine Verschiebung von Werten generell verstanden, und nicht nach Inglehart der Übergang von *materiellen* zu *postmateriellen* Werten. Gleichwohl entsteht aus den Veränderungen der ökonomischen Rahmenbedingungen durch die Krisen der letzten Jahre und die veränderte Sicherheitslage im Sinne von ökonomischer, wirtschaftlicher und ökologischer Unsicherheit durchaus ein Nährboden, auf dem sich Wertorientierungen verschieben können, vgl. etwa Ronald Inglehart: *Cultural Shift in Advanced Industrial Society*, Princeton 1990.

zeigen, dass in dieser Gruppe von *Leistungsträgern* (Rechtsanwälte, Ingenieure, Investmentbanker) mit einem hohen bis sehr hohen Einkommen Leistung eine wesentlich geringere Rolle spielt, als erwartet werden konnte. In der inzwischen reservierten Haltung zur Leistungsgesellschaft könnte ein erstes Indiz für einen möglichen Wertewandel offen liegen.³⁵

Ein zweites Indiz bezieht sich auf die Generationengerechtigkeit. Über alle Gruppen hinweg wurde der Wert der Nachhaltigkeit vor allem in Bezug auf die folgenden Generationen diskutiert. Nach der viel diskutierten (ökonomischen) Generationengerechtigkeit der letzten Jahre, die kaum noch eine Rolle spielte, scheint ein ökologisches/politisch weitsichtiges nachhaltiges Denken für die kommenden Generationen ins Bewusstsein zu rücken. Unter dem Begriff der Nachhaltigkeit wird somit ein neuer Generationenvertrag verhandelt. In diesem Zusammenhang sei auch nochmals auf die aufkommende Wachstumskritik in den Neuwähler_innengruppen als Indiz verwiesen.

Ein drittes Indiz mag zudem der Bedeutungszuwachs der Ökologiefrage sein. Zumindest die Verschiebung des Primats der Wirtschaft über die Ökologie hin zu einem akzeptierten Nebeneinander von Ökologie und Wirtschaft (in durchaus noch unterschiedlichen Anteilen) kann bei fast allen Neuwähler_innen beobachtet werden.

Inwieweit dies mit kurzfristigen Enttäuschungen bezüglich der Krisenwahrnehmungen der vergangenen Jahre bis hin zur Katastrophe von Fukushima 2011 korrespondiert, oder ob hier, auch aufgrund dieser Krisen, ein dauerhafter Rekurs auf Teile der neuen sozialen Bewegungen und deren Ökologie- und Verantwortungsdiskurs für kommende Generationen genommen wird, lässt sich noch nicht mit letzter Sicherheit beantworten.

Hier wird eine Beobachtung in längeren Zeiträumen, wie im Projekt angelegt, mehr Aufschluss erbringen. Die Rückkehr aber in ökologisch-verantwortliche Argumentationsmuster, die im letzten Jahrzehnt zu Gunsten der sozialen Frage in den Hintergrund gerückt war, scheint offensichtlich.

³⁵ Insbesondere im Vergleich zu einer Parteimitgliedsstudie der Universität Stuttgart unter 1281 Stuttgarter Parteimitgliedern unterstreicht diesen Wandel von der Leistungsbejahung hin zur Leistungskepsis. Auf die Frage „Ich möchte in einer Gesellschaft leben, in der Leistung zählt“ antworteten 78 Prozent aller Parteimitglieder, das sei ihnen wichtig (CDU 93%, SPD 67%, FDP 95%, Grüne 53%), für 15 Prozent galt dies nur teils/teils (CDU 4%, SPD 25%, FDP 2%, Grüne 37%), für fünf Prozent traf dies nicht zu (CDU 1%, SPD 8%, FDP 1%, Grüne 11%); vgl. , S. Isabell Thaidigsmann / Katja Neller: Parteimitglieder: Träger unterschiedlicher Werte und Ideologien, in: Melanie Walter-Rogg / Oscar W. Gabriel (Hrsg.) Parteien, Parteieliten und Mitglieder in einer Großstadt, Wiesbaden 2004, S. 95-124, hier: Tabelle 2, S. 108.

misstrauische Blicke in die Zukunft, die in der Diskussion allerdings häufig wieder pessimistisch gebrochen werden. Diese pessimistische Sicht gilt auch bei den Wunschs Schlagzeilen. Weder die Möglichkeit, dass sich weltweit etwas ändern würde, noch, dass die Politik sich ändere, sieht man als real an.

Der pessimistische Blick betrifft sowohl den Ausblick im Allgemeinen als auch die Unzulänglichkeit und Regelungsunfähigkeit der Politik im Besonderen. Der Rückzug des Staates aus Hoheitsaufgaben, die Reduktion staatlichen Handelns auf das Einführen von Steuern und als unsinnig empfundenen Gesetzen, etwa in Bezug auf E10, ist allgegenwärtig. Gleichwohl erkennt man zum Teil an, dass fehlendes oder nicht nach Effizienzkriterien ausgerichtetes staatliches Handeln – etwa in Griechenland oder Portugal – auch nicht richtig sei. Der innere Widerspruch wird allerdings nicht debattiert.

Vielmehr dominiert die Wahrnehmung, dass die Politik sich übernehme. Dies wird am Beispiel von Stuttgart 21 deutlich. Schließlich habe sich die Politik sowohl im Vorfeld, als auch nun im Versprechen eines Baustopps übernommen. Gleiches gilt für die Debatten um den Atomausstieg. Bei aller Kritik ist man bereit, einer gewissen Sachzwanglogik zu folgen, wonach lediglich der *Modus Operandi* noch verhandelbar sei.



Abb. 21: reale Schlagzeilen, Neuwähler innen (HHNE <100 Prozent), eigene Darstellung

Bezüglich persönlicher Lebenslagen überwiegt indes die Eigenverantwortung, wie eine Diskussion in Stuttgart verdeutlicht. So wird das Absenken von Arbeitslosigkeit und Kinderarmut in die Erziehungskompetenz der Familien überantwortet. Der Vorbildcharakter von Aufstieg in Arbeit wird ebenso verhandelt wie eine egalitäre Sicht, wonach alle Kinder Anspruch auf Essen, Schulkleidung, etc. haben sollten, damit der „Unterschied zwischen adidas und Aldi“ verwischt werde. Sozialer Aufstieg lasse sich so - bei richtigen Rahmenseetzungen - mittels des Abbaus von Ungerechtigkeit aus sich selbst heraus ermöglichen. Lediglich ein Teilnehmer widerspricht hier: Er hebt die strukturelle Nichtqualifikation vieler Arbeitsloser hervor. Die Verantwortung für soziale Lagen liegt in dieser Diskussionsrun-

de vor allem bei den Individuen, die den Aufstieg selbst managen müssten und hierfür nur geringe stattliche Leitplanken benötigen (sollten).

Einzig in Bezug auf einen Politikwechsel wird der Politik ein verhalten positives Zeugnis ausgestellt. Dass Grün-Rot etwas ändern würde und man die Chance habe, das zu unterstützen, wird zwar angenommen, allerdings sogleich eingeschränkt. Schließlich könnte die Zeit fehlen, um gegen die vielen Widerstände, politische Veränderungen tatsächlich etwas bewirken zu können. Eine generelle Skepsis gegenüber der Lenkungsmöglichkeit von Politik scheint generationenübergreifend manifest (geworden).

Deutlich werde dies im Atomausstieg. Zu wenig Macht habe die Politik, zu stark seien die wirtschaftlichen Interessen. Die Behauptungen der Politiker in Bezug auf das dominierende Atomthema seien unglaublich, zu viel werde hier verschwiegen oder ohne Fundament behauptet und versprochen. Gleichwohl ist man sich der immensen Kosten der Atomkraft bewusst. Deshalb glaubt man auch, hier könnte seitens des Marktes – über die Deklaration der realen Kosten für Atomstrom – Bewegung in den Ausstieg kommen. Bei aller Skepsis gegenüber der Politik erhofft man sich hierfür doch die (ehrliche) Regelung dieses Politikfeldes durch die Politik.

Interessanterweise sieht man hier kaum eigene Verantwortung, betrachtet sich selbst als „kleinen Fisch“, hält zudem die vielen kleinen eigenen Beiträge bisweilen nur für eine unsichere Wette auf eine ökologische Zukunft, zumal die gesamtgesellschaftliche Akzeptanz für den Ausbau Erneuerbarer Energien noch längst nicht vorhanden sei. Hier erscheint wieder die Figur der „Anderen“, die mitmachen müssten - zugleich wird aber auch der Wunsch nach dem „großen Wurf“ formuliert. Über ihn könne man dem Ziel näher kommen. Letztlich registriert man aber zumindest in der Atomenergiedebatte doch ein grundsätzliches Umdenken, schließlich sind auch die Wunschschatzlisten von diesem Thema dominiert.



Abb. 22: Wunschschatzlisten, Neuwähler innen (HHNE <100 Prozent), eigene Darstellung

Insgesamt kann man anhand der Frage des Atomausstieges zwei konkrete Diskussionsstränge erkennen. Erstens: Man misstraut der Politik, dass sie die AKWs tatsächlich stilllegen werde, man misstraut der medialen Berichterstattung darüber und man misstraut auch der Wissenschaft. Der Vertrauensverlust in zentrale politische und gesellschaftliche Institutionen bis hin zur Presse ist alarmierend hoch.

Zweitens: Gleichwohl liege die Krisen(verantwortlichkeit) weitestgehend bei Staat und Wirtschaft. Es scheint keinen ehrlichen Agenten mehr zu geben. Man fühlt sich bedroht und hilflos zugleich, hofft, dass sich etwas ändern möge, ein Umdenken einsetze, aber weiß selbst nicht, wie das zu befördern wäre.

Generell zeigt sich auch, dass die vorher diskutierten Vorstellungen von Gerechtigkeit und Solidarität in Zeiten von Angst und Misstrauen gegenüber sämtlichen öffentlichen Verlautbarungen keine Rolle spielen – weder bei den realen, noch bei den Wunschschatzzeilen.

Die gefühlte Bedrohung und die angenommene Diskreditierung von Politik lassen größere politische Entwürfe zu Gunsten eines nüchtern vorgetragenen Fatalismus fallen. Ein Anspruch an die Gesellschaft und Politik wird nicht formuliert. Eher noch lässt sich die Sehnsucht nach Ruhe und Optimismus aus den Schlagzeilen herauslesen. Dies wird in der Stuttgarter Diskussion durch eine Reaktion auf den Wunsch nach dem „*Ersten Tag ohne Krieg seit Menschengedenken*“ sehr deutlich illustriert.

(6. w., ST-) „Oh, ist das schön, das ist schön. Der sinnvollste Wunsch den es gibt, wird zwar niemals passieren, aber darum geht es ja, um Utopien.“

dass im Falle eines Regierungswechsels die Wirtschaft diesen zu spüren bekomme. Einig ist man sich allerdings nicht, ob das prinzipiell gut für das Land wäre.



Abb. 24: reale Schlagzeilen, Neuwähler innen (HHNE 100 bis 200 Prozent), eigene Darstellung

Trotz der Generalkritik an der Politik und dem Mangel an Ehrlichkeit versucht man sich auch in Verständnis, insofern man vermutet, dass beide Dinge einfach nicht zusammengingen. Zudem ist man sich uneinig, ob man wirklich die ganze Wahrheit wissen wolle. Deutlicher wird dies noch bei den Wunschs Schlagzeilen, die sich - trotz der großen Skepsis gegenüber *den Politikern* - auf die Politik als Handlungsarena beziehen. Von dieser wird die Ermöglichung von Bürgerentscheiden eingefordert, auch generell müssten sich die Politik und die Politiker ändern. Zudem erwartet man mehr Standhaftigkeit (Merkels Atompolitik) und Verantwortung in der Politik (keine Rücktritte von Ministerpräsidenten während der Legislatur) und wesentlich mehr Ehrlichkeit und Glaubwürdigkeit. Gleichwohl finden sich immer wieder Zu-Guttenberg-Sympathisanten.

Einzig in Kretschmann sieht man hier teilweise eine Ausnahme. Jedenfalls wird ihm ein höheres Maß an Ehrlichkeit zugetraut, zumindest im Falle des Energiewandels. Aber auch hier bleibt der Widerspruch nicht aus. Das Bundesland sei zu konservativ für eine grüne Hegemonie, ist die sachliche Kritik hieran, Fatalismus bis hin zur Verachtung der Politik die unsachliche.

(8, w., ST+) „man kann nur Arschloch wählen oder Arschloch wählen“

(1, w., ST+) „Das mit dem Wählen war schon immer so. Man wählt verschiedenfarbige Teller mit verschieden großen Scheißhaufen, welchen würde man essen?“

Ein Teilnehmer in Stuttgart verweist darauf, dass man doch selbst nicht besser sei, auch nicht zu teilen bereit sei, was von den engagierten Frauen aber zurückgewiesen wird. Der Teilnehmer flüchtet sich hierauf in dramatisierende Thesen, eine typische Rhetorik in diesen Gruppen. Häufig, wenn die

eigene Amoralität begründet werden soll, wird mit einem losgelösten und übertrieben anmutenden Beispiel die eigene Handlungsunfähigkeit illustriert und vor allem legitimiert. In diesem Fall etwa so:

(4, m., ST+): „nehmen wir den normal sterblichen Mensch, der braucht 500 bis 600 Euro zum Überleben und den Rest spendet er, sagen wir mal in die Dritte Welt, das ist doch Fakt, wer macht das denn?“

Ein anderes Beispiel in Bezug auf E10:

(8, w., ST+): „dieses supertolle Bio-Benzin, wo wir dann Lebensmittelpreise bekommen, wo ich sage, OK, ich esse heute nichts.“

Interessant erscheint auch die hohe affektive Betroffenheit, die sich auf ferne Probleme bezieht, wohingegen die Probleme des deutschen Sozialstaates in keiner Gruppe diskutiert werden

(3, w, HD+): „In Bezug auf das Tunfisch-Thema oder mit den Walen, was man so alles mitkriegt, man ist ein bisschen aufgerüttelt, kein Thunfisch kaufen.“

(8, w, HD+): „Wir verheizen den Weizen und in Afrika hungern die Kinder und auch hier in Deutschland gibt es genug, die nichts zu essen haben oder nicht genug oder so ähnlich.“

Das konkreteste Themenfeld im Bereich der realen, aber vor allem der gewünschten Schlagzeilen der Zukunft – die nur selten utopischen Gehalt besaßen, sondern eher auf (bisweilen nur gefühlter) persönlicher Betroffenheit basierten – ist der Atomausstieg. Aber auch hier zweifelt man am Durchsetzungswillen der Politik. Ebenso an der Bereitschaft zum monetären Verzicht in der Bevölkerung zu Gunsten des Ausstiegs. Wenn Ausstieg, dann am liebsten verbunden mit positiven Folgen für die Wirtschaft. Negative ökonomische Folgen könnten die moralische Ablehnung der Kernkraft ins Hintertreffen geraten lassen. Der Ausstieg wird vor allem vor den ökonomischen Chancen des Ausstiegs verhandelt (Arbeitsplätze, Wirtschaftsboom, langfristig sinkende Preise, starke Preissteigerungen, konkurrenzfähige Wirtschaft, von der man sich auch einen Beitrag erwartet.) Das Scheitern des Ausstiegs wird gleichwohl nicht als unreal empfunden.



Abb. 25: Wunschs Schlagzeilen, Neuwähler innen (HHNE 100 bis 200 Prozent), eigene Darstellung

Hinzu kommt das Delegationsargument: Hier, in Deutschland, abzuschalten und dann aus Frankreich Strom zu importieren, bringe auch nichts. Auch hier wird wieder auf eine (wissentlich illusorische) europäische oder internationale Lösung gedrungen, wogegen es nur geringe Gegenwehr gibt. Generell wünscht man sich auch hier mehr Ehrlichkeit und Offenheit, auch Herzblut der Politik, wobei der Politik wenig Durchsetzungsvermögen zugebilligt wird und unklar bleibt, ob transparent vermittelte Kostensteigerungen die Zustimmung zum Ausstieg kosten würde und Gleichwohl ist der Ausstieg aus der Atomenergie die verbindende und einende Klammer aller Neuwähler_innen. Die „Öko-Schiene“ als mögliches künftiges Bezugssystem könnte der plakative, oberflächliche Anker eines möglichen ökologischen Wertewandels darstellen.

(1, w., ST+): „dass die AKWs abgeschaltet werden, dass die Erneuerbaren Energien in der Industrie Eingang finden, kann auch eher Solar, einfach die Öko-Schiene [...]“

Diese Einigkeit in Bezug auf die Energiewende und den Atomausstieg überrascht vor allem in der Runde in Stuttgart. Allerdings verläuft die Diskussion zwischen Männern und Frauen völlig unterschiedlich. Für die Männer ist ausgemacht, dass das Thema nur jetzt Brisanz habe und technisch zu lösen sei,

(3, m., ST+) „man greift die Ängste der Menschen auf, weil die Bewegung größer wird, ehrlich ist das nicht.“

Dem entgegen die Frauen, dass dies nicht wahr sei (1+6+7): *Es gäbe schon „sehr lange viele Leute, die aufstehen, das war nicht in der Öffentlichkeit.“ (6, w., ST+)*

Der, nicht konsensfähige, so doch interessante technische Lösungsvorschlag:

(2, m., ST+): „in Russland, wo es unendliche Weiten gibt, da sieht es keiner, da stellt man es hin, spritzt Beton drüber und schon ist es gelöst. Bei uns kann man das nicht machen.“

bundesrepublikanische Gesellschaft auch schon mal so weit gewesen, nun bestärkt die Hoffnung den Glauben, diesmal handele es sich um einen sich perpetuierenden Prozess.



Abb. 27: reale Schlagzeilen, Altwähler innen, eigene Darstellung

Ohnehin müsse jeder Einzelne eigenverantwortlich etwas beitragen, etwa durch den Wechsel des Energieanbieters, durch energieeffizientes Bauen oder durch erneuerbare Energien. Das Kostenargument, wonach die Energiewende auch persönliche Kosten nach sich ziehe, kommt, etwa in der Stuttgarter Diskussion, als Ausrede für Nichthandeln dabei nicht zum Tragen.

(3, w., STA): „Ich als Konsument entscheide, habe eine große Macht, wenn ich EnBW fördere, dann schlage ich einen bestimmten Weg ein, wenn ich zu Naturstrom gehe schlage ich einen Weg ein. Die Regierung aber kann nicht dauerhaft gegen das Volk regieren.“

(7, m., STA): „Aber insgesamt ist das System träge, die Interessen sind vielschichtig, solange nicht mehr Leute umdenken, sodass bestimmte Machtinteressen merken, mir laufen alle davon, dann tut sich nur sehr langsam was.“

(1, m., STA): „Die Industrie wird als letzte nachziehen, ich kann eigenverantwortlich schauen, wo ich meine Energie her bekomme. [...] Und beim Hausbau bewusst anders planen, Energiesparen und Solarzellen.“

Auch in Heidelberg zeigt sich der Bezug auf eigenverantwortliches, subsidiäres Handeln als konkrete, lokale Frage (Nahverkehrssystem, Bildungspolitik). Der Wunsch nach Veränderungen vor Ort ist ausgeprägt. Das gilt für die konkrete Politik ebenso wie für den Wunsch danach, als Vorbild, etwa beim Atomausstieg, wirken zu können. Aus dem Nahbezug als Referenzraum ergäben sich Handlungsanweisungen für die globale Politik. Hier habe man auch nicht nur für das eigene Land Verantwortung, sondern hinsichtlich des verantwortlichen Handelns und Nachdenkens für die ganze Welt. Insofern werden von den Altwähler_innen neben der Atompolitik auch globale Probleme wie die Verseuchung der Meere und die Abholzung der Regenwälder oder Widersprüchlichkeiten von globaler Umweltpolitik diskutiert, Themen, die bei Neuwähler_innen kaum eine Rolle spielten.

Eine andere Sicht findet sich allerdings in Biberach, wo der Staat als sanktionierender Akteur in der Umweltpolitik gefordert wird, insbesondere in Bezug auf die Reduzierung und den Preis von Mobilität.



Abb. 28: Wunschs Schlagzeilen, Altwähler innen, eigene Darstellung

Das Steigen der Benzinpreise, welches man etwa bei gutverdienenden Neuwählern in Heidelberg als Problem betrachtet hatte, wird hier aber als Ansatz zur Problemlösung eines stark gestiegenen, individuellen, mithin auch umweltgefährdenden Mobilitätswahns verhandelt. Als Lösungsmodell wird neben steigenden Spritpreisen die Möglichkeit von Sonntagsfahrverboten, welche die Grünen schon einmal gefordert hatten, diskutiert.

Letztlich einigt man sich aber auf eine Forderung: Mobilität, sei es mit dem Auto, sei es mit dem Flugzeug, müsse teurer werden, da nur die Wenigsten freiwillig auf Mobilität verzichten würden. Benzinpreise zwischen drei und sechs Euro werden, obwohl man es sich selbst nicht leisten könne, gefordert, ohne dass man an die Durchsetzung solcher Regelungen glaubt. Dass darunter liegende Misstrauen hinsichtlich der Notwendigkeit staatlicher Eingriffe bezieht sich nicht auf die eigene *peer group*, sondern auf „die Anderen“, die Unvernünftigen, denen es an Eigenverantwortung mangle (3, w., BCA), die nichts aus freiem Antrieb machen würden (1, m., BCA), die nicht aus Vernunft, sondern nur aus Angst handeln würden (3, w., BCA). Positive Effekte erhofft man sich hieraus für die regionale Wirtschaft, die von hohen Transportkosten profitieren würde, da überregionale Produkte sich verteuerten. Nur eine Probandin weißt hier auch auf die Gefahren für die „Exportnation Deutschland“ hin. Die Politik ist in diesem Modell aufgefordert, über Sanktionsmaßnahmen das erkannte Wohl der Gesellschaft zu erzwingen, auch die regionale Wirtschaft zu schützen und zu bewahren. Der Staat wird hier zum Hort der konservativen Vernunft gegen die Ansprüche der mobilitätsbefürwortenden Unvernunft.

7.4 Zwischenfazit Schlagzeilen

Die Diskussionen um eine realistische und gewünschte Zukunft werden in allen drei Gruppen pessimistisch geführt. Die verbindende Klammer stellt, möglicherweise aufgrund des kurz vorher stattgefundenen Atomunglücks in Fukushima, eindeutig die Umweltpolitik bzw. die Energiewende dar. Dabei changieren alle Debatten um die politische Veränderung zwischen den Polen persönlicher Eigenverantwortung und staatlichem Handeln.

So ist auch die zentrale Erkenntnis der Diskussionen eine Ambivalenz zwischen dem politischen Handeln des Staates und der eigenen Verantwortung. Dabei ist es interessant, dass alle drei Gruppen betonen, dass die etablierte Politik zu eng mit der Wirtschaft verflochten sei, weswegen große politische Kursänderungen nicht zu erwarten seien. Vielmehr dominiert die Sicht, dass die Politik sich entweder in der Lösung der Probleme übernehme, wie bei den unterdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innen vermutet wird oder aber Politik ohnehin von der Wirtschaft dominiert oder sogar korrumpiert sei, ein Eingreifen deswegen zu nichts führen könne, wie bei den überdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innen angenommen wird. Für die Altwähler_innen scheint indes klar, dass sich nun das jahrelange Nichthandeln der Politik auswirken würde.

Auf Grundlage dieser Befunde setzt sich unter den Neuwähler_innen die Ansicht durch, dass persönliche Versuche, etwas ändern zu wollen, oftmals scheitern müssten. In diesen Gruppen wird so das eigene Nichthandeln legitimiert. Eigenverantwortung wird vor allem abstrakt dort gefordert, wo sie der eigenen Person möglichst wenig Verzicht abverlangt. Einzig bei den Altwählern scheint der Begriff der Eigenverantwortung eine Grundfeste persönlichen Handelns zu verkörpern. Hier wird vor allem darauf vertraut, mittels staatlichen Eingriffen in das Marktgeschehen, etwa über eine Erhöhung der Benzinpreise, größere politische Prozesse anstoßen und regulieren zu können.

Auch wenn das Wort Eigenverantwortung in allen drei Gruppen fällt, ist vor allem bei den Neuwähler_innen ein recht traditionelles Verständnis politischen Handelns durch den Staat anzutreffen. Da die alles dominierende umweltpolitische Situation nicht nur durch die Summe an Einzelverantwortungen gelöst werden könne, wird der Staat, dem gleichzeitig hochgradig misstraut wird, in die Verantwortung genommen.

Einen Ausweg aus dem Patt stellen für die überdurchschnittlich verdienenden Neuwähler dabei Fachleute in der Politik dar, die über die Belange der Wirtschaft Bescheid wissen, gleichzeitig jedoch unabhängig in der Politik arbeiten würden. Bei den unterdurchschnittlich verdienenden Neuwählern führt der eigene wahrgenommene Fatalismus und Pessimismus paradoxerweise zu einem Wunsch nach starker Führung und Leitideen in großen abstrakten Zusammenhängen.

Hier könnten die Grünen als Experten und Mahner in umweltpolitischen Fragen eine gewichtige Rolle spielen. Eben gerade aufgrund der hohen Abstraktion und der wahrgenommenen Unmöglichkeit, auf die großen umweltpolitischen Themen real Einfluss nehmen zu können, wird ein eingreifendes Handeln der Politik hier goutiert.

Banken, aber auch für die Politik allgemein und auch immer wieder für die Medien. Eine Diskussions-
teilnehmerin bringt es auf den Punkt: Früher sei man noch zum Bank*beamten* gegangen, da hätte
man Vertrauen gehabt, heute sei das alles verloren (6, w., HD-). Schuld daran trügen die Banken und
Versicherungen, so etwa die Hälfte der Teilnehmer_innen, aber eben auch die Verbraucher_innen
selbst. Wo Nachfrage sei, da gäbe es auch ein Angebot. Trotzdem möchten die Proband_innen lieber
nicht für die Krisen in Haftung genommen werden, schieben die Verantwortung lieber den Banken,
der Politik und imaginären „Anderen“ zu.

Paradox und inkonsistent erscheint, dass trotz der Fundamentalität der Krisen die Hoffnungen, etwa
in den Finanzmarkt, weiter bestehen. Es wird derselbe Kapitalmarkt gezeißelt, in den man noch im-
mer Hoffnungen steckt. An den Folgen dieser Inkonsequenz möchte man aber nicht schuld sein und
sich an der Tilgung der Kosten nicht beteiligen. Nur wenige Diskussionsteilnehmer_innen weisen auf
die Eigenverantwortung hin, die man bezüglich der Krisen habe. Ähnliches gilt für die Rolle des Staa-
tes: Zwar entlässt man ihn, aufgrund seiner wahrgenommenen Ohnmacht gegenüber den Finanz-
marktinstitutionen, aus der Schuld. Gleichzeitig stempelt man ihn, etwa als Kreditgeber Griechen-
lands, wiederum zum Schuldigen der Krise. Der dieser Logik innewohnende Zirkelschluss wird nicht
bemerkt oder verdrängt.

Auf einem anderen Feld scheinen Krisen doch etwas zu bewirken, allerdings nur dann, wenn sie fun-
damental genug seien. Dies gilt etwa für einen behaupteten Wandel des Konsumverhaltens infolge
diverser Lebensmittelskandale. Allerdings gilt dieser hier angenommene Wandel infolge von Krisen
eher als die berühmte Ausnahme vom Normalzustand, wonach sich durch Krisen generell nicht viel
ändern würde. Inzwischen wird aber auch die Krise um den GAU in Fukushima als so tiefgehend an-
genommen, dass für die Befragten auch hier ein Wandel Richtung Atomausstieg plausibel erscheint.
Vor allem in Stuttgart fokussieren sich die Krisenwahrnehmungen sofort auf die Verantwortlichkeit
von Politik. Insbesondere bei der Bankenkrise sieht man weder einen Zusammenhang zwischen eige-
nem Handeln und der Finanzkrise, noch die Möglichkeit, hier Einfluss nehmen zu können.

Man fühlt eine gewisse Ohnmacht gegenüber den Krisen und gegenüber der Politik sowie den Politi-
kern allgemein, die ein generell schlechtes Zeugnis ausgestellt bekommen. Dies beginnt bei den
Rahmenbedingungen der politischen Arena – Föderalismus, Dauerwahlkampf, dadurch Dauerpopu-
lismus –, geht weiter über die Entscheidungswege, vor allem den mangelnden Einfluss der Bürger auf
die Politik (Wahlen werden zum Teil gerade nicht als Möglichkeit der Einflussnahme verstanden) und
endet bei der wahrgenommenen Abgehobenheit und Unehrllichkeit der Politiker.

Die Krisen der letzten Jahre haben in dieser Hinsicht sehr viel Vertrauen zerstört, weshalb man gera-
de keine weiteren Entscheidungen an die Politik delegieren möchte. Hier kommt eine Bedeutung des
2010/11 viel zitierten „Wutbürgers“ ins Spiel, die nicht auf Verzweiflung aufbaut, sondern auf Angst,
die Politik sei nicht mehr im Stande, die richtigen Entscheidungen zu treffen, die letztlich auch den

eigenen Wohlstand betreffen. Die Erfahrung, dass Politik die Krisen nicht zu bewältigen vermag, ruft den mündigen Bürger wieder in die Verantwortung. Dabei würde er doch viel lieber delegieren. Dies zeigt sich deutlich in der Diskussion um die Eurokrise. Hier wird das Primat der Politik, so es denn gegen Ansprüche von „Außen“ (etwa Griechenland oder Portugal) genutzt werden kann, akzeptiert, gar eingefordert.

Die Solidarität indes, die in der Wertediskussion anfänglich eingefordert wurde, relativiert sich am Beispiel Griechenlands. Im Gegensatz zu den überdurchschnittlich Verdienenden, die sich mit dem „gesellschaftlichen Unten“ entsolidarisieren, wird sich hier von der asiatischen Automobilindustrie als Arbeitsplatzbedrohungsszenario und den Ansprüchen Griechenlands und Portugals als finanzielles Risiko distanziert. Eine europäische Idee, jenseits der als ungerecht empfundenen Finanztransferunion, ist nicht auszumachen. Eine Rückbesinnung der Argumentationsmuster auf nationalstaatliche Grenzen, wie es auch bei der Energiepolitik zu beobachten ist, zeigt, wie stark die Krise empfunden wird:

(6. w. ST-): „Ja klar, die Solidarität, aber im Moment wollen wir doch unseren Leuten helfen. Wir können nicht immer nur anderen helfen und wir gehen zu Grunde. [...] Aber unsere Politiker sollten an unsere Leute denken, in unserem Land!“

mal so, was passiert, wenn z.B. mal in Frankreich ein Anschlag passiert, z.B. durch islamische Terroristen, das würde uns dann auch betreffen.“

Ein weiterer Aspekt dieser Angst vor dem Verlust von Sicherheit bezieht sich auf die Umweltkatastrophen der letzten Jahre, insbesondere auf die AKW-Katastrophe von Fukushima. Die Angst vor der Strahlung aus dem AKW Fukushima, welche vor allem über die Nahrungskette aufgenommen werden könnte, sorgt für Beunruhigung, wird aber auch teilweise als übertrieben empfunden.

In Biberach kulminiert die Diskussion – unter Verweis auf Jared M. Diamonds Buch *Kollaps: Warum Gesellschaften überleben oder untergehen* – in einer generalisierten Verzweiflung an den Krisenzuständen der letzten Jahre. Ein Proband zerbricht nahezu an seiner, und auch an der gesellschaftlichen, Ratlosigkeit, wie man ein generelles Umdenken befördern könnte.

(9, m., BC+): „man schwimmt im Großen mit, ratlos, wie man sich selbst und eine Mehrheit davon zu überzeugen, dass Wachstum, Wachstum, Wachstum nicht mehr so wichtig und richtig ist, wie das früher gesagt wurde. Meine Frau sagt immer, das einzige, das immer nur wächst ist Krebs, und der führt zum Tode. Und es gibt keinen Nobelpreis, wie Wirtschaft, wie theoretisch eine Gesellschaft funktionieren kann, ohne auf Kosten anderer zu wachsen, der Dritten Welt, der Umwelt, von allen Menschen.“

Der früher dominante Ruf nach mehr Wachstum, der de facto immer ein Wachstum zu Lasten Dritter ist, der ewigen Traum von perpetuierbarem Wachstum scheint zumindest bei diesem *opinion leader* zerstört. Hier zeigt sich exemplarisch, dass ein langgehegter gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Grundglaube inzwischen gebrochen scheint und die verzweifelte Suche nach einem Ausweg Menschen überfordern kann. Aus Sicht des Probanden ist deshalb nicht nur ein Wandel im *konkreten Politikansatz* ein wichtiger Versuch. Man brauche vielmehr eine ganz andere grundlegende, durchaus konservative, auf Vernunft basierende und in der Breite vermittelbare *grundlegende Denkrichtung*. Die Union habe es längst verpasst, hierauf zu reagieren, deshalb spricht er der CDU eine solche Kompetenz inzwischen ab, auch weil er dort das Nachvollziehen des Endes der Wachstumseuphorie und -gläubigkeit nicht sieht. Wenn es gelingt, einen plausiblen Weg aufzuzeigen, den vollzogenen Bruch mit alten Werten durch neue (plausible) Werte zu kompensieren, könnte es den Grünen gelingen, diese Wähler langfristig an sich zu binden.

Konkrete Auswege aus den Krisen sieht man indes kaum. Man ist sich durchaus der Verbrauchermacht bewusst, aber auch hier delegiert man Verantwortung an die Politik, ohne dass man jedoch wieder glaubt, sie könne die Erwartungen einlösen. Deshalb nimmt man sich zwar selbst in die Pflicht, allerdings in dem Bewusstsein, dass die Tragweite eigenen Handelns begrenzt und auch nicht konsistent durchzuhalten ist. Vor allem im regionalen und lokalen Konsum sehen die Diskussionsteilnehmer_innen Möglichkeiten, etwas zu verändern; es mangle jedoch an Selbstdisziplin. Dies zeigt sich auch in einer Stuttgarter Diskussion, die vor allem auf Ernährung und Gesunderhaltung fokus-

oder die Bankenkrise), scheint die Möglichkeit, sich selbst zu informieren und als mündiger Verbraucher zu entscheiden, an ihre Grenzen zu stoßen. Gleichwohl würden die Krisen nicht folgenlos bleiben:

(6, w., STA): „Das Problem wird sein, dass wir den Lebensstandard nicht halten können, wir sind global, es gibt immer mehr Arme, der breite Mittelstand der Achtziger geht kaputt, die Schere geht auf, die Staatsverschuldung geht hoch, die Banken haben nichts gelernt. [...] Dass es anderen Ländern besser, uns schlechter gehen wird, das muss man sagen, uns geht es gut weil es anderen schlechter geht.“

Durchgängig findet sich ein Gefühl der medialen Überschwemmung, dies gilt für jeden selbst. Eine Probandin in Stuttgart äußert die von anderen geteilte Sorge, dass man sich, angesichts der vielen Krisen immer mehr abschotte, sich in den Nahbereich zurückziehe. Vor allem die großen Krisen bereiten ihr Angst, weil man machtlos sei und überfordert. Aber man verzweifelt auch an der Kurzfristigkeit der Krisenwahrnehmungen bei den imaginären „Anderen“, die nicht zur eigenen grünen *peer group* gehören. Diese dächten weit weniger langfristig und korrelierten damit auch mit dem allgemeinen Medienphänomen, wonach ein Hype den anderen ablösen würde.

Gleichwohl besteht die vage Hoffnung, dass es durchaus Bereiche gebe, in denen sich etwas ändere, beispielsweise in Libyen, aber auch in der Nähe, was an den Protesten um Stuttgart21 deutlich würde. Schließlich ist man sich der Chancen bewusst, die Krisen innewohnten, da durch Krisen und Katastrophen bestimmte Themen immer wieder öffentlich verhandelt würden. Es besteht die Hoffnung, dass dadurch irgendwann ein Lerneffekt eintreten könne. Vor allem in Stuttgart zeige sich bereits ein Wandel, so äußern sich die dortigen Diskutanten:

(8, m. STA): „Warum hat sich da was geändert, da tut sich was im Volk. Das ist der richtige Weg.“

(1, m., STA): „Ich denke, dass die Wahrnehmung von vielen verändert wurde, auch durch die Breite der Berichterstattung, das Internet hat da vieles unabhängig transportiert, transparenter gemacht. Die Menschen zeigen immer mehr, dass sie nicht ganz einverstanden sind. [...] dass eine Bewegung draus wird, die Proteste gegen den Messeneubau auf den Fildern bei Stuttgart, die Verhinderung einer zweiten Startbahn am Flughafen, das war alles schon S21 im Kleinen.“

(4, w., STA): „Es kommt auch Neues von unten [...] „eine politische Bewegung kommt wieder auf, viele sind aufgewacht [...]. Und aus dieser Wut heraus ist man auf einem guten Weg.“

(6, w. STA): „Diese kleinen Proteste haben gebracht, dass die Politiker nicht mehr mauscheln können, weil die Politik nicht mehr wissen kann, wo der nächste Protest losgehen kann. Da verändert sich viel. CDU-Wähler wählen plötzlich Grün, die Leute wechseln, das passiert was, die Politik muss handeln.“

Ein Heidelberger Proband warnt eindringlich vor der Betroffenheitskultur, die mit den vermehrten Krisenwahrnehmungen immer heftiger werde und keinem weiterhelfen würde und bringt damit das

in allen Gruppen thematisierte Dilemma von Krisenüberforderung und Krisenverantwortung in Zusammenhang mit Nichtverantwortlichkeit auf den Punkt:

(8. m., HDA): „Was nützt das, das jeden Tag von der ganzen Welt mitzubekommen, alle Erdbeben und Krisen, was nützt das, ohne auch nur eine Lösungen angeboten zu bekommen? Wir sind als Einzelpersonen nicht dafür gemacht, Lösungen zu finden zu Weltproblemen. [...] Betroffenheit? Nein, wir sind nicht direkt betroffen! Wie denn? Sie können den Test machen, Fernseher aus, keine Zeitung, und man wird merken, man ist nicht betroffen. Ohne Medien geht's uns schnell besser, die Laune steigt jeden Tag! Wir sind nicht verantwortlich für Katastrophen dieser Erde, insbesondere nicht bei Naturkatastrophen. [...] Genauso bei den Hungersnöten, natürlich müssen wir uns engagieren für eine bessere Zukunft [...] Aber jeden Tag Probleme und keine Lösung dazu. Was wir da unseren Kindern zumuten [...] Es macht mich alles betroffen [...] aber mein Motto ist, verantwortlich bin ich dafür nicht [...] Wir sind Vorbild, vor allem Technologievorbild, deswegen müssen wir da was machen, aber mit Betroffenheit und schlechtem Gewissen und das auch noch jeden Tag, dann sind sie irgendwann depressiv und müssen Tabletten nehmen [...] Nicht heraushalten aus der Politik, aber bitte: lokapolitisch engagieren, aber weiter kann es nicht gehen, wenn man Weltpolitik machen will, muss man amerikanischer Präsident werden. Mein Job ist hier, meine Sachen zu machen, aber ein betroffenes Volk, das handlungsunfähig ist, weil wir alle krank sind, das bringt uns doch nicht weiter.“

Andererseits finden sich immer wieder Einsprüche, dass man selbst im Kleinen handeln könne und in vielen Bereichen selbst Verantwortung trage. Hier würden die Krisen auch immer „helfen“, die „Anderen“ wachzurütteln. Man selbst sieht sich innerhalb der grünen *peer group* insoweit durch Krisen eher im eigenen Handeln bestätigt, schon länger das Richtige zu tun. Die Massivität der Krisen droht aber dieses Engagement zu Gunsten eines Rückzugs in den Nahbereich zu gefährden.

8.4 Zwischenfazit Krisenwahrnehmungen

Die Krisen werden in den drei Gruppen durchaus mit Überschneidungen verhandelt, stellen sich in den Diskussionen jedoch deutlich disparat dar. Generell lässt sich jedoch konstatieren, dass ein Anstieg von Krisen wahrgenommen wird und dieser laut den Selbstaussagen der Proband_innen auch zu geänderten Einstellungen und einem anderen Verhalten führe.

Hinsichtlich des Verhältnisses von Eigenverantwortung und der Rolle der Politik in den Krisen ergeben sich deutliche Divergenzen. Zwar wird in allen Gruppen betont, dass Krisen nicht ausschließlich durch die Politik hervorgerufen worden wären, sondern die Bürger (vor allem als passive Verbraucher bspw. In der Finanzkrise) eine Mitverantwortung trügen. Dennoch unterscheidet sich die Gewichtung der Lösungswege aus diesem Dilemma deutlich. Die unterdurchschnittlich verdienenden Teilnehmer_innen geben vor allem den Institutionen die Verantwortung (Banken, Staat). Abermals

zeigt sich in dieser Gruppe ein Wunsch nach Delegation des politischen Handelns. Allerdings verbunden mit einem Zirkelschluss. Zwar entlässt man den Staat über die Dominanz der (Finanz-)Wirtschaft aus seiner Schuld, stempelt ihn aber als europäischen Transferakteur zugleich zum Schuldigen der Krise. Der dieser Logik innewohnende Zirkelschluss wird nicht bemerkt oder verdrängt.

Die überdurchschnittlich Verdienenden verweisen hier eher auf die Eigenverantwortung, die die Menschen aufbringen müssten. Die Altwähler ähneln hierin den überdurchschnittlich verdienenden Teilnehmern, verweisen jedoch darauf, dass das bloße Ansteigen der Krisenrhetorik zum Rückzug ins Private führen würde. Eine Überforderung wird konstatiert, die allerdings auch, wie das oben ausgeführte Plädoyer zum lokalpolitischen Engagement eines Teilnehmers, zu verstärkter Beteiligung führen kann.

Interessant ist weiterhin, dass die unterdurchschnittlich Verdienenden und Altwähler äußern, dass Krisen generell dazu im Stande seien, Dinge zu verändern. Für die unterdurchschnittlich Verdienenden müssen Krisen fundamental sein, um etwas zu verändern. Als ein Beispiel wird die Umweltkrise genannt, bei der Bankenkrise scheint jedoch Einigkeit darüber zu bestehen, dass es gut war, dass sie nicht noch heftiger ausfiel. Die abstrakte Gefahr „darf“ also größere Probleme hervorrufen, als dies unmittelbar persönliche Belastungen tun. Altwähler verweisen generell eher auf die Chance von Krisen als Beweis für die Notwendigkeit eines Umdenkens.

Bei den überdurchschnittlich verdienenden Neuwählern wird deren privilegierte gesellschaftliche Stellung in der Angst vor Verlusten deutlich. Hier wird eher abstrakt darüber diskutiert, dass Markt- und Wachstumsgläubigkeit ausgedient hätten und frühere Grundsätze nicht mehr gelten würden. Schnell verweist man auf Eigenverantwortung. Daneben wird auch hier die Hysterie der Medien nüchtern eingeordnet.

Als vereinender Befund steht, dass alle Gruppen Krisen als verunsichernd wahrnehmen und Sorgen entstehen. Durchgängig erscheint auch die Wahrnehmung von überfordernder Beschleunigung. Die Reaktion der Befragten auf die Sorgen unterscheidet sich jedoch deutlich. Generell lässt sich aber wohl festhalten, dass ein Wunsch nach Sicherheit und Zuverlässigkeit in allen drei Gruppen deutlich artikuliert wird.

(6, m., BC-): „[...] aber das kostet ja wieder mehr, dann lässt man das sein, da wäre die Politik gefragt, dass es gleichviel kostet, dass man die Wahl hat.“

(9, w., BC-): „Wenn die Bevölkerung wirklich einig ist, dann kann man auch viel bewegen. Nur der einzelne geht eben immer unter. Und ja, es ist oft teurer, wie soll ich bio kaufen, kann ich mir nicht leisten.“

Nur eine Probandin widerspricht vehement, wonach das Umdenken auch im Kopf anfangen müsse.

(8, w., BC-): „[...] das ist oft das Argument, es muss das Billige geben, weil es ja Leute gibt, die wenig verdienen und die können sich ja nur das Billige leisten. Dadurch fährt aber alles runter. Dann kann nämlich der Laden, der alles nur billig verkauft auch seine Mitarbeiter ganz billig bezahlen. Wo landen wir dann. Dann sind wir schlussendlich alle arm.“

Es ist paradox: Auf der einen Seite misstraut man der Politik, der Wirtschaft und den Banken und möchte Vieles selbstbestimmt regeln, auf der anderen Seite hat man allerdings auch kein Vertrauen in den kollektiven Gehalt der Handlung Einzelner. Man zweifelt am Funktionieren von Konsument-scheidungen, aber sieht in E10 das perfekte Gegenbeispiel. Man wünscht sich Vorbilder und Beispiele. Die Teilnehmer_innen erkennen die Komplexität von Prozessen, von denen sie selbst überfordert sind. Sie wünschen sich einen politischen Wegbereiter, dem sie zubilligen, sehr komplexe Entscheidungen zu vollstrecken. Nichtsdestotrotz misstrauen sie ihm. Gleichwohl – und das ist wohl das, was am widersprüchlichsten ist – traut man es nur den Parteien zu, diesen Einfluss zu haben.

Vor allem in Stuttgart herrscht eine sehr große Parteienverdrossenheit, die sich insbesondere aus einem vermeintlich besseren Früher ableitet. Denn einst hätte es noch Entwürfe gegeben, hätten die Parteien noch „für etwas“ gestanden, das sei heute nicht mehr so, weshalb man demotiviert zur Wahl gehe, um die NPD zu verhindern. Man wähle nur noch das geringste Übel, auch weil einem die Transparenz fehle. Politiker, denen man vertraue, werden – außer zu Guttenberg (und Winfried Kretschmann) – keine genannt. Die Überzeugung, dass Parteien heute für nichts mehr stehen würden, gipfelt in dieser Runde in hoher Frustration. Eine Differenzierung findet im Prinzip nicht statt, allerdings scheint der „CDU-Filz“ die Spitze dieser Wahrnehmung zu sein. Aber auch alle anderen Parteien seien nach wenigen Jahren ebenfalls korrumpiert, auch weil alle von der Wirtschaft und den Lobbyisten gesteuert seien. Dies schein gewissermaßen ein „Grundgesetz“ der Parteiendemokratie zu sein. Ein Ausweg könnte, so die Proband_innen, ein Mehr an Bürgerbeteiligung sein.

(8, m., ST-): „Es gibt dieses Grundgesetz, das sollte feststehen bleiben, in allen anderen Belangen kann man das Volk befragen und aufklären.“

Einen anderen Ausweg könnte ein politischer Wechsel darstellen. Allerdings wird hier deutlich, dass es sich mehr um einen Akt impulsiver Ablehnung der bisherigen, denn um eine euphorische Zuwendung zur Alternativregierung handelt.

(2, m., ST-): „jemand, der ein sehr entspanntes Verhältnis zu Wahrheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit hat, gehört abgewählt.“

(6, w., ST-): „Deshalb muss auch Mappus weg, in fünf Jahren kann man nochmal sehen, dann kann man Mappus vielleicht wieder wählen.“

In der Stuttgarter Gruppe ist zudem der Einfluss von Stuttgart 21, anders als in den anderen Neuwählergruppen, sehr deutlich, wobei das Thema auch hier nicht für alle entscheidend ist. Gleichwohl hat hier die „offensichtliche Vetternwirtschaft“ (3, m, ST-) eine Rolle gespielt, man beklagt sich, dass

(6, w., ST-): „über unsere und die Köpfe von Stadträten, Landräten, die auch von uns gewählt werden, von Oberbürgermeistern, von sonstige, vom Normalvolk sowieso, hinweg entschieden“ werde.

Allerdings ist man sich nicht einig, ob mehr Bürgerbefragungen ein gutes Mittel wären, bezweifelt auch deren Durchschlagskraft. Vor allem ein Proband, ein Student, will sich nicht an diesem Fatalismus beteiligen, er glaubt noch an die Politik und zieht als Vergleichsfolie nicht ein imaginäres Früher, dafür aber ein weit entferntes Anderswo heran.

(7, m., ST-): „Wenn alle gefragt werden, fehlt bei vielen das Basiswissen. Bei gewissen Dingen ist es besser, wenn es Politiker machen. [...] Ja sicherlich, das sind unsere oberen Probleme. Ich bin froh dass ich deutsche Politiker wählen kann und keine afrikanischen, die mit Blutdiamanten handeln [...].“

Es bleibt bei der Politikwahrnehmung der Mittelschichten ein schon zuvor beobachtetes unauflöslisches Paradoxon zu bemerken: Man misstraut den politischen Akteuren, den politischen Abläufen und dem politischen Gestaltungsspielraum, räumt der Politik auch eine hohe Mitschuld an den Krisen der letzten Jahre ein.

Letztlich will man aber nicht einer kompletten Aufgabe der Politik das Wort reden, weil man an eigenverantwortliches Handeln glaubt, jedoch nur dann, wenn der Staat dieses subventioniert und für alle verpflichtend regelt. Zugleich ist aber das Vertrauen in die Politik hochgradig erschüttert, man wünscht sich Alternativen, denen man aber schon im Vorfeld das logische Scheitern unterstellt, weil Politik nun einmal so funktioniere, dass Unehrllichkeit, Korrumpierung und Lobbyinteressen Hand in Hand gingen. Aber auch dem Einzelnen misstraut man immer wieder. Innerhalb der eigenen *peer group* mag verantwortungsvolles Handeln funktionieren, aber weder glaubt man an eine größere (politische) Reichweite noch an den (intelligenten) Gestaltungswillen der Masse. Deswegen werden auch Volksabstimmungen immer als zweischneidiges Schwert gesehen. Problematisch seien diese vor allem, weil sie eine hohe Beschäftigung mit dem Thema voraussetzen, Kenntnisanforderungen, die einen selbst überfordern könnten, mindestens aber die imaginären „Anderen“. Deshalb werden hier und schlussendlich doch wieder der Politik die Regelungskompetenzen zugeschrieben.

So ergibt sich ein klares Anforderungsprofil an die Politik: Wenn die Politik über nachprüfbare Kompetenzen verfügen würde, sei man bereit, das eigenverantwortliche Entscheiden zu delegieren. Die Forderung nach mehr Expertise in der Politik, bei gleichzeitiger Wahrung von einem Höchstmaß an Unabhängigkeit, ist ein durchgängiges Topos in Bezug auf die Politikwahrnehmung bundesdeutscher Mittelschichten. Einen direkten Widerspruch zum Lobbyismus-Vorwurf an die Politik, der immer wieder erhoben wird, sieht man aber in diesem Falle nicht.

(2, w., HD+): „Wir könnten da auch viel besser loslassen, auch den Anspruch an Beteiligung viel eher aufgeben oder reduzieren, wenn wir den Politikern mehr Kompetenz zusprechen könnten. Wenn wir sagen könnten, wie sie gesagt haben, der Wirtschaftsminister kommt aus der Wirtschaft, der Finanzminister hat eine solide Ausbildung aus diesem Bereich und dann, denke ich, könnte man das, könnte man Demokratie auch akzeptieren. Dann ist der vielleicht ist das jetzt nicht der aus der Partei, die ich gewählt habe, aber er ist in der Mehrheit, ich akzeptiere das demokratisch diese Entscheidung, er hat die Kompetenz, er macht das jetzt, wie er das aus seiner Kompetenz heraus für nötig hält.“

Gerade weil man die Politik von Wirtschaftsinteressen und der übermächtigen Lobby dominiert sieht, würde man einem Expertengremium mehr Vertrauen einräumen als einem Parteipolitiker. Der Glaube an die Unfehlbarkeit des objektiven Experten, des nach objektivierbaren Kriterien handelnden, vom parteipolitischen Klüngel und von der Lobby unabhängigen Entscheiders, entwirft ein Idealbild, an dem die Parteien und die Politik eigentlich nur scheitern können.

(8, w., ST+) „Sondern ein Gremium bilden, die Leute aussuchen, selektiert, die könnten nicht beschließen, sondern (9, m. ST+) [...] vorschlagen [...]“. (8, w., ST+): „Ja“ (1, w., ST+): „Die Leute, die damit zu tun haben und nicht irgendwelche Leute von der Venus oder so...“ (8): „Fachidioten.“ (9, m., ST+): „Sind doch alle abgehoben, die da entscheiden.“ (3, m., ST+): „Natürlich wäre das schon sinnvoll wenn nicht einer heute Wirtschaftsminister ist und morgen macht er Verteidigung, es wäre besser, man hätte Leute mit Fachwissen [...]“. (9, m. ST+). „[...] wäre schon interessant, so ein Gremium, aber das ist vielleicht nur so ein Wunschenken.“

Bedenklich stimmen muss in der Debatte, insbesondere in Heidelberg und Stuttgart, aber die Grundskepsis gegenüber den politischen Aushandlungsmechanismen. In Biberach ist es die Bevorzugung der Regelung vieler Dinge vor Ort, der man wesentlich aufgeschlossener gegenüber steht als der als zu abstrakt wahrgenommenen Politik aus Berlin. In Stuttgart glaubt man, vor einem strukturellen Problem zu stehen, da die Politik durch Lobbyinteressen und somit von der Wirtschaft von außen beeinflusst werde und somit per se nicht durchsetzungsfähig sei. Der Dauerwahlkampf durch die vielen Wahlen verhindere lineare Politik ebenso wie der Koalitions- und Kompromisszwang. Dies gelte für alle Parteien, auch für die Grünen. In Heidelberg kulminiert diese Debatte in einem hohen Politikverdross, der sich in abfälligen Äußerungen und deutlichem Misstrauen gegenüber der Politik immer wieder Bahn bricht:

(4, HD+): „das sogenannte Wahlsystem.“

(2, w., HD+): „[...] könnte man das, könnte man Demokratie auch akzeptieren.“

(1, m., HD+): „viele Wahlversprechen grenzen auch schon an Betrug [...] da muss ein Riegel vorgeschoben werden.“

So heftig die Invektiven gegenüber der Politik, so sachlich werden die eigenen Blockaden und Bequemlichkeiten diskutiert: Kritisiert wird, dass man selbst nicht politisch aktiver werde und auch nicht mit einer solchen Konsequenz im Alltag agiere, wie man sie von der Politik verlange. Denn selbst würde man sich auch kaum in die „klassische“ Politik wagen, durchaus aber über direkte Demokratie mehr Einfluss nehmen. Häufig wird vorgebracht, dass es für jeden Bürger schwierig sei, Informationen und Emotionen in vernünftige Entscheidungen zu überführen, weshalb man diese Entscheidungskompetenz doch der Politik, zumindest unter bestimmten Bedingungen, zubillige. Zudem sei man selbst auch nicht immer konsequent genug in den Bereichen, in denen man selbst Regelungspotentiale sieht, etwa im verantwortlichen Konsum. Dieses Problembewusstsein ist ebenso vorhanden wie für die „Geiz-ist-geil“-Mentalität, die man aber vor allem bei *Anderen* vermutet. Doch greife man selbst ja auch immer wieder zu billigen und eigentlich nicht vertretbaren Produkten. Aber auch hier trifft man, trotz hohen Einkommens, auf das Delegationsargument des Kostenfaktors. Auch das drängende Fordern gegenüber der Politik wird insofern relativiert, als dass man aus seinem Arbeitsumfeld wisse, dass viele Veränderungen Zeit bräuchten, man nicht so viel so schnell erwarten dürfe.

Hier konterkarieren sich dann zum Teil die Sichtweisen auf die Möglichkeiten eigenverantwortlichen Handelns, dass trotzdem im Vordergrund steht. Es ist wiederum die gespaltene Hoffnung, die in diesem Wert immer wieder zum Ausdruck kommt. Man weiß um Handlungspotentiale und misstraut ihnen zugleich, man möchte Veränderungen im Kleinen, weiß aber um die lange Dauer solcher Entwicklungen, möchte diese nicht kleinreden und hat doch Zweifel am Erfolg. Es gibt scheinbar eine unterschwellige Sehnsucht nach *benefit*, der das eigene Handeln belohnt und den womöglich die Politik bereitstellen könnte/müsste.

(4, w., STA): „Früher standen gewisse Parteien und Personen noch „für etwas“. Heute steht keiner mehr für irgendwas, hinter dem man steht, es kann nicht mehr mit Personen verbunden werden. In jeder Partei schreit einer hü und einer hott.“

Eher aus einer Art demokratischer Notwehr gegen die Unfähigkeit der Politik verfolgt man in dieser Gruppe die Idee der Volkssouveränität. Das politische System sollte Ausdrücke dieser Volkssouveränität am besten ungefiltert übernehmen. Allerdings gibt es hier auch Widerrede. Zum einen seien bei Weitem nicht alle Bevölkerungsteile bereit, willens und in der Lage, an einem Meinungsbildungsprozess teilzunehmen. Zum anderen sei die Radikalität der Forderungen, die dann zu Tage treten könnten, nicht unbedingt förderlich. Zum anderen würde dann die vom Meinungsbildungsprozess ausgeschlossenen Gruppen auch bevormundet werden.

Die Kompromissfähigkeit der Demokratie wird dabei nicht generell als Problem gewertet. Problematisiert wird aber die aktuelle Politik, in der es, so die Meinung einiger Teilnehmer_innen, keinen Kompromiss mehr zwischen dem Volk auf der einen und der Politik auf der anderen gebe. Innerhalb des politischen Aushandlungsprozesses zwischen den Parteien verortet man das Problem von Koalitionswängen dahingehend, dass etwa die FDP mit fünf Prozent der Stimmen jahrzehntelang Politik gegen 95 Prozent der Bevölkerung machen konnte. Interessant wird die Diskussion auch, als ein Proband polemisch die Suche nach Kompromissen in der Demokratie als unterlegenes Moment der Demokratie gegenüber der Diktatur ins Spiel bringt. Sofort wird die Demokratie verteidigt, gleichwohl aber etwas launisch-provozierend von einer Probandin der Wunsch nach einem „gerechten Herrscher“ formuliert. Vor allem eine junge Anwältin verteidigt trotz allem die Politik vehement als eine wichtige Arena komplexer Aushandlungsmechanismen.

Gleichwohl, die Erfahrung als grüne Graswurzelbewegung im Aufwind zu sein und trotzdem womöglich noch auf längere Sicht nicht an entscheidenden Punkten Politik mitbestimmen zu können, gipfelt in einer beunruhigenden Demokratiekritik, die wohl nur über mehr Volksbeteiligung, mehr Vermittlung und besondere Standhaftigkeit der (grünen) Politik wieder abgebaut werden kann.

In Heidelberg wird die Politik als Arena der Aushandlungen nur am Rande diskutiert. Hier wird eher die Frage, ob man persönlich etwas machen könne, ganz egal, ob lokal oder global, verhandelt und ist gleichsam völlig unstrittig. Sicher ist, dass man ganz abstrakt „etwas“ ändern könne, den „Grundstein legen“ könne für langfristige Veränderungen, aber auch konkret, indem man sich lokalpolitisch oder in NGOs für lokale (Verkehr), aber auch für globale Themen (Regenwaldabholzung, Wäلتötung) engagiere. Die Ergebnisse sehe man inzwischen im Umweltschutz oder jetzt ganz konkret in der Debatte um den Atomausstieg.

(3, w., HDA): „Nicht nur die Wale, auch unsere Tiere werden schlecht behandelt. Dann kann man auch sehen, dass wir verantwortlich sind, dass der Regenwald abgeholzt, damit Raps und Soja angebaut

wird, womit wir unsere Tiere füttern oder was wir jetzt gutes Gewissen tanken können [...]. Wir sind mitverantwortlich. Es hängt alles zusammen und man kann doch etwas ändern.“

Nahezu alle Teilnehmer_innen sehen für sich die Möglichkeit, im Kleinen etwas zu bewirken und fühlen sich vor allem in umweltpolitischen Bereichen mitverantwortlich.³⁸ Auch in Biberach gilt dies für den Konsum als politische Arena, etwa bei der Frage, wo man kauft und zu welchem Preis man bereit ist, verantwortlich zu konsumieren. Einzig in der Frage der Besteuerung von Transport und Mobilität wird der Staat gefordert. Ökologisches Denken und Handeln ist scheinbar eine vollständig verinnerlichte, auf Eigenverantwortung aufbauende Handlungsanweisung, die vor allem durch die ihr innewohnende Komplexität blockiert werden kann. Hier ist jede/r Einzelne aufgefordert, etwas zu tun. Deshalb ist man skeptisch, dass es übergreifende Akteure gibt, die hier solches Handeln bündeln können bzw. ein Interesse daran haben sollten. Dies gilt allerdings nicht für die Grünen.

9.4 Zwischenfazit Wahrnehmung und Rolle von Politik

Ganz generell ist die Skepsis gegenüber politischen Abläufen groß. Sowohl Elemente von Parteien- und auch Politikverdrossenheit im Allgemeinen finden sich in jeder Gruppe. Als ein logischer Ausweg aus dieser Situation wird direkte Beteiligung bzw. Volkssouveränität eingefordert. Unterdurchschnittlich Verdienende fordern jedoch eine Beschränkung der Beteiligungsmöglichkeiten auf kostenneutrale Entscheidungen.

Gleichzeitig ist aber Interessant, dass weder Parteien noch Demokratie in einer der Gruppen als vollkommen überflüssig oder überholt gelten. Die unterdurchschnittlich verdienenden Teilnehmer vertrauen den Parteien zumindest eingeschränkt, gleichwohl wähle man seit längerem nur noch das geringste Übel. In der Gruppe der überdurchschnittlich Verdienenden werden strukturelle Probleme der Parteien konstatiert, die zu Politikverdrossenheit führten, gleichzeitig seien diese keineswegs überflüssig. Da den Kompetenzen anderer Menschen beispielsweise bei Volksentscheiden nur wenig vertraut wird, könnten Parteien hier eine gewichtige Mittlerrolle einnehmen. Hierbei werden Einstellungsmuster bestätigt, die das Göttinger Institut für Demokratieforschung für die Demonstrationsteilnehmer gegen Stuttgart 21 erhoben hat. Parteien wird grundsätzlich skeptisch begegnet, dennoch werden sie für einige Aufgaben als zentral angesehen.

³⁸ Hier bereits ausführlich: Silke Borgstedt / Marc Calmbach / Carsten Wippermann: Milieusensible Umweltpolitik. Zielgruppenhandbuch mit Fokus auf Semantik und Ästhetik. Unveröffentlichte Ergänzungsstudie zur Umweltbewusstseinsstudie im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Heidelberg 2009, vgl. auch: Franz Walter: Deutsche schieben Öko-Frust, in: Spiegel online, 13.07.2009, online verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,635831,00.html> [zuletzt eingesehen am 26.5.2011].

Mit Blick auf Einstellungsmuster, die den Zusammenhalt eines demokratischen Gemeinwesens garantieren, ergeben sich jedoch in allen Gruppen bedenkliche Ergebnisse. Offenbar traut man den Mitbürgern nicht zu, vernünftig zu entscheiden, konstatiert die grundsätzliche Korrumpierbarkeit der Parteien und Politiker, zweifelt in diesem Zusammenhang an den parteipolitischen Aushandlungsmechanismen und stellt den Parteien gar das „Volk“ gegenüber.

Insbesondere die Altwähler vertreten diese Meinung und scheinen durch den Erfolg der Proteste gegen Stuttgart 21 euphorisiert. Hier wird der Wunsch nach Mitbestimmung am deutlichsten eingefordert. Der Volkswille soll möglichst ungefiltert in die Politik übertragen werden, wobei hier wieder vor allem Unvermögen und Verantwortungslosigkeit Anderer thematisiert werden. Eben dieser Nexus ist in allen Gruppen zentral. Anderen als der eigenen Person wird nicht vertraut, durch Politiker getroffene Entscheidungen könnten das Gemeinwohl unterlaufen. Bei den Überdurchschnittlich Verdienenden ist deshalb auch die Idee von unabhängigen Expertengremien, die nicht aus Parteipolitikern bestehen sollten, beliebt. Bei alledem stechen die Gruppen jedoch durch ein hohes Reflexionsniveau heraus, das von einem bestimmten Paradoxon zeugt: Obwohl der Steuerungsfähigkeit der Politik grundsätzlich misstraut wird (vor allem wegen wirtschaftlicher Verquickung), wird diese doch für die drängenden Probleme verantwortlich gemacht. Hieraus ergibt sich dann auch immer wieder der Verweis auf die Möglichkeit, im Kleinen eben doch etwas verändern zu können.

10. Wahrnehmung und Rolle der Grünen

Im letzten Abschnitt der Kreativgruppendifkussionen wurde versucht, die Gespräche auf die Bündnisgrünen zu lenken. Ziel war es hier, zu explorieren, welche Rolle Parteien, und konkret die Grünen, in den Politikvorstellungen der Proband_innen spielen. Gibt es zum Beispiel Unterschiede hinsichtlich der regionalen Gegebenheiten und der Stellung der Grünen vor Ort? Kurz: Wie denken ländliche grüne Neuwähler_innen, wie grüne Neuwähler_innen in Großstädten über die Grünen und welche Unterschiede lassen sich womöglich im Vergleich von grünen „Diaspora“-Gebieten mit grünen „Hochburgen“ und ziehen?

In Bezug auf die Altwähler_innen galt es darüber hinaus auch herauszufinden, wie traditionelle grüne Wähler_innen auf den Zuwachs reagieren, ob sie die Befreiung aus der Nische eher positiv einschätzen oder ob konkrete Ängste hinsichtlich einer Veränderung grünen Profils aufgrund der Vergrößerung der Wähler_innenbasis befürchtet werden.

10.1 Wahrnehmung der Grünen bei Neuwähler_innen (HHNE <100%)



Abb. 35: Wordle-Wolke Wahrnehmung der Grünen, Neuwähler_innen, (HHNE <100%), eigene Darstellung

Biberach

Die Debatte um die Grünen unterscheidet sich, wie im Vorfeld vermutet, von Ort zu Ort sehr stark. In Biberach werden die Grünen als Alternative wahrgenommen, gleichwohl misstrauisch beäugt. Schließlich seien die Grünen im Prinzip auch eine Partei wie alle anderen, die gewählt werden wolle

um der Macht willen. Auch hier wird wieder ein besseres Früher als Folie herangezogen, um den Grünen dies nachzuweisen. Unter Fischer sei vieles besser gewesen und viele der Gründungsmitglieder seien nicht mehr aktiv. Insgesamt macht der Parteienfrust also auch nicht vor den Grünen halt, auch weil sie bisher nicht genug umgesetzt hätten. Trotzdem gibt es Lob für den Atomausstieg, den man trotz der „negativen Effekte einer Parteiendemokratie“ (1, w., BC-) realisiert habe. Den Grünen wird eine Vorreiterrolle zugewiesen, zudem wird ihnen zuerkannt, dass sie sich um Themenfelder kümmern würden, die die anderen Parteien vernachlässigten, etwa Umwelt- und Bildungspolitik. Allerdings gibt es auch Einwände bezüglich der Realisierung konkreter grüner Politik. Diese könnte denn doch „zu revolutionär“ sein, wie es ein Proband ausdrückt (2, m., BC-). Konkret finden eher noch Unternehmer Lob, die grün handeln, etwa der Chef von *Liqui-Moly* oder ein Ulmer Unternehmer, die sich jeweils ihrer Belegschaft gegenüber verantwortlich verhielten.

Stuttgart

Auch in Stuttgart rufen die Grünen und mit ihnen ihr Spitzenkandidat nur bei einigen Gesprächsteilnehmer_innen positive Zuschreibungen hervor. Man will ihm und der Partei eine Chance geben, „testen“, was ein grüner Ministerpräsident zu leisten vermag. Aber auch in dieser Gruppe ist die gefühlte Enttäuschung durch Politik groß. Auf Nachfrage, ob Kretschmann hiervon eine Ausnahme sein könne, will kaum jemand etwas sagen, andererseits bezieht sich, wenn überhaupt, nur milde Kritik auf ihn. In dieser mit Ressentiments gegenüber Politikern aufgeladenen Runde ist diese Milde schon eine Ausnahme, die weniger über eine positive oder negative Wahrnehmung der Grünen aussagt als über die grundlegende Ablehnung der anderen Parteien. Interessant ist aber auch, dass Stuttgart 21 in Bezug auf die Grünen keine exponierte Rolle spielt, Chance und Bürde einer Volksabstimmung am Rande thematisiert und die (grüne) Mobilisierung im Vorfeld nicht weiter verhandelt werden. Es zeigt sich hier ein Problem für die Grünen, wonach diese positiven Erfahrungen schon in die Zustimmung „eingepreist“ sind, die Proteste damit aber nicht erneut mobilisierend wirken werden. Es besteht sogar die Gefahr eines gegenteiligen Effekts.

Am ehesten verbinden zwei Proband_innen ihre Hoffnungen konkret mit einer Veränderung in der Bildungspolitik, die in der Runde erst auf Nachfrage diskutiert und allgemein kritisiert wird. Insgesamt hat man nicht nur auf diesem Feld, trotz des negativen Images von Politik, Hoffnungen, dass sich etwas ändere. Insbesondere nehmen einige Diskussionsteilnehmer_innen eine stärkere Politisierung wahr, was sie generell als positiv bewerten. Insofern scheinen positive Projektionen von Politik noch zu bestehen, müssten aber mühsam wieder erkämpft und zurückerobert werden.

Heidelberg

Auch in Heidelberg ist man verhalten reserviert. Es kommen die typischen Stereotype über die Grünen zum Tragen. Zum einen erkennt man den unzweifelhaften Vorsprung in der Umweltpolitik an, zum anderen fürchtet man sich ein wenig vor den Konsequenzen einer Wahl der Grünen. Schließlich ist es vor allem das Umweltthema und ein Mehr an vermuteter Ehrlichkeit, was die Grünen an die Macht bringen werde. Den Rest grüner Programmatik kennt man nicht, kann sich aber vorstellen, dass das womöglich negative Auswirkungen auf ein Land haben könnte, welches über lange Zeit, was die sozio-ökonomischen Eckdaten angeht, erfolgreich regiert wurde.

Hinzu kommt die Skepsis, ob die Grünen wirklich die nötige Regierungserfahrung mitbringen. Gerade bei zwei der jüngeren Männer sind auch Sympathien für die Piratenpartei erkennbar. Eine Reduktion von Komplexität und die Ausrichtung auf ein Thema scheinen auch ihren Reiz zu haben. Zwar stünden die Grünen auch hauptsächlich für Umweltpolitik, aber man vermutet, dass da inhaltlich noch mehr sein könnte, ohne es näher konkretisieren zu können.

Auch wird häufig der der Gedanke geäußert, dass *neue Parteien her müssten, die alles anders machen würden*; gleichzeitig fürchtet man jedoch nichts mehr als Veränderung. Dies wird aber zumindest mit dem Hinweis gekontert, dass die Politik ohnehin nicht mehr entscheide. Nur ein Gesprächsteilnehmer stellt hierbei auch die Systemfrage, ohne diese aber letztlich als wünschenswert oder produktiv realisierbar zu fassen. Letztlich wird dann auch die Hoffnung formuliert, dass die anstehenden Landtagswahlen nicht umsonst seien und sich doch etwas ändere, im Stil und auch in der Richtung der Politik. Entscheidend ist, dass utopische Ideale hier offenbar keine Rolle spielen. Jedenfalls projiziert man auch auf die Grünen keine Hoffnungen mehr dahingehend, dass etwas *ganz anderes* möglich sei, eher einiges *besser*.

renzpunkt bilden die Grünen zu Zeiten Petra Kellys und Petra Kelly selbst), was zumindest teilweise auf Zustimmung stößt. Überzeugte grüne Neuwähler_innen findet man hier selten, die Grünen sollen vielmehr Auslöser eines Umdenkens sein, dass sie aber nicht unbedingt allein umsetzen sollen. Schließlich fürchten sich einige noch immer ein wenig vor den Grünen, selbst wenn sie „nicht [mehr] so radikal“ zu Werke gingen.

Heidelberg

In Heidelberg wollen sich die Proband_innen gar nicht auf eine Debatte zu den Grünen einlassen. Eher arbeitet man sich am Bild des idealen Politikers ab. Dieser sollte authentisch sein und sich inhaltlich treu bleiben. Dafür würde man ihm auch Zeit gewähren. Wenn man das Gefühl hat, ein Politiker steht zum Gesagten, reicht das schon für ein positives Image aus. Auch der Eindruck, ein Politiker würde sich in ein Thema genügend einarbeiten und so den Eindruck von Kompetenz vermitteln, genügt, um diesen auch tatsächlich für kompetent zu halten. Eine starke Inkonsistenz zwischen den abstrakten Kritiken an Politikern allgemein und den konkreten (Positiv-)Zuschreibungen von Politikern scheint durchgängig. Als Positivbeispiele wird Altkanzler Schmidt genannt. Auch Helmut Kohl wird, bei einigem Unmut über diesen Authentizitätsgedanken, mitverhandelt. Aus den Reihen der Grünen wird einzig, dafür aber sehr deutlich, Renate Künast genannt.

(2, w., HD+): „der hat Aufrichtigkeit vermittelt, die Meinung gesagt, man hat ihm seine Überzeugungen jederzeit zugestanden“

(2, w., HD+): „Frau Künast ist relativ überzeugend, die ist relativ geradeaus, die schert sich nicht unbedingt darum, was von ihr erwartet wird.“

(1, m., HD+): „Man merkt es oft partiell bei bestimmten Menschen, bei Frau Künast als Ministerin, da war sie absolut überzeugend.“

(8, w., HD+): „Beim Tierschutz, da hat Künast einiges durchgesetzt, gegen alle möglichen Lobbys angekämpft, das war toll.“

Stuttgart

In Stuttgart ist es hingegen der Wunsch nach einem Wechsel, der den Grünen Zustimmung bringt. Der alte Zopf müsse abgeschnitten werden und die Enttäuschung wäre groß, würde es nicht zum Wahlerfolg der Grünen reichen. Allerdings gibt es Bedenken, dass es außerhalb Stuttgarts und S 21, dort, wo es besonders katholisch und schwarz sei, nicht für den Wechsel reichen könnte. Auch hält sich die Gruppe die Waage, ob man es den Grünen zutrauen würde, große Veränderungen zu erreichen oder nicht. Allein jedenfalls traut man den Grünen nicht zu, den großen politischen Wandel zu schaffen; dies sollen sie aber auch gar nicht.

Auch in dieser Gruppe kann man sich nicht auf einen Kandidaten oder eine Kandidatin einigen, die den eigenen Vorstellungen entspricht. Kretschmann war früher in der Diskussion schon eher positiv genannt worden, auch Cem Özdemir bekommt zumindest bei zwei Frauen positive Noten. Insgesamt sieht man aber wieder den Mangel an echten Alternativen, es gebe keine klaren Profile mehr, keine Politiker mit Ecken und Kanten. Das sehe man auch an der Zu-Guttenberg-Begeisterung, die es aber auch in dieser Runde gibt. Es wird sogar vorgeschlagen, ein Computersystem als Politikerersatz zu installieren, das sei wenigstens „gerecht“, weil nicht korrumpierbar.

Bei aller Politisierung vor Ort scheint hinter der Zuwendung zu den Grünen nur bei einem Teil der Befragten ein tief gründendes bzw. langfristiges Motiv zu stehen. Wie auch in der anderen Stuttgarter Gruppe ist es vor allem die Frustration über Stuttgart21 und den CDU-Filz, der den Grünen ob ihres (begrenzten) Vertrauensvorsprungs Zulauf sichert und sie zur derzeit besten Alternative kürt.

Zwischenfazit Neuwähler_innen

Insgesamt können die Grünen in diesen Gruppen (noch) nicht von einem sie selbst tragenden Stimmenzuwachs profitieren. Die Motive und Zuschreibungen sind vor allem einem Wechselwillen geschuldet, auch einem Vertrauens- und Themenvorsprung der Grünen. Allerdings bestehen nur geringe Erwartungen an die Durchsetzungsfähigkeit der Partei, auch daran, dass sie auch im Stil vieles anders machen würde. Vor diesem Hintergrund dürfte es schwer werden für die Grünen, die Neuwähler_innen langfristig zu binden.

Andererseits, das zeigt sich von der Wertedebatte, über die Krisen- bis hin zur Politikwahrnehmung, scheint es eine Leerstelle in der Politik zu geben, die einen glaubwürdigen Politikwechsel einfordert und darstellt. Denn es ist bei weitem nicht so, dass die Politik ihre Gestaltungsaufgabe verloren hat. Insbesondere die Verbindung von eigenverantwortlichem Handeln und Politik als fairer Partnerschaft, in der die Politik als ehrlicher Makler und Verteiler der Aufgaben fungiert, auch als Bündlungsort divergierender gesellschaftlicher Interessen, ist noch längst nicht abgeschrieben. Hier haben die Grünen einen entscheidenden Vorsprung, der vor allem auf ihren politischen Stil, weniger auf die inhaltlichen Angebote rekurriert.

Gleichwohl gibt es eine inhärente Sehnsucht nach Komplexitätsreduktion in einer beschleunigten Welt, deren Grundsicherheiten in Zeiten der Krise bedroht sind. Hier ein konsistentes, anschlussfähiges Programm zu liefern, wie mit dem Verlust von Sicherheit und der Sehnsucht nach Entschleunigung trotzdem Wohlstand und Fortschritt absicherbar sind, könnte der Schlüssel zum Erfolg sein. Ein offensives Brechen mit dem „Weiter so“ und ein sanfter Anti-Establishment-Kurs gegen die Lobbypolitik könnten hier erfolgreicher sein, als das Nachgeben gegenüber Sachzwanglogiken des Politischen, kurzum, es ist wieder Zeit für Programme.

(5, m., HDA): „Auch Frau Merkel ist durch die Grünen gezwungen worden, etwas zu tun.“

(8, m., HDA): „ich würde auch CDU wählen können, aber halte es prinzipiell für richtig und wichtig, dass es die Grünen gibt.“

Insgesamt glaubt man, dass die Wahl der Grünen auch als Zeichensetzung zu sehen sei, welche womöglich einen Dominoeffekt auslösen könnte. Man weiß aber auch um die Beschränkungen, die grüne Politik in der Vergangenheit erschwert hätten und die auch heute noch gelten würden, etwa in Bezug auf die Außenpolitik. Selbst Obama könne auf diesem Feld nicht viel verändern. Probleme gebe es aber auch im Bereich der Schulpolitik, dort stoße man auf zu viele Widerstände gegenüber Neurungen.

Dass die Grünen jetzt Dank der Katastrophe in Japan – diesen Effektes ist man sich bewusst (man findet das Profitieren hiervon problematisch, aber zugleich auch hilfreich für die Grünen) – größere Zulauf haben, freut die Diskussionsrunde. Der Zusammenhang wird kaum als problematisch angesehen. Verbiegen müsse man sich deshalb nicht, die meisten wählten nun ohnehin aus Angst die Grünen, da sie weder strategisch noch inhaltlich, sondern aus dem Bauch heraus, entscheiden würden (2, w., HDA). Es gibt demnach auch einen ganz offensichtlichen, wenn auch unausgesprochenen Graben zwischen Altwähler_innen und Neuwähler_innen. Den Neuwähler_innen wird ein fundierter Wechsel zu den Grünen (noch) nicht zugetraut. Deshalb müsse letztlich für die Grünen gelten:

(5, m. HDA): „Sie müssen klar ihre Linie durchziehen.“

Auf konkrete grüne Schulpolitik angesprochen, gibt es kaum eine Diskussion. Lediglich ein Proband weist darauf hin, dass es ein spezielles grünes Schulkonzept gebe,

(5, m., HDA): „aber da diskutiert keiner darüber, ich eingeschlossen.“

(2, m., HDA): „Im Moment geben die Geschehnisse es vor, Bildungspolitik gut und schön, aber im Moment ist eben Japan.“

(1, w., HDA): „Ist schon ganz gut, wenn sie diesen Umweltsektor abdecken, das reicht mir [die Probandin ist im Bildungsbereich tätig], ich bin auch gar nicht informiert, dass die Grünen im Schulsystem so viel Neues haben. Das ist für mich aber nicht wirklich von Belang für die Entscheidung, was ich wähle.“

(6, w., HDA): „Richtung Umwelt, für mich [die Probandin ist Lehrerin] ist auch nur Umwelt wichtig, auch weil das gerade so präsent ist.“

Die Grünen sind *die* Umwelpartei, das ist der Grund, warum die Altwähler_innen in Heidelberg die Grünen wählen. Sie tun dies teils aus tiefer Überzeugung, teils in Ermangelung von Alternativen. Gleichwohl existiert eine Skepsis, ob der Hype der Grünen dauerhaft sei. Aber wenn das Thema „Umwelt“ für immer mehr Wähler_innen wichtig werden würde, wäre dies gut für die grüne Bewe-

gung – solange die Grünen konsequent ihre umweltpolitische Linie durchzögen. Die Ökologiefrage ist das Zentrum grünen Denkens und wird es noch lang bleiben. Kurzum, die Umwelt ist das Politische.

Stuttgart

Ganz eindeutig sind es die Grünen, auf denen in Stuttgart die Hoffnung ruht, viel verändern zu können. Vorerst begnügt man sich aber damit, dass ein gutes grünes Wahlergebnis und ein grüner Ministerpräsident Kretschmann als deutliche Zeichen für die Bundesebene gewertet werden dürften. Dass sich die Politik in der Bundesrepublik nachhaltig ändern werde, nimmt man, außer in der Frage der Atomenergie, nicht an. Vielmehr glaubt man, dass die „grüne Revolution“ Zeit brauche, etwa in der Bildungspolitik, aber auch ganz generell in anderen Politikfeldern. Es werde lange dauern, bis etwa die Union die von den Grünen in die Politik einzubringenden neuen Ansätze aufnehmen werde, aber nach Rot-Grün habe dies schließlich schon einmal geklappt. Insofern ist man bei den grünen Altwähler_innen abwartend optimistisch.

An konkreten Personen will man diese Hoffnungen aber nicht festmachen, wieder kommt die Kritik, früher hätten in den Parteien noch Personen mit mehr Profil gewirkt. Zumal man an zu Guttenberg gesehen habe, welche Luftschlösser in Bezug auf Personen gebaut werden können. Zudem müsse man auch die Schaffer und Macher im Hintergrund haben, diese seien auch wichtig. Mit Kretschmann kann man sich zumeist anfreunden, sehr stark an Profil gewonnen hat zudem, das ist aber sehr Stuttgart-spezifisch, Boris Palmer. Ihm wird als charismatischem Politiker noch viel zugetraut.

Angesprochen auf die starke Erweiterung der grünen Wählerschaft, auf den berühmten Notar, der sich nun im Schlosspark ankette, ist man pragmatisch. Jeder, der so flexibel sei, sich Neuem zu öffnen sei herzlich willkommen, man sieht hier keine Gefahr für die Grünen, eher eine Chance.

Biberach

Die Grünen haben in Biberach zweifellos einen schweren Stand, laut Teilnehmer_innen gebe es zwar viele grüne Sympathisanten, aber trotzdem wählten davon noch zahlreiche die CDU. Gleichwohl wünscht sich diese Gruppe endlich den Wechsel und glaubt auch größtenteils daran. Zudem sieht man in Kretschmann überwiegend den richtigen Kandidaten, der vom Alter, seinem bürgerlichen Habitus, seiner Nachdenklichkeit und Besonnenheit genau dem lokalen Anforderungsprofil entspricht. Probleme sieht man indes bezüglich der Umsetzbarkeit grüner Politik. Besonders schwierig seien das schwarze Umfeld und die Kompromissuche auch mit der SPD in der Frage von Stuttgart 21. Niemand sieht eine schwarz-grüne Option, eher noch eine rot-rot-grüne, die einmal (3, w., BCA) ins Spiel gebracht wird.

(8, m., BCA): „Die Meinungen sind zum Teil schon Wahnsinn, was er alles umsetzen will, so einfach ist das auch nicht, gerade in BaWü, wo 70 Prozent schwarz sind.“

(1, m., BCA): „wie man sich durchsetzen muss, die CDU hat das hier perfektioniert.“

Trotzdem sieht man Hinweise auch für möglichen Erfolg grüner Politik; schließlich sei es durchaus wahrscheinlich, dass die Grünen mehr Strahlkraft entwickeln könnten, hier habe sich bei jungen Familien schon viel verändert. Stärker sei dies aber in Stuttgart durch den konkreten Konflikt um S 21.

(1, m., BCA): „Was passieren kann, dieser Antrieb, warum man Produkte kauft, funktioniert viel über Werbung, dass das Produkt sexy ist, diese Bewegung sieht er bei den Grünen auch, dass es einen gewissen Stellenwert hat, dieser ökologische Aspekt steht sehr im Vordergrund. Ganz wichtig ist, dass es eine Magnetwirkung hat, wenn man das nicht erreicht, dann strahlt es nicht auf die Masse aus, dann funktioniert es nur bei wenigen und er denkt, dass müssen die Grünen schaffen, weiter nach vorne zu kommen.“

Wichtig für die Region, auch für das Verhältnis von SPD und Grünen, ist das Verhältnis von Umwelt- und Wirtschaftspolitik. Hier sehen selbst die grünen Anhänger_innen ein Problem, beide Politiken zusammenzubringen und miteinander zu versöhnen. Weder den Grünen noch der Union wird die Fähigkeit zugesprochen, diesen Konflikt aufzulösen, auch wenn man sich dies wünsche.

(3, w., BCA): „Konflikt zwischen Umweltpolitik und Wirtschaftspolitik, ist sicher nicht einfach zu lösen, niemand will hohe Arbeitslosigkeit.“

(5, w., BCA): „Das ist ja das Totschlagargument, diese beiden Politikfelder gegeneinander zu stellen. Aber da fehlt die zündende Idee, das zusammenzuführen. Das fehlt sowohl bei der CDU, da ist immer Arbeitsplatz und Wirtschaft und bei den Grünen das andere.“

(1, m., BCA): „Das Problem ist aber auch, das immer Wachstum sein muss in der Wirtschaft, immer Wachstum und immer größer. [...] das bekommt man nur mit Ressourcenausnutzung hin, da ist auf jeden Fall ein ökologisches Problem.“

(7, w. BCA): „Ist aber auch für die Betriebe ein Problem, dass sie immer besser und billiger produzieren sollen, da. Das ist ja ein Problem, dass Grüne und CDU nicht lösen können.“

Insgesamt sind die grünen Altwähler_innen recht zufrieden mit ihrer Partei. Dass die Grünen mehrere Häutungen durchlebt haben, wird zwar am Rande diskutiert, gleichwohl akzeptiert man die gegebenen Umstände, da die Umweltfrage noch immer nicht gelöst sei und die Grünen hier auch weiterhin als einziger seriöser Vertreter verhandelt werden. Eher noch misstraut man anderen Parteien, insbesondere der Union, noch mehr als noch vor wenigen Jahren, hier ein glaubwürdiger Partner zu sein. Eine große Euphorie für Rot-Grün ist indes kaum vorzufinden, Schwarz-Grün erscheint für die nächsten Jahre aber noch weniger eine Option.

Die Anforderungen der Altwähler_innen an die Partei sind überschaubar und lassen sich mit der Forderung nach stringenter Umweltpolitik umschreiben, auch in der Bildungspolitik erhofft man sich

einen zwar behutsamen, aber doch tiefgreifenden Wandel. Insgesamt ist man sich aber der Widerstände im politischen System bewusst und ist deshalb auch geduldig, was die Umsetzungsfähigkeit grüner Politik angeht. Zentral erscheint lediglich die Frage nach mehr Beteiligung des Volkes, was jedoch nicht von allen als das beste Mittel angesehen wird. Die Ermöglichung dessen wird aber von den Grünen ebenso erwartet wie eine konsequente Politik des Ausstiegs aus der Kernenergie. Die Erweiterung der Wählerbasis der Partei wird nicht als problematisch betrachtet, eher noch als Sieg der grünen Bewegung, die sich davon aber nicht programmatisch beeinflussen lassen sollte.

10.4 Zwischenfazit Wahrnehmung und Rolle der Grünen

Die Wahrnehmungen und Rollenerwartung gegenüber den Grünen in den drei verschiedenen Teilnehmergruppen sind nur schwer auf einen Punkt zu bringen. Aber eben hierin liegt das zentrale Ergebnis: Aufgrund der Heterogenität der Wünsche und Einstellungsmuster würde die Partei daran scheitern, allzu konkrete oder ideologisch festgelegte Ziele und Visionen zu benennen.

Suchte man nach einer massenkompatiblen, verbindenden Klammer, so ist das verbindende Moment nach wie vor die Umweltfrage. Die Kompetenzen der Grünen in diesem Feld sind unstrittig. Teilweise wird gar eingefordert, dass die Grünen sich nur auf diese Themen beschränken sollten.

Dies gilt auch vor dem Hintergrund einer vorsichtigen Skepsis. Zwar wird mit den Grünen ebenso die Hoffnung auf eine bessere Bildungspolitik und eine steigende Politisierung verknüpft, gleichzeitig erscheinen ihre Vorschläge aber für das wirtschaftlich bestens aufgestellte Baden-Württemberg als „zu revolutionär.“ Der CDU-Filz wird zwar klar benannt und nährt den Wunsch nach einem Politikwechsel, gleichzeitig ist man sich aber durchaus der Rolle der CDU beim Aufbau des Landes bewusst. Diese wird ständig reflektiert und mehrmals dahingehend gedeutet, dass imaginäre *Andere* den Grünen deswegen die Stimme verweigern könnten.

Gleichzeitig wird mit den Grünen aber auch die Hoffnung nach einem Politik(stil)wechsel verknüpft. Dabei wird auf die Geradlinigkeit und Authentizität grüner Inhalte und Politiker_innen (Künast) vertraut. Gleichzeitig hofft man auf einen Dominoeffekt durch die (damals erst in Aussicht stehende) Wahl Kretschmanns zum Ministerpräsidenten. Generell verknüpft sich ein unspezifizierbarer Wechsel-Wunsch mit den Grünen. Hieran zeigt sich, dass der Partei ein Vertrauensvorschuss gewährt wird, der aber auch mit einem hohen Erwartungsdruck einhergeht. Wie schwierig dies ist, wird daran deutlich, dass die Grünen kaum von der Mobilisierungsarbeit gegen Stuttgart 21 zu profitieren scheinen; einzig der Entschluss zur Volksabstimmung scheint als Resultat aus den Protesten übrig zu bleiben.

Eine Möglichkeit, diese disparaten Befindlichkeiten zu verbinden, besteht darin, eine weitreichende Programmatik immer in Verbindung mit der generellen, darunter liegenden Umweltagenda zu verweben. . Nicht in der Wirtschaftspolitik oder der Sozialpolitik, sondern im Anteil des ökologischen Fundaments in sämtlichen Politiken scheint die größte Chance der Grünen zu sein. Eine inhaltliche oder ideologische Festlegung der Partei wird von den Neuwähler_innen sonst kaum mit dauerhafter Bindung an die Partei goutiert werden. Gleiches gilt nach wie vor für die Altwähler_innen. Zentral hierfür erscheinen der Atomausstieg und der Energiewandel.



Abb. 38: Nachwahlbefragung zum Thema Umgang mit der Atomkraft³⁹

Der erhoffte Wandel soll vor allem eines sein: sauber, ehrlich und transparent. Denn die Energie-wende wird letztlich nur den Grünen zugetraut. Der Vertrauensverlust in die Südwest-CDU ist hier die Folie, vor der die Grünen eigentlich nur gewinnen konnten. Denn (noch) genießen die Grünen eine Vertrauensvorsprung, wenn auch keinen sonderlich großen. Zu sehr hängen hier die rot-grünen Jahre mit den enttäuschten Hoffnungen unter Schröder und Fischer nach. Oft werden die Grünen daher als das kleinste Übel angesehen. Und das generelle Misstrauen der Mittelschichten gegenüber dem politischen System macht eben auch nicht vor den Grünen bzw. ihren Wählern Halt.

Deshalb ist ihr Vorsprung in der Umweltpolitik so wichtig. Zumal es, das zeigen die Erhebungen der Wahlforscher ebenso eindrucksvoll wie die Untersuchungen des Instituts für Demokratieforschung, das Umweltthema war, welches den Grünen vordergründig die höchste Zustimmung einbrachte. 69 Prozent der Wähler glauben, die Grünen stünden für gute Umweltpolitik – dies gilt in allen unter-

³⁹ Quelle: <http://stat.tagesschau.de/wahlen/2011-03-27-LT-DE-BW/umfrage-kompetenz.shtml> [zuletzt eingesehen am 30.04.2011].

suchten Gruppen nahezu gleichermaßen. Zustimmungswerte, die bei der Baden-Württembergwahl auch zu großen Teilen in Wählerstimmen ihren Niederschlag gefunden haben.



Abb. 39: Kompetenzwerte der Grünen⁴⁰

Der umweltpolitische Markenkern geht bisweilen so weit, dass er in der Altwählerschaft das Interesse an anderen Politikfeldern teilweise komplett in den Hintergrund stellt, kurz *die Umwelt ist das Politische*.

⁴⁰

Quelle: <http://stat.tagesschau.de/wahlen/2011-03-27-LT-DE-BW/umfrage-kompetenz.shtml>

11. Fazit - Zeitgeist Effekt oder Wertewandel?

Ergebnisse der Pilotstudie

Welches vorläufige Fazit kann man aus den ersten Ergebnissen der Studie des Göttinger Instituts für Demokratieforschung in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung nun ziehen? Wie viel kurzfristiger Zeitgeisteffekt und wie viel langfristiger Wertewandel liegen dem grünen Projekt der nächsten Jahre zu Grunde? Wer könnte dieses Projekt tragen? Und wie müssen oder können die Grünen auf die stark verbreiterte Wählerschaft reagieren?

Das Warten auf den Wertewandel

Wenn überhaupt, so steht der Wertewandel, der den Grünen dauerhaft nutzen kann, gerade erst vor der Tür. Noch überwiegt, besonders in einem Industrieland wie Baden-Württemberg, die Skepsis gegenüber den Grünen, die als Ersatz dienen, als man mit Mappus und Co. nicht mehr weiter wollte. Noch also scheinen die Wahlen als ein Votum auf Zeit, dessen Fundament mehr Protest denn Überzeugung ist. Beispielhaft dafür ist die regelmäßige Betonung, dass die Grünen als kleiner Koalitionspartner ein willkommenes *Korrektiv* darstellen, als *zentraler Akteur* jedoch nach wie vor skeptisch beobachtet werden. Auch weil befürchtet wird, dass ein grüner Politikwandel Jeden und Jede persönlich stark treffen könnte.

Dennoch lässt sich ein Wertewandel, der sich vom Fortschritts- und Wachstumsglauben als bundesrepublikanischer Leiterzählung emanzipiert, und der sich vom Leistungsethos des *Schaffe, schaffe, Häusle baue* als baden-württembergische Entsprechung, distanziert, erahnen. Drei Indizien zeigen, in welche Richtung sich der möglichen Wertewandel entwickeln könnte, an dessen Spitze durchaus die Grünen stehen könnten.

Als *erstes Indiz* kann ein Rückgang der Leistungsbegeisterung gelten. Gerade einmal etwas mehr als zehn Prozent sehen im Leistungsbegriff noch einen wichtigen Wert, selbst die Leistungsträger distanzieren sich von diesem Ideal, wenn auch (noch) notgedrungen. Bisweilen fühlt man sich nicht leistungsgerecht, sprich hoch genug, bezahlt. Aber in der Regel ist die Leistungsgesellschaft nach dem Boom in den neunziger und frühen 2000er Jahren nicht mehr sonderlich positiv akzentuiert. Vielmehr erscheint in der nicht mehr entsprechungsgerechten Leistungsgesellschaft, einhergehend mit einer Überdehnung und weitgreifenden Ausbreitung des Leistungsbegriffs in alle Lebensbereiche, der Wert in seinem eigentlich (noch) immer positiven Grundgehalt schwer beschädigt. In diesem Zusammenhang hat vor allem die Einführung von G8 an den Gymnasien viel Leistungsvertrauen genommen. Denn gruppenübergreifend hört das Verständnis für Leistungs- und Erwartungsdruck an der Belastungsgrenze der eigenen Kinder und Enkel auf – eine Chance für grüne Bildungsreformen. Ob aus der

bislang laut kundgetanen Ablehnung von Leistung als Negativprodukt der Leistungsgesellschaft aber auch Wertverschiebungen bis hin zur Substitution des Leistungsbegriffs als Wert resultieren, muss weiter beobachtet werden. Allerdings, auch dies ein grüner Anknüpfungspunkt, scheint hier ein Wertbruch zu liegen, der qualitativ aufgewertet und neu gefüllt werden muss.

Auch der Glaube an ewiges wirtschaftliches Wachstum erlebt einen Wandel. Dies ist *ein zweites Indiz*. Sei es der „Alt-Achtundsechziger Sozialdemokrat“, der von der SPD aus Enttäuschung zu den Grünen, „in die Mitte“ gewechselt ist, sei es der konservative Richter der am inneren Widerspruch des wirtschaftsliberalen Unionskurs Anfang des letzten Jahrzehnts und an den inneren Widersprüchen des ewigen Wachstums verzweifelt oder der Naturwissenschaftler, der den ökologischen Wandel der Gesellschaft inzwischen für grundsätzlich technisch machbar hält. Sie alle haben in letzter Zeit lange geltende Glaubensgrundsätze des Politischen verworfen. Ähnliches gilt für den gewandelten Fortschrittsbegriff, der inzwischen nach Begleitung und Flankierung verlangt. Auch die Verschiebung des Primats der Ökonomie in Richtung Ökologie, auch aus der rein materiellen Erkenntnis ökonomischer Chancen, unterstreicht diesen qualitativen Wandel.

Ein letzter Wert sei noch angesprochen, von dem man glaubte, er sei der *grünste* von allen: die Nachhaltigkeit. Auch hier zeigen sich, als *drittes Indiz*, womöglich erste Anzeichen einer neuen Richtung der bereits existierenden öffentlichen Debatte. Generationengerechtigkeit wird wieder nachhaltig in Bezug auf die (Um)Welt, in der wir leben, gedacht. Gruppenübergreifend wurde die Gerechtigkeit der Generationen nur in Ausnahmen als ein soziales Problem begriffen. Sie wurde fast ausschließlich mit der Formel: „*Wir müssen die Erde für unsere Kinder und Enkel erhalten*“, übersetzt. Womöglich knüpft der sich wandelnde Zeitgeist wieder an die späten siebziger und achtziger Jahre an, als die Grenzen des Wachstums in Frage gestellt wurden und man sich um den Erhalt der Erde für die kommenden Generationen sorgte. Wer, wenn nicht die Grünen, könnte hier Anknüpfungspunkte bieten.

Zweifel, Skepsis und Hoffnung

Es gibt (noch) kein solides Wertefundament, auf das sich neue und alte Wähler verständigen können. Gerechtigkeit, Fortschritt, Solidarität, Eigenverantwortung – überall tun sich Interpretationen auf, die sich gegenseitig programmatisch ausschließen, zumindest nur schwer hinter einem Formelkompromiss verstecken lassen. Denn noch profitieren die Grünen, zumindest in Baden-Württemberg, vielfach von einer skeptischen Wette auf eine ökologische Zukunft. Dies hängt eben auch viel mit Fukushima, mit Mappus und, vor allem im Stuttgarter Raum, aber eben nur dort, mit Stuttgart 21, zusammen.

Eine darunter liegende generelle Skepsis gegenüber der Politik hat den Grünen als wahrgenommenes geringstes Übel durchaus geholfen. Dennoch haben sie mit einer doppelten Skepsis bei den Neuwählern zu kämpfen: Da ist zum einen der latente Zweifel an grüner Regierungsfähigkeit, die aber grüne Politiker wie Kretschmann, Özdemir oder Palmer zumindest lindern könnten. Auch eine breit kommunizierte, sachliche Regierungsarbeit dürfte hier Ängste und Unsicherheiten abbauen helfen. Und zum anderen die generelle Skepsis gegenüber der Regelungsfähigkeit von Politik, die als fremdbestimmt und wenig kenntnisgeleitet wahrgenommen wird, andererseits übergreifend eingefordert wird, wenn es um konkrete Leitplanken für eigenverantwortliches, gerechtes, solidarisches oder nachhaltiges Handeln geht – ein schwer auflösbares Paradox.

Zugleich ist man sich aber der Notwendigkeit einer zielführenden, im Sinne von Vernunft, Verlässlichkeit und Weitsicht, nachhaltigen Wende der Politik bewusst. Hier haben die Grünen einen unzweifelhaften Vorsprung, weil sie der verspielten Glaubwürdigkeit der anderen Parteien einen spürbaren, allerdings nicht sehr stabilen Vertrauensvorsprung entgegensetzen können. Vor allem in Bezug auf die Umweltpolitik ist diese Hoffnung verbunden mit (grüner) Politik. Der Atomausstieg und die Wende in der Energiepolitik ist die zentrale Herausforderung, an der die Grünen um Winfried Kretschmann von den Wählern gemessen werden. Hierauf baut die grüne Glaubwürdigkeit zu großen Teilen auf. Alle weiteren Bewertungsmaßstäbe sind ob der heterogenen Wählerschaft nur mit einem riesigen Spagat zu bewältigen. Denn noch, und auch das zeigen die Erhebungen deutlich, können die Grünen nicht auf viel mehr hoffen als auf den Zeitgeist im Rücken und eine Konfliktlage, die ihr Profil notwendig erscheinen lässt.

Nicht links, nicht rechts, sondern vorn

Kurzum, die Grünen fungieren als sehr breit aufgestellte Projektionsfläche. Die Werthaushalte der neu dazugewonnen Wähler sind, bezogen auf Baden-Württemberg, vielgestaltig und lassen sich vielfach schwer vereinen. So bunt schillernd die Werthaushalte und Wertpräferenzen, so verschieden sind auch die Milieus und Lebenswelten der neuen Wähler. Eine klare Richtungsentscheidung im alten links-rechts-Gefüge ließ sich aus den Erhebungen nicht ableiten. Der alte Gedanke aber, das Grün nicht links und nicht rechts, sondern vorn sei, könnte hier das Bindeglied darstellen. Die Grünen als *ehrliche Makler* eines nachhaltigen Energiewandels, dies fand breite Zustimmung. Beides, verbunden mit einem nachhaltigen Politikentwurf, übersetzt mit Vernunft und Augenmaß, der die kommenden Generationen mit einbezieht und Rahmen für eigenverantwortliches Handeln steckt, könnte ein Erfolgsrezept für die Grünen, zumindest in Baden-Württemberg, sein.

Anhang

Themenkatalog für Kreativgruppendifkussion:

Zeitgeisteffekt oder grüner Wertewandel? Die neuen grünen Wähler innen in Baden-Württemberg

1. Begrüßung und Arbeitsrahmen

ca. 10 min.

- Vorstellung des Moderators, Thema und Dauer der Veranstaltung
- Spielregeln für die Diskussion (Aufzeichnung, Anonymität, Ablauf, Rücksichtnahme)
- Vorstellungsrunde der Teilnehmer: Vorname, Alter, Hobbys, Familienstand

2. Leben in Baden-Württemberg

ca. 15 min.

(nochmal in der Runde wie bei der Vorstellung)

- „Sagen Sie in ein bis zwei Sätzen, was ging Ihnen durch den Kopf, als Sie das Thema der Veranstaltung "Leben in Baden-Württemberg" gehört haben? An was haben Sie dabei gedacht?“

Danach wird die offene Diskussion eröffnet: Der Moderator nennt den Teilnehmern zwei Themenfelder, die Teilnehmer sollen – ohne lange darüber nachzudenken – alles sagen, was ihnen dazu einfällt, auch wenn es ihnen banal oder unwichtig erscheint.

- Das erste Themenfeld lautet: **'Das Gute in Baden-Württemberg'**

- Der zweite Themenfeld lautet: **'Das Schlechte in Baden-Württemberg'**

Der Co-Moderator notiert die Aussagen auf einem Flipchart und exploriert deren Bedeutung, d.h. was die Teilnehmer darunter konkret verstehen.

3. Auseinandersetzung mit Werten

ca. 30 min.

“Wir haben ja gerade schon darüber gesprochen, was Ihnen in Ihrem Bundesland gefällt und was weniger. Nun würden wir gerne ganz konkret wissen, wofür Sie sich denn im Alltag, in ihrer eigenen Stadt einsetzen.“

- Was ist Ihnen wichtig im Alltag/in der Stadt (Region) in der Sie leben? Was in der Familie, bei der Arbeit?
- Was ist Ihnen wichtig für das eigene Leben? Worauf legt man Wert?

- Wie und wo setzen Sie sich für die Werte ein, die Ihnen wichtig sind?
- Welche Werte haben für einen persönlich heute einen anderen Stellenwert als früher? Was hat sich verändert?
- Welche Werte sind wichtig in unserer Gesellschaft? Woran macht man das fest? Wie empfindet man das? Welche Werte könnten in Zukunft wichtig sein?

Der Moderator verteilt die vorbereiteten Wertebögen.

"Im Folgenden möchten wir mit Ihnen intensiver über Werte sprechen, die Sie soeben – zum Teil mit anderer Bezeichnung – schon genannt haben."

Auf dem Zettel, den Sie vor sich haben, wurden verschiedene Werte aufgelistet. Wir möchten Sie bitten, diese zu hierarchisieren. Ordnen Sie ihnen Zahlen von eins (für den wichtigsten Wert) bis sieben (für den am wenigsten wichtigen) zu. Sie haben auch die Möglichkeit die Liste um einen weiteren Wert, der ihnen wichtig erscheint, zu ergänzen."

- **Gerechtigkeit**
- **Fortschritt**
- **Nachhaltigkeit**
- **(Eigen-)Verantwortung**
- **Leistung**
- **Solidarität**
- Anderer Wert (offenes Kästchen)

Nun sollten die Teilnehmer die zwei Werte, die von ihnen als die Wichtigsten erachteten werden, näher erläutern. Dazu sollen sie zunächst – ohne lange darüber nachzudenken – alles auf einen Zettel aufschreiben, was ihnen zu diesem Begriff einfällt. Dem soll eine offene Diskussion zu den Begriffen folgen.

Fragen zu jedem Begriff:

- Was wird unter den Begriffen verstanden, was wird verbunden, auch: Stimmungen, Gefühle? Welche Assoziationen verbinden sich mit den Begriffen, in welchen Qualitäten (positiv/negativ), welche Bedeutungen erhalten die Begriffe?
- Wie zeigt sich dieser Wert im Alltag? Wie erlebt man diesen?

- Wie wichtig ist er für einen persönlich? Welcher Begriff ist letztendlich für einen am wichtigsten?
- Auf wen wird der Begriff bezogen? Z.B.: Wessen Gerechtigkeit/für wen gerecht? **Gegensätze herausarbeiten!**
- Wer hat Einfluss auf diesen Wert? Auf welche Weise?

4. Schlagzeilen der Zukunft

ca. 25 min.

Die Gruppe wird in vier Kleingruppen geteilt. Jede Gruppe bekommt eine Aufgabe und hat ca. fünf Minuten Zeit dafür. Danach tragen die vier Gruppen vor, was sie aufgeschrieben haben.

„Stellen Sie sich vor, sie machen eine Zeitreise ins Jahr 2016 und lesen morgens die Tageszeitung. Auf Seite eins geht es um Politik und Wirtschaft. Bitte überlegen Sie, wie eine typische (reale) Schlagzeile in 5 Jahren lauten könnte, worum es dabei geht und welche Geschichte man dazu erzählen kann. Als zweite Schlagzeile schreiben Sie bitte Ihre Wunschschlagzeile auf, also eine Schlagzeile, die Sie gerne lesen würden.“

Die folgenden Fragen je nach Kontext stellen, nicht notwendigerweise alle, sondern nur die, die wichtig erscheinen.

- Was ist das Ereignis oder die Sache, um das es geht?
- Was ist der Hintergrund? Warum und wie kam es dazu?
- Wie äußert sich die Sache? Woran erkennt man sie und ihre Folgen?
- Für wen hat die Sache Auswirkungen? Welche sind das?
- Ist die Sache umstritten?
- Wer wird das gut finden und wer schlecht?
- Was sagen Politiker und Wirtschaftsleute dazu?
- Wie finden Sie diese Sache? Was bedeutet sie für Sie?
- Wie realistisch ist diese Schlagzeile? (*Gilt vor allem für die Wunschschlagzeile*)
- Welche Spannungen könnte es zwischen der „realen“ und der „Wunschschlagzeile“ geben?

5. Aktuelle Probleme, Krisenbewusstsein (Bankenkrise /Eurokrise / Umweltkrise) und Politik in Baden-Württemberg (ca. 25 min.)

Überleitung aus den Schlagzeilen der Zukunft: *Waren sie eher positiv oder negativ? Empfinden Sie die Zukunft als bedrohlich oder sind sie eher optimistisch?*

- Was weiß man über die Krisen? Wo machen sie sich bemerkbar? Was hat man schon selbst von ihnen wahrgenommen?
- Machen die Krisen Angst? Machen sie anderen Menschen Angst?
- Werden sie Folgen haben? Werden sie die nächsten Jahre beeinflussen? Wie? Woran wird man es bemerken?
- Wer trägt die Verantwortung für die Krisen?
- Wie gehen die Gesellschaft und die Politik insgesamt mit den Krisen um?

Ggf. Überleitung zu Baden-Württemberg

- Welche politischen Ereignisse in Baden-Württemberg haben Sie im letzten Jahr beschäftigt?
- Wie beurteilt man die Politik in Baden-Württemberg? Wie zufrieden ist man damit? Was könnte man besser machen?
- Welche Veränderungen nimmt man in den letzten 10-15 Jahren in Baden-Württemberg wahr?

Ggf. Debatte unterschiedlicher Politikfelder

- Bildungspolitik, Umweltpolitik, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Migrationspolitik

6. Vertrauen in Politik und Parteien ca. 15 min.

- Wem traut man persönlich am ehesten zu, diese Krisensituation zu bewältigen? Warum?
- Wer wird zu wenig gehört und wer hat zu viel Einfluss?
- Wer verkörpert die Werte, die man persönlich für wichtig hält?

- Welche Rolle spielt die Politik? Wie kann sie helfen, was soll sie tun, was soll sie unterlassen?
- Welche Politiker wünscht man sich einflussreicher? Welche (anderen) Personen sähe man gern in der Politik? Warum? Was macht diese Personen vertrauenswürdiger, authentischer?

Optional für die Altwählergruppe: Konkret anhand der Partei, wenn sie von den Teilnehmern konkret angesprochen wird, oder abstrakt anhand von Werten auf die Grünen eingehen:

- Wie erklären Sie sich die aktuellen Zuwächse der Grünen? Wie beurteilen Sie diese Entwicklung?
- Wie geht man mit den Neuwählern um? Fürchtet man einen Identitätsverlust der Partei, eine Verschiebung der Werte? Welches Bild von Politik hat man? Hat sich dieses Bild gewandelt? Fühlt man seine Politikansatz noch vertreten, stehen eigene Politikerwartungen noch in Kongruenz zur aktuellen Politik?